

Umweltforschungsplan des BMU

Förderkennzeichen (UFOPLAN) 205 17 103/01

Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen zur Ökologischen Gerechtigkeit
als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland: Vorbereitungsworkshop

Schlussbericht

Von Georg Wilke (Projektleitung), Michael Kopatz,
Bettina Bahn-Walkowiak, Rainer Lucas, Julia Schlüns

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Institutsleiter

Prof. Dr. Peter Hennicke

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

November 2005

Berichts-Kennblatt

1. Berichtsnummer	2. FuE-Vorhaben FKZ 205 17 103/01	3.
4. Titel des Berichts Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen zur ökologischen Gerechtigkeit als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland: Vorbereitungsworkshop		
5. Autor(en), Name(n), Vorname(n) Wilke, Georg (Projektleiter); Kopatz, Michael; Lucas, Rainer; Bahn-Walkowiak, Bettina; Schlüns, Julia		8. Abschlussdatum 30.06.2005
6. Durchführende Institution (Name, Anschrift) Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH Döppersberg 19 42103 Wuppertal		9. Veröffentlichungsdatum
		10. UFOPLAN-Nr. 205 17 103/01
		11. Seitenzahl: 105
7. Fördernde Institution (Name, Anschrift) Umweltbundesamt Postfach 33 00 22 14191 Berlin		12. Literaturangaben: 29
		13. Tabellen und Diagramme: 2
		14. Abbildungen: 1
15. Zusätzliche Angaben		
16. Zusammenfassung Aufgabe des Workshops war es, die spätere Hauptstudie durch eine Vorsondierung der Forschungslandschaft vorzubereiten. Dazu konnten Arbeiten des Wuppertal Instituts im Themenfeld Öko-Suffizienz (als eine der zentralen Nachhaltigkeitsstrategien) und Lebensqualität (als Wohlfahrtskonzept), die die Sozialstaatsdebatte aus einer Nachhaltigkeitsperspektive aufnehmen, genutzt werden. An dem Fachgespräch, das am 12. Mai 2005 in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften stattfand, waren 30 Expertinnen und Experten aus der Umweltpolitik und verschiedenen Disziplinen der Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtsforschung beteiligt. Im Einzelnen wurden folgende Fragen diskutiert: 1. Wie wird aus dem jeweiligen fachlichen Kontext der Diskussionsstand zum Zusammenhang von Sozialstaatsumbau und Wohlfahrtsdebatte und nachhaltiger Entwicklung beurteilt? Wie kann eine Fokussierung des Themenzuschnitts vorgenommen werden? 2. Wo liegt der Forschungsbedarf? Wie können die heute noch bestehenden erheblichen Defizite im Hinblick auf eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Nachhaltigkeits- und Sozialpolitik, zwischen Umweltethikern (die sich zunehmend mit dem Konzept der Ökologischen Gerechtigkeit beschäftigen) und Sozialwissenschaftlern (die beispielsweise im Feld der Sozialberichterstattung tätig sind) verbessert werden? 3. Welche Schritte sind zu unternehmen, um ein Forschungsnetzwerk „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit“ aufzubauen?		
17. Schlagwörter: Wohlfahrt, Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, ökologische Gerechtigkeit		
18. Preis:	19.	20.

Report Cover Sheet

1. Report No.	2. FuE-Vorhaben FKZ 205 17 103/01	3.
4. Report Title Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen zur ökologischen Gerechtigkeit als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland: Vorbereitungsworkshop		
5. Author(s), Family Name(s), First Name(s) Wilke, Georg (coordination); Kopatz, Michael; Lucas, Rainer; Bahn-Walkowiak, Bettina; Schlüns, Julia		8. Report Date 30 th June 2005
6. Performing Organisation (Name, Address) Wuppertal Institute for Climate, Environment, Energy Döppersberg 19 42103 Wuppertal		9. Publication Date
		10. UFOPLAN-Ref. No. 205 17 103/01
		11. No. of Pages: 105
		12. No. of Reference: 29
7. Funding Agency (Name, Address) Umweltbundesamt (Federal Environmental Agency) Postfach 33 00 22 14191 Berlin		13. No. of Tables, Diagrams: 2
		14. No. of Figures: 1
15. Supplementary Notes		
16. Abstract The workshop's task was to prepare a subsequent major study by sounding the research landscape. Findings from the Wuppertal Institute in the context of eco-sufficiency (as one of the central sustainability strategies) and quality of life (as welfare concept) that perceive the welfare state debate from a sustainability perspective could be availed for preparation. 30 experts from environmental policy and various disciplines of the sustainability and welfare research participated in the discussion on May 12, 2005 which took place at the Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften in Berlin. The following questions were discussed in detail: 4. How is the state of the art being judged from different disciplines' perspectives regarding the connection of welfare state reconstruction, welfare debate and sustainable development? How can the issue be focussed? 5. What kind of research is required? How can the existing major deficits be overcome regarding an interdisciplinary cooperation of sustainability and social policy, of environmental ethicists (who are increasingly concerned with the concept of ecological justice) and social scientists (who are busy in the field of social accounting for example)? 6. Which steps have to be taken towards establishing a research network „Welfare and Sustainability“?		
17. Keywords: welfare, sustainability, social justice, ecological justice		
18. Price:	19.	20.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	5
Verzeichnis der Tabellen.....	7
Verzeichnis der Diagramme	7
Verzeichnis der Abbildungen	7
1 Einleitung	9
1.1 Aufgabenstellung.....	9
1.2 Anlass und Hintergrund des Fachgesprächs	9
1.3 Planung und Ablauf des Vorhabens	13
1.4 Forschungsstand.....	14
2 Hauptteil	16
2.1 Konzeption und Durchführung des Fachgesprächs	16
2.2 Eröffnung und Einführung.....	17
2.3 Ergebnisse	19
2.3.1 Ausgangssituation: Nachhaltigkeitsaspekte im Wohlfahrtsdiskurs - Wohlfahrtsaspekte im Nachhaltigkeitsdiskurs.....	19
2.3.2 Der Umbau der Sozialsysteme in Deutschland: Grundmuster, Ergebnisszenarien, Auswirkungen auf die social capacities.....	24
2.3.3 Zusammenhang von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit auf der Ebene der Lebensführung: Wirkungsmechanismen	26
2.3.4 Soziokulturelle Differenzierung und Reaktionsmuster: Milieuspezifische Wohlfahrtsvorstellungen und Praxisformen, Einbettungen von Nachhaltigkeit und ökologischer Gerechtigkeit	28
2.3.5 Schlussdiskussion, Teil 1: Bewertungen und mögliche Themenschwerpunkte, vorläufige Resümees	30
2.3.6 Schlussdiskussion, Teil 2: Vorschläge für Netzwerkbildung und Forschungstätigkeiten	31
2.4 Bewertung des Fachgesprächs.....	31
2.4.1 Allgemeine Bewertung	32
2.4.2 Identifizierung von Forschungsbedarfen	33

2.4.3	Kommentierung der Forschungsbedarfe nach den Themenschwerpunkten des Workshops.....	35
2.4.3.1	Ausgangssituation: Nachhaltigkeitsaspekte im Wohlfahrts- / Wohlfahrtsaspekte im Nachhaltigkeitsdiskurs	35
2.4.3.2	Der Umbau der Sozialsysteme in Deutschland: Grundmuster, Ergebnisszenarien, Auswirkungen auf die social capacities	36
2.4.3.3	Zusammenhang zwischen Wohlfahrt und Nachhaltigkeit auf der Ebene der Lebensführung: Wirkungsmechanismen	37
2.4.3.4	Soziokulturelle Differenzierung und Reaktionsmuster: Milieuspezifische Wohlfahrtsvorstellungen und Praxisformen, Einbettungen von Nachhaltigkeit und ökologischer Gerechtigkeit	37
2.4.3.5	Kommentierung der Forschungsbedarfe aus umsetzungsorientierter Sicht.....	39
2.5	Fazit.....	40
	Literaturverzeichnis	43
	Anhang	47

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Merkmale des Konzeptes „Lebensqualität“ und „Nachhaltigkeit“	20
------------	--	----

Verzeichnis der Diagramme

Diagramm 1:	Entwicklung von materiellem Wohlstand und subjektivem Wohlbefinden in Deutschland und Irland	22
-------------	---	----

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1:	Life Domains & Measurement Dimensions	21
--------------	---	----

Verzeichnis der Abkürzungen

BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
CSR	Corporate Social Responsibility
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
FHW	Fachhochschule für Wirtschaft Berlin
RNE	Rat für nachhaltige Entwicklung
SOFI	Soziologisches Forschungsinstitut an der Georg-August-Universität Göttingen
SRzG	Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
UBA	Umweltbundesamt
WI	Wuppertal Institut

1 Einleitung

Am 12. Mai 2005 wurde vom Wuppertal Institut in Kooperation mit dem Umweltbundesamt in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ein Fachgespräch „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit – ein neues Thema der Nachhaltigkeitsforschung“ durchgeführt.

1.1 Aufgabenstellung

Das Fachgespräch war Bestandteil des UBA-Vorhabens „Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen zur ökologischen Gerechtigkeit als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland“. Mit dem Workshop sollte die deutsche Forschungslandschaft vorsondiert und die Ausschreibung der Hauptstudie vorbereitet werden.

1.2 Anlass und Hintergrund des Fachgesprächs

Das vom Wuppertal Institut initiierte Fachgespräch fand vor dem Hintergrund eines geplanten interdisziplinären Vorhabens „nachhaltige Wohlfahrt“ statt, das bei den in Deutschland begonnenen grundlegenden Reformen der sozialen Sicherungssysteme ansetzt. Hierzu wurden vom Wuppertal Institut bereits verschiedene Arbeiten durchgeführt (vgl. Wilke 2003), die dem Fachgespräch als Grundlage dienen.¹ Für die Bearbeitung wird zur Zeit ein Netzwerk aufgebaut, das auch für das Umweltbundesamt bei der Verfolgung des Themas „Ökologische Gerechtigkeit“ von Interesse ist.

Der Begriff der „Ökologischen Gerechtigkeit“ bezeichnet einen Ansatz, der einen Zusammenhang zwischen Umweltproblemen und Fragen sozialer Gerechtigkeit herstellt. „Umweltgerechtigkeit“ wurde in den USA in den frühen 1980er Jahren zum intensiv diskutierten Thema, als sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen in der Tradition der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung begannen, für ein gleiches Recht aller Menschen auf eine saubere und nicht gesundheitsgefährdende Umwelt einzutreten. Seitdem hat sich das Konzept der Umwelt- oder ökologischen Gerechtigkeit vor allem in den angelsächsischen Ländern verbreitet und dort Einzug in die Umwelt- und Nachhal-

¹ Der „Umbau des Sozialstaates“ lässt sich auch als Fall des sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Ländern seit einiger Zeit zu beobachtenden Wandels von Staatlichkeit einordnen, der gegenwärtig u.a. in einem größeren Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“ untersucht wird (www.staatlichkeit.uni-bremen.de).

tigkeitsforschung gehalten (zur beginnenden Diskussion in Deutschland vgl. Elvers 2005).

Das Forschungsvorhaben „Nachhaltige Wohlfahrt“

In Deutschland stehen Nachhaltigkeitsdiskurs und Wohlfahrtsdiskurs bisher weitgehend unverbunden nebeneinander. Gemeinsam ist beiden Diskursen jedoch die Frage von Begrenzungen in Konsum und Produktion. Auf der Suche nach „neuen Wohlstandsmodellen“ ist im

Nachhaltigkeitsdiskurs vor allem in der zweiten Hälfte der 90er Jahre (Öko-)Suffizienz als freiwillige und reflektierte Selbstbegrenzung zu Gunsten einer Reduzierung von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen thematisiert worden. Öko-Suffizienz gilt in der umweltökonomisch argumentierenden Nachhaltigkeitsforschung als unverzichtbares Komplement zu den Strategien von Öko-Effizienz und (teilweise auch von) Konsistenz (vgl. Wilke 2003). Ein zweites zentrales Argument für Öko-Suffizienz ist Gerechtigkeit und die Verbesserung der Entwicklungschancen für die Länder des Südens. In diesem Sinne ist Öko-Suffizienz in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal Instituts aus dem Jahr 1996 (BUND / MISEREOR 1996) ebenso gefordert worden wie im Bericht der Enquete-Kommission Energie aus dem Jahr 2002 (Deutscher Bundestag 2002). Nach den Vorstellungen, die in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ dargelegt sind, soll umweltökonomische Öko-Suffizienz durch Suffizienz auf individueller Ebene erreicht werden. Individuelle Suffizienz wird mit dem Versprechen größeren Wohlergehens verbunden; sie wird zum Synonym für das Modell eines guten Lebens und erscheint so gleichsam als (normative) Zauberformel für Nachhaltigkeit. Trotz der postulierten Win-win-Situation ist jedoch die erhoffte positive Resonanz in der Gesellschaft bislang ausgeblieben.

Innerhalb des Wohlfahrtsdiskurses wird die Frage von Begrenzungen aktuell im Zusammenhang mit der Reform der Sozialsysteme diskutiert. Begonnen hat ein Paradigmenwechsel, der den Abschied vom deutschen „Wohlfahrtsstaat“ bisheriger Prägung und eine Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Individuen einleitet. Kennzeichnend für das neue Wohlfahrtsregime ist der Wandel vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat. Die sozialstaatlichen Leistungskataloge werden tendenziell zusammen gestrichen, Risiken werden zunehmend individualisiert. An die Stelle bisher staatlich garantierter und überwiegend auch staatlich erbrachter Leistungen tritt ein welfare-mix: Der staatliche Leistungskatalog wird gekürzt, ein großer Teil ehemals staatlicher Leistungen wird zurückverlagert in die Sphären von Markt und Familie bzw. Zivilgesellschaft und vom Staat lediglich reguliert. Als Modell diskutiert wird z.B. der „Dritte Weg“ der New Left in England.

Die Notwendigkeit dieses Paradigmenwechsels wird mit Konstruktionsfehlern in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, die durch den (inzwischen auch politisch wahrgenommenen) demographischen Wandel offenkundig geworden sind, der seit einiger Zeit problematischen Wirtschaftslage und der Notwendigkeit, den „Standort Deutschland“ international wettbewerbsfähig machen zu müssen, begründet.

In diesem Spannungsfeld von freiwilliger (mit Nachhaltigkeitsargumenten begründeter) und (durch den Umbau der Sozialsysteme) erzwungener Selbstbegrenzung ist das vom Wuppertal Institut geplante Vorhaben „Nachhaltige Wohlfahrt“ angesiedelt. In dem vorgesehenen Untersuchungsprogramm wird nach den Auswirkungen struktureller Veränderungen auf die Möglichkeitsbedingungen und Praxisformen ökologischen Handelns gefragt. Im Mittelpunkt stehen die strukturellen Veränderungen, die mit dem Wandel des deutschen Wohlfahrtsregimes verbunden sind. In diesem Rahmen soll auch die Bedeutung der neuen Bedingungen für die Realisierungschancen von Handlungsmustern der Selbstbegrenzung untersucht werden.

In welche Richtung die Veränderung der Handlungsmuster und -orientierungen gehen wird, ist prinzipiell offen und empirisch zu untersuchen. Stimmt man der Einschätzung zu, dass Nachhaltigkeit in ähnlicher Weise wie das (sich vom materiell ausgerichteten Wohlstandskonzept abgrenzende) Konzept der Lebensqualität ein „postmaterialistisches“ Konzept darstellt, erscheint eine Rückbesinnung auf materielle Orientierungen und damit eine Gefährdung der weiteren Diffusion des Nachhaltigkeitsgedankens in die alltägliche Lebensführung plausibel. Andererseits gibt es, wie eine neuere Studie (Opaschowski 2004) zeigt, Hinweise, die in eine andere Richtung deuten. Nach diesen Befunden scheint sich jenseits des öffentlichen Diskurses über Hartz IV und andere Maßnahmen ein Großteil der Bevölkerung mit der neuen Situation bereits weit gehend arrangiert zu haben. Zu beobachten ist die Entwicklung neuer Handlungsorientierungen und neuer Praxisformen, die sich als Ausdruck eines stärker qualitativen Wohlfahrtsverständnisses interpretieren lassen, in dem allerdings ökologische Aspekte allenfalls noch am Rande eine Rolle spielen. Möglicherweise sind die beiden letzten Befunde komplementär zu sehen: Positive ökologische Effekte treten immer seltener als intendierte Folgen von Handlungen, sondern als nicht-intendierte, über andere Motive vermittelte Nebeneffekte auf.

Die Ausgangshypothese des geplanten Vorhabens „Nachhaltige Wohlfahrt“ ist, dass die Umsetzung des sich andeutenden neuen Wohlfahrtsparadigmas als nicht intendierte Nebenfolge eine signifikante Beeinträchtigung der Diffusion nachhaltiger Verhaltensmuster in der deutschen Gesellschaft nach sich ziehen könnte. Durch die infolge der Reform der Sozialsysteme veränderten „capacities“ könnten sich Alltagspraxis und Handlungsorientierungen und innerhalb dieses Kontextes auch die Praxisformen

und Orientierungen von Nachhaltigkeit signifikant ändern. Als (eine) neue Rahmung von Alltagspraxis werden auf der Mikro- und Mesoebene neue Wohlfahrtskonzepte im Sinne neuer, soziokulturell vermutlich variierender Vorstellungen vom „guten“ oder „richtigen“ Leben entwickelt.

Die ökologische Nachhaltigkeit steht im Mittelpunkt des mit dem Vorhaben „Nachhaltige Wohlfahrt“ verfolgten Forschungsinteresses. Zu betonen ist, dass in den Untersuchungen die ökologischen Outcomes den Ansatzpunkt bilden und dem Zustandekommen dieser Outcomes nachgegangen werden soll. Von Interesse sind damit sowohl freiwillige wie „erzwungene“, ökologisch wie anders motivierte Verhaltensmuster, soweit sie zu positiven ökologischen Effekten führen.

Gleichzeitig soll mit dem vom Wuppertal Institut geplanten Vorhaben ein Beitrag zur Zusammenführung der wissenschaftlichen Diskussion zu „Nachhaltigkeit“ und „Wohlfahrt“ geleistet werden.

Zusammenhang der Themen „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit“ und „Ökologische Gerechtigkeit“

Die dargestellten Überlegungen zum Forschungsvorhaben „Nachhaltige Wohlfahrt“ bildeten den Ausgangspunkt des Fachgespräches. Für das Fachgespräch wurde jedoch der offener Titel „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit“ gewählt, um zu verdeutlichen, dass es zunächst einer Klärung der Bezüge zwischen Wohlfahrts- und Nachhaltigkeitsdiskurs bedarf.

Demgegenüber setzt der Titel des Vorhabens des Wuppertal Instituts „Nachhaltige Wohlfahrt“ diese Bezüge voraus und beinhaltet darüber hinaus die Frage, wie Wohlfahrt nachhaltig gestaltet werden kann.

Wählt man den Diskurs über den Sozialstaat als Referenzrahmen, wird das Thema „Ökologische Gerechtigkeit“ durch das Thema „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit“ in doppelter Weise kontextualisiert:

- Zum einen sind Umweltgüter, also die materielle Seite ökologischer Gerechtigkeit, zu den Wohlfahrtsgütern zu zählen und stellen eine der materiellen Dimensionen von Wohlfahrt dar.
- Gleichzeitig bildet die ökologische Gerechtigkeit eine der Dimensionen von sozialer Gerechtigkeit (neben Einkommensgerechtigkeit, gerechtem Zugang zu

Bildung usw.), die wiederum einen zentralen Maßstab für die Ausgestaltung von Wohlfahrt darstellt.

In diesem Sinne kann „Ökologische Gerechtigkeit“ als ein Aspekt des Zusammenhangs von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit verstanden werden.

Einordnung des Fachgespräches in die Forschungsprogrammatik des UBA

Im UBA wird im Rahmen der regelmäßigen Studien zum „Umweltbewusstsein in Deutschland“ das Thema Ökologische Gerechtigkeit bereits länger bearbeitet.² Vor allem anlässlich der UBA-Zuarbeit zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Bundesregierung 2002) ergab sich allerdings mit diesem - bislang noch kaum erschlossenen - Themenfeld ein so starker Klärungsbedarf, dass in den UFOPLAN 2005 ein spezielles Vorhaben mit dem Titel „Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen zur Ökologischen Gerechtigkeit“ eingebracht wurde. Mit diesem Vorhaben sollen Vorschläge entwickelt werden, wie die heute noch bestehende Lücke zwischen Sozial- und Umweltberichterstattung (mittelfristig) überbrückt werden könnte und welche konzeptionellen Neuentwicklungen nötig wären. Dabei geht es unter anderem auch darum, die Chancen einer ökologisch-nachhaltigen Ausrichtung von Konsum- und Produktionsmustern im öffentlichen Berichtswesen adäquat abzubilden.

1.3 Planung und Ablauf des Vorhabens

Bei dem Fachgespräch sollten gemeinsam mit einschlägig ausgewiesenen Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen disziplinären Kontexten die Relevanz des Themas „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit“ geklärt und der Forschungsbedarf herausgearbeitet werden.

Im Einzelnen sollten folgende Fragen diskutiert werden:

1. Wie wird aus dem jeweiligen fachlichen Kontext der Diskussionsstand zum Zusammenhang von Sozialstaatsumbau und nachhaltiger Entwicklung beurteilt? Wie kann eine Fokussierung des Themenzuschnitts vorgenommen werden?

² Zuerst in der vertiefenden Studie des UBA zum Umweltbewusstsein 2002 (vgl. Grunenberg / Kuckartz 2003)

2. Wo liegt der Forschungsbedarf? Wie können die heute noch bestehenden erheblichen Defizite im Hinblick auf eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Nachhaltigkeits- und Sozialpolitik, zwischen Umweltethikern (die sich zunehmend mit dem Konzept der Ökologischen Gerechtigkeit beschäftigen) und Sozialwissenschaftlern (die beispielsweise im Feld der Sozialberichterstattung tätig sind) verbessert werden?
3. Welche Schritte sind zu unternehmen, um ggf. ein Forschungsnetzwerk „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit“ vorzubereiten?

Das Fachgespräch wurde vom Wuppertal Institut in enger Abstimmung mit dem Umweltbundesamt inhaltlich und organisatorisch vorbereitet. Die Ergebnisse sind im Hauptteil des Berichts dargestellt.

1.4 Forschungsstand

Die einschlägige Literatur wurde im Rahmen der Entwicklung des Vorhabens „Nachhaltige Wohlfahrt“ aufgearbeitet. U.a. wurde vom Wuppertal Institut eine Literaturexpertise (Brettschneider 2004) vergeben. Ein Hauptbefund war dabei, dass der Zusammenhang von (neuerer) Wohlfahrtsentwicklung und Nachhaltigkeit bisher kaum untersucht worden ist. Die Ergebnisse sind in die Vorbereitung des Fachgesprächs eingeflossen.

Im WI bildet die Beschäftigung mit dem Zusammenhang von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit seit längerem einen Arbeitsschwerpunkt. Eines der Arbeitsergebnisse war die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“. Das Vorhaben „Nachhaltige Wohlfahrt“ geht auf Diskussionen in dem seit einigen Jahren im WI bestehenden Arbeitskreis „Öko-Suffizienz und Lebensqualität“ zurück. Mit dem Projekt sollen u.a. eine stärkere Anbindung an die fachwissenschaftlichen Diskurse und eine stärkere empirische Fundierung der Arbeiten in diesem Themenfeld erreicht werden.

Das Thema „Ökologische Gerechtigkeit“ ist seitens des WI nach Veröffentlichung der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND / Misereor 1996) vor allem im Globalisierungskontext bearbeitet worden. Exemplarisch ist hier das kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellte Buch „Fair Future“ (Wuppertal Institut 2005) zu nennen.

Diese Schwerpunktsetzung dürfte typisch sein für die Nachhaltigkeitsforschung, die ökologische Gerechtigkeit bislang vor allem als Gerechtigkeit zwischen den Generatio-

nen und als Gerechtigkeit zwischen Staaten (Länder des „Südens“ und des „Nordens“) bearbeitet hat. Intragenerative Gerechtigkeit innerhalb von Gesellschaften ist ein relativ neues Forschungsthema.

Im weiteren inhaltlichen Umfeld des Vorhabens ist u.a. ein laufendes Forschungsvorhaben angesiedelt, das das unter dem Druck der Liberalisierung und der Haushaltsdefizite der Kommunen veränderte Verständnis der Daseinsvorsorge in der Infrastrukturpolitik zum Ausgangspunkt nimmt. In dem Forschungsprojekt, das von der Hans Böckler Stiftung finanziert wird, wird untersucht, welche Chancen für eine qualitativ gute Versorgung unter den neuen Bedingungen bestehen (www.daseinsvorsorge.com).

2 Hauptteil

2.1 Konzeption und Durchführung des Fachgesprächs

Das Fachgespräch wurde als eintägige Veranstaltung konzipiert. Es gliederte sich (vgl. die Tagesordnung in Anhang 1) in die Blöcke Eröffnung und inhaltliche Einführung, thematische Diskussion und Abschlussdiskussion; in der Abschlussdiskussion lag der Schwerpunkt auf der Herausarbeitung der Forschungsperspektiven.

Im Vorfeld des Fachgesprächs wurden in der deutschen Forschungslandschaft einschlägige Konzepte, Projekte und Forschungsergebnisse mit Bezug zum Thema „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit“ recherchiert.

Aufgrund des begrenzten Zeitrahmens war eine Beschränkung des Fachgesprächs auf ausgewählte Aspekte des Themas erforderlich. Entlang der im vorangehenden Kapitel genannten Leitfragen wurden folgende Themenschwerpunkte diskutiert:

- Ausgangssituation: Nachhaltigkeitsaspekte im Wohlfahrtsdiskurs; Wohlfahrtsaspekte im Nachhaltigkeitsdiskurs
- Der Umbau der Sozialsysteme in Deutschland: Grundmuster, Ergebnisszenarien, Auswirkungen auf die social capacities
- Zusammenhang von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit auf der Ebene der Lebensführung: Wirkungsmechanismen
- Soziokulturelle Differenzierung und Reaktionsmuster: Milieuspezifische Wohlfahrtsvorstellungen und Praxisformen, Einbettungen von Nachhaltigkeit und ökologischer Gerechtigkeit

Jeder Themenschwerpunkt wurde durch zwei Impulsreferate von Experten eingeleitet und anschließend diskutiert. Im Vorfeld des Workshops waren zur Vorbereitung von den Vortragenden Thesenpapiere erarbeitet worden, die vom Wuppertal Institut an die übrigen Teilnehmer versandt wurden. Der inhaltliche Zuschnitt der Beiträge wurde vom Wuppertal Institut koordiniert. Die Thesenpapiere sind in Anhang 4 dokumentiert. Der gesamte Workshop wurde protokolliert und zusätzlich aufgezeichnet.

Die Experten und weiteren Teilnehmer wurden auf der Grundlage der Literaturanalysen und weiterer Recherchen vor dem Workshop zusammen mit dem Umweltbundesamt ausgewählt (vgl. die Teilnehmerliste in Anhang 2). Der interdisziplinär zusammengesetzte Teilnehmerkreis lässt sich vereinfacht in Experten aus der Umweltpolitik, der

Nachhaltigkeits- und der Wohlfahrtsforschung unterteilen. Von den insgesamt 30 Teilnehmern kamen jeweils sechs aus dem Umweltbundesamt bzw. Bundesumweltministerium und aus dem Wuppertal Institut. Darüber hinaus waren verschiedene universitäre Einrichtungen und außeruniversitäre Institute vertreten.

2.2 Eröffnung und Einführung

Der Workshop wurde eingeleitet durch Dr. Hans-Heinrich Lindemann, Leiter der Abteilung „Umweltschutzzinstrumente“ des Umweltbundesamtes und Dr. Korinna Schack, im Bundesumweltministerium zuständig für gesellschaftspolitische Grundsatzfragen und Verbändeförderung, die ihre Erwartungen an das Fachgespräch formulierten.³

Hans-Heinrich Lindemann, Umweltbundesamt

Hans-Heinrich Lindemann griff in seiner Eröffnung die aktuelle kapitalismuskritische Debatte auf. Man könne mit einer rein ökonomischen Betrachtung der neuen Gerechtigkeitsfrage nicht gerecht werden. Es sei die politische und kulturelle Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Wachstum, die uns heute so gewaltige Schwierigkeiten in Sachen Zukunftssicherung mache. Dennoch werde Wachstumsförderung nach wie vor prioritär angegangen, um dem Anstieg der relativen Armut in Deutschland – wie im „2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ (Deutsche Bundesregierung 2005) konstatiert – etwas entgegenzusetzen. Die Mitwirkung des Umweltbundesamtes an diesem Bericht habe ausgelöst, dass die ökologische Gerechtigkeit zu einem Vertiefungsthema im Rahmen seiner sozialwissenschaftlichen Umweltforschung geworden sei. Es solle eine verbesserte Kooperation mit der Sozialberichterstattung erreicht werden. Ohne eine adäquate Berücksichtigung der aktuellen Umbrüche werde beispielsweise die Förderung des nachhaltigen Konsums zukünftig kaum mehr vorankommen. Zunächst gehe es jedoch um eine Themenerschließung und Verständniserweiterung.

³ Die beiden Eingangsstatements sind in Anhang 3 dokumentiert.

Korinna Schack, Bundesumweltministerium

Korinna Schack betonte die besondere Relevanz des Themas „Ökologische Gerechtigkeit“ für das Bundesumweltministerium und wies darauf hin, dass u.a. auch die OECD bereits im Jahr 2000 eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema angemahnt hat. Es gehe darum, den Beitrag der Umweltpolitik zur sozialen Gerechtigkeit zu identifizieren, zu beschreiben und sichtbar zu machen. In einigen Bereichen wie Lärmbelastung, Schadstoffbelastungen oder die Schaffung von Arbeitsplätzen sei der positive Beitrag der Umweltpolitik zur Gerechtigkeit recht leicht sichtbar. Doch in vielen Bereichen bleibe der konkrete Beitrag (in Daten und Fakten) der Umweltpolitik noch im Nebel. Weil sich die umweltpolitischen Beiträge zur Gerechtigkeit, zur Lebensqualität und den sozialen Fragen der Gesellschaft in der Regel nicht in den üblichen Kategorien von Fortschritt und Wachstum beschreiben ließen, müsse dafür eine allgemein anerkannte Beschreibung gefunden werden, damit diese Beiträge schließlich in die etablierte Diskussion um Sozialberichterstattung und Gerechtigkeit eingespeist werden können. Dafür sei es wichtig, sich Klarheit über die verschiedenen Gerechtigkeitskonzeptionen zu verschaffen, die in den Diskussionen und Kontroversen in diesen Themenfeldern wirksam würden.

Georg Wilke, Wuppertal Institut

Anschließend wurden von Georg Wilke, der das Projekt im Wuppertal Institut geleitet hat, Anlass und Hintergrund, die Ziele (vgl. zu beidem die Einleitung) und der Ablauf des Workshops vorgestellt und erläutert.

2.3 Ergebnisse

Nachfolgend werden der inhaltlichen Struktur des Fachgesprächs folgend (vier Themenschwerpunkte, Schlussdiskussion) die Impulsreferate und die Diskussionsbeiträge der Teilnehmer zusammenfassend dargestellt. Neben den Impulsreferaten sind auch die Diskussionsbeiträge namentlich gekennzeichnet. Auch wenn in verschiedenen Punkten Konsens bestand, lassen sich Argumente und Positionen nicht ohne weiteres zu einer Synthese zusammen fügen.

2.3.1 Ausgangssituation: Nachhaltigkeitsaspekte im Wohlfahrtsdiskurs - Wohlfahrtsaspekte im Nachhaltigkeitsdiskurs

Impulsreferat Heinz-Herbert Noll

In seinem Impulsreferat bemerkt Heinz-Herbert Noll einleitend, dass es seit vielen Jahren Bemühungen gibt, die Konzepte und Diskussionskreise zu Nachhaltigkeit und Wohlfahrt zu integrieren – auch auf der Beobachterebene bezüglich der Indikatoren. Die Diskussion um „Lebensqualität“ – dem bedeutendsten modernen Wohlfahrtskonzept (in 1960ern entstanden) – habe vieles von dem vorweg genommen, was später im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit diskutiert wurde (z.B. Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen, zentrales Stichwort: qualitatives Wachstum).

Es gibt nach Noll aber auch Unterschiede zwischen Lebensqualität und Nachhaltigkeit (vgl. Tabelle 1). Erstere sei ein umfassender Entwurf des guten Lebens sowie in erster Linie Merkmal von Individuen und Haushalten, vor allem bezogen auf postindustrielle Überflussgesellschaften. Letztere sei kein Entwurf des guten Lebens. Nachhaltigkeit sei vielmehr ein allgemeines Prinzip der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, das sehr wohl im Widerspruch stehen könne zu Konzepten des guten Lebens und kein Merkmal von Individuen und Haushalten darstelle. Nachhaltigkeit sei ein Merkmal von Systemen und sozusagen eine moderne zeitgenössische Gleichgewichtstheorie, die versuche die Frage zu beantworten, was zu tun sei, wenn man die Gesellschaft insgesamt und ihre Subsysteme langfristig erhalten wolle.

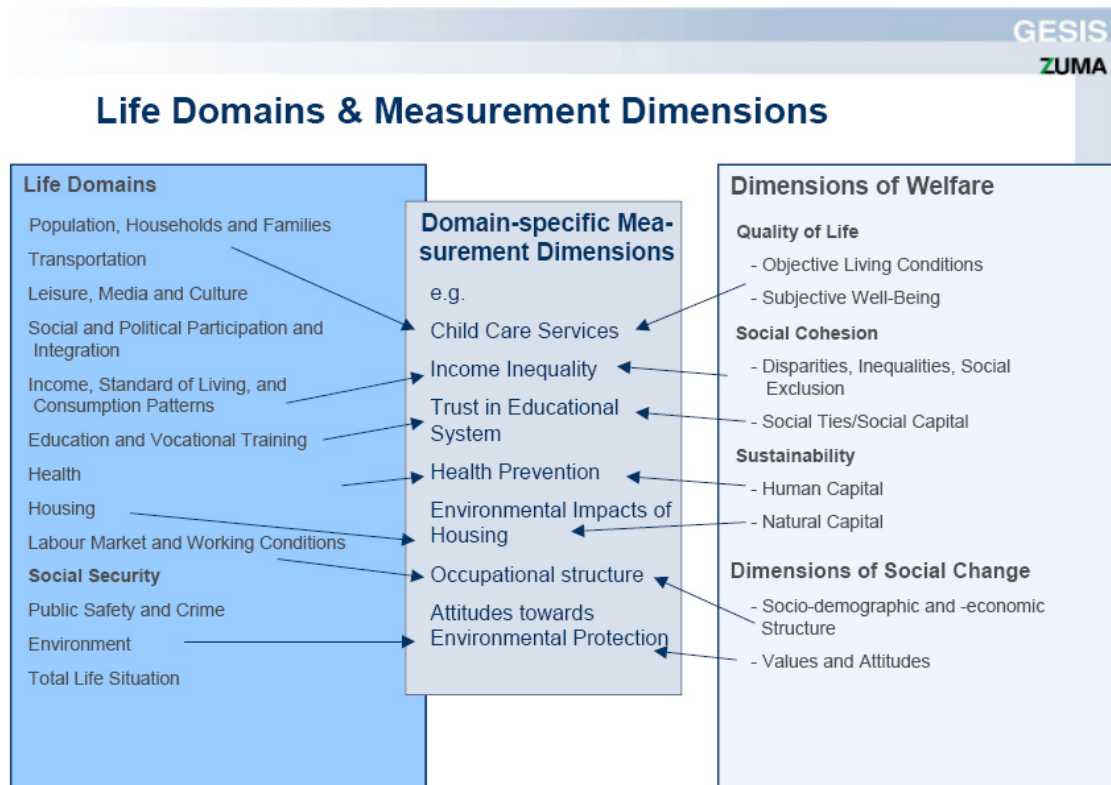
Tabelle 1: Merkmale des Konzeptes „Lebensqualität“ und „Nachhaltigkeit“

Lebensqualität	Nachhaltigkeit
Umfassender Entwurf des „guten Lebens“	Allgemeines Prinzip der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft
Merkmal von Individuen und Haushalten	Merkmal von Systemen
Bezogen auf postindustrielle Überfluggesellschaften	Universeller Geltungsanspruch

Quelle: Heinz-Herbert Noll (ZUMA)

Aus der Nachhaltigkeitsdiskussion ergibt sich nach Noll die Konsequenz, dass die Lebensqualität einer Gesellschaft zukünftig stärker unter den Gesichtspunkten der Gerechtigkeit (nicht nur, aber besonders auch über Generationen hinweg), des effizienten Gebrauchs von Ressourcen sowie der ökologischen „Tragbarkeit“ von Wertorientierungen, Verhaltensmustern und Lebensstilen bewertet werden solle. Die damit aufgeworfene Frage, ob ein hohes – und von der Bevölkerung auch subjektiv als solches wahrgenommenes und bewertetes – Niveau an Lebensqualität auch auf einem niedrigeren materiellen Wohlstandsniveau erreicht werden müsse und inwieweit gegebenenfalls erforderliche Abstriche in der Bevölkerung Akzeptanz finden würden, müsse dabei vorläufig offen bleiben. Eine Dimension aus dem breiten Konzept von Wohlfahrt (vgl. Abbildung 1) sei „subjektives Wohlbefinden“, welches zentral für die Erklärung von Verhalten sei.

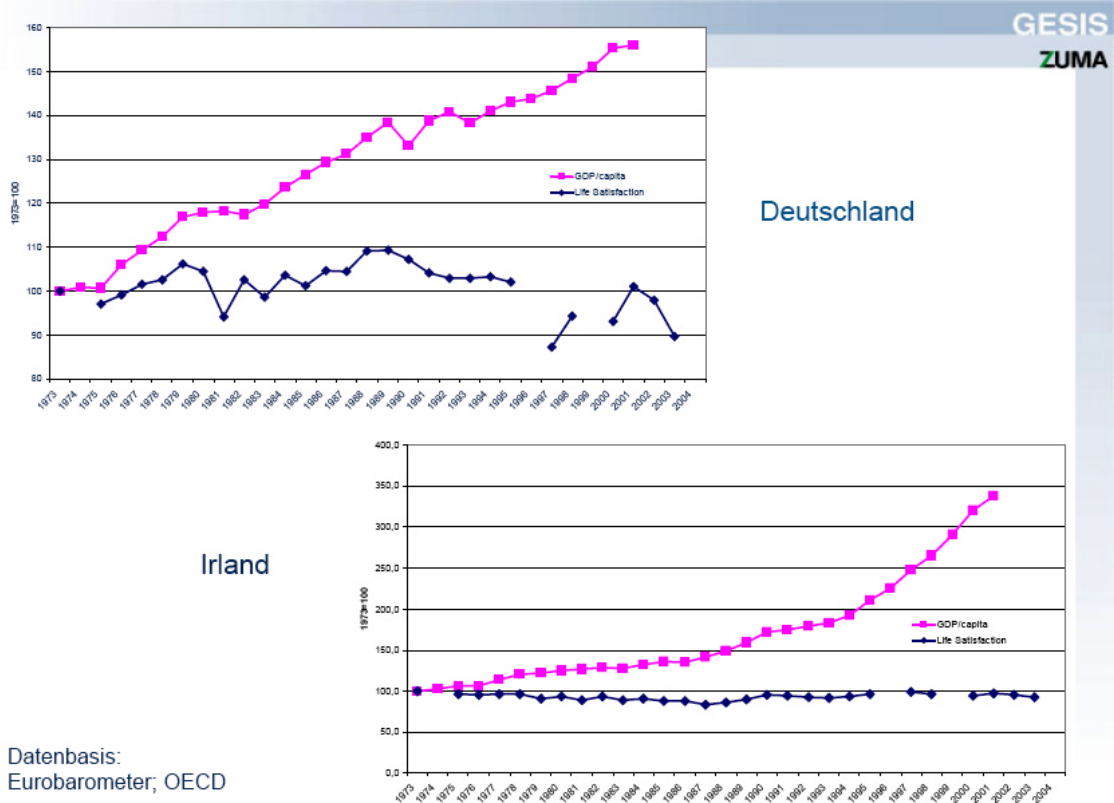
Abbildung 1: Life Domains & Measurement Dimensions



Quelle: Heinz-Herbert Noll (ZUMA)

Aus der Nachhaltigkeitsperspektive ist nach Noll eine zentrale Frage, wie subjektives Wohlbefinden und materieller Wohlstand zusammenhängen. Menschen in Ländern mit höherem Wohlstand hätten auch ein höheres subjektives Wohlbefinden, und Personen mit höherem Einkommen seien zufriedener. Betrachte man jedoch die Entwicklungen über die Zeit, strebten die Kurven vom subjektiven Wohlbefinden und materiellem Wohlstand weit auseinander (vgl. Diagramm 1).

Diagramm 1: Entwicklung von materiellem Wohlstand und subjektivem Wohlbefinden in Deutschland und Irland



Aus Sicht der Nachhaltigkeitsforschung stellt sich nach Noll die Frage, warum wir mit zunehmendem Wohlstand nicht glücklicher werden. Möglicherweise liege es an einem Mechanismus von steigenden Erwartungen oder an den relativen Einkommenspositionen. Die politischen Entscheidungsträger sollten nach Alternativen zur Wohlstandsmehrung suchen (R. Easterlin), z.B. Teilzeitarbeit.

Impulsreferat Manuel Rivera

Manuel Rivera stellt in seinem Impulsreferat zum politischen Nachhaltigkeitsdiskurs einige Thesen vor. So werde die eigentliche, theoretisch als zentral anerkannte Herangehensweise an Gerechtigkeit, nämlich Verteilungsgerechtigkeit, im politischen Geschäft kaum thematisiert. Der Nachhaltigkeitsdiskurs funktioniere nicht als Diskurs über das Wünschenswerte, sondern als Diskurs über Problemlagen. Der Nachhaltigkeitsdiskurs identifiziere Probleme als Stabilitätsprobleme („die Gesellschaft sollte nicht aus

dem Gleichgewicht geraten“). „Intergenerationelle Gerechtigkeit“ werde gemeinhin auf dieses Verständnis verkürzt. Dieser Konservatismus mache einen Teil seiner politischen Kraft aus, bedinge aber auch eine gewisse Ohnmacht in Bezug auf den Anstoß von Werte-Debatten. Ans „Eingemachte“ – die Definition der in der Brundtland-Formel genannten „needs“ – wage man sich zumindest nicht ran.

Seiner Binnenlogik nach sei der Nachhaltigkeitsdiskurs ein Diskurs über die Sicherung und Verteilung von Wohlfahrt. Dies erkläre vielleicht, warum Wohlfahrt, als Vorausgesetztes, in ihm fast nie explizit thematisiert werde. Darüber hinaus habe der politische Nachhaltigkeitsdiskurs einen zweigesichtigen Charakter – auch in Hinblick auf Gerechtigkeitsfragen. Auf der einen Seite sei er kritisch, auf der anderen Seite sei er vermittelnd. Wohlfahrtsvorstellungen unterschiedlicher Akteure würden permanent im Diskurs miteinander abgeglichen und brächten politische Kompromissformeln hervor.

Diskussion

In der Diskussion merkt Vogel an, dass geklärt werden müsse, wer eigentlich gestalten solle. Wenn es der Staat sei, bräuchte man eine positive Bestimmung von Staatlichkeit und von der politischen Gestaltungsfähigkeit. Zudem sei zu klären, wie die Neuverteilung von Anrechten und Verpflichtungen im Rahmen einer veränderten Wohlfahrtsstaatlichkeit aussehen könnte. In der aktuellen Neujustierung des Wohlfahrtsstaates erlebe die Mittelschicht zur Zeit neue Anforderungen und Zumutungen, mit denen Menschen in den sozialen Randlagen schon lange konfrontiert seien (z.B. Zumutbarkeit von Arbeit, Aufhebung der Statusgarantien).

Schäfer ist der Meinung, man solle sich den Zusammenhang zwischen Zufriedenheit und materiellem Wohlstand genauer ansehen und fragen, was die Lebensqualitätsforschung schon dazu herausgefunden habe, was außer Einkommen noch zufrieden machen würde (intakte Familienbeziehungen, Freundschaften etc.).

Für das BMU ist es aus Sicht von Schack wichtig zu erfahren, was die umweltpolitischen Akteure unter dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zur Integration des Sozialen in den Nachhaltigkeitsdiskurs beitragen können. Man müsse verstehen, was in der Sozialberichterstattung diskutiert werde, um aus der Umweltperspektive zu verstehen, wo „angedockt“ werden könne. Wir stünden vor dem Problem, dass die sozialpolitischen Akteure über viele Ressourcen und öffentliche Aufmerksamkeit verfügten. Der Umweltdiskurs hingegen sei relativ klein und nicht annähernd mit ausreichenden

Mitteln ausgestattet. Nach Schack müsste die Frage beantwortet werden, wie die sozialpolitischen Akteure für Nachhaltigkeit bzw. Umweltpolitik gewonnen werden können.

2.3.2 Der Umbau der Sozialsysteme in Deutschland: Grundmuster, Ergebnisszenarien, Auswirkungen auf die social capacities

Impulsreferat Norbert Wohlfahrt

Es gebe kein rationales Modell von Sozialpolitik, so Wohlfahrt in seinem Impulsreferat. Eine gängige Behauptung sei, dass sich der Sozialstaat überlebt habe und nicht mehr finanzierbar sei. Als Alternativmodell werde u.a. die so genannte Bürgergesellschaft vorgeschlagen. Diese zeichnet sich nach Wohlfahrt durch eine reduzierte sozialstaatliche Grundversorgung aus und setzt auf ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement. Eliten würden in die Pflicht genommen, dieses Engagement zu leisten, und der weitestgehende Teil der Sozialstaatsversorgung müsste über eine Verpflichtung der Eliten zur Philanthropie erbracht werden.

Diesem Modell folgt Wohlfahrt nicht. Es gehe im Wesentlichen darum, den Arbeitsmarkt von arbeits- und sozialrechtlichen Regulierungen zu entschlacken, die Belastungen mit Abgaben und Steuern nachhaltig zu reduzieren und die Unterstützung von arbeitsfähigen Sozialleistungsbeziehern stärker an Voraussetzungen und Bedingungen zu knüpfen. Das sei in die Sozialrechtsgesetzgebung unter den Stichworten „Fordern und Fördern“, „keine Leistung ohne Gegenleistung“ und „individuelle Aktivierung“ eingeflossen. Sozialstrukturelle Ursachen von Arbeitslosigkeit und sozialpolitische Hilfebedürftigkeit würden in Folge dieses neuen Regulierungsmodus für unwichtig erklärt, die individuelle Verantwortung und Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen in den Vordergrund gerückt.

Die Konsequenz der gegenwärtigen Sozialpolitik sei, so Wohlfahrt, der Abstieg der Mittelklasse. Ausgangspunkt sei die Verschiebung des Verhältnisses zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern. In den letzten 20 Jahren habe die bezahlte Lohnarbeit kontinuierlich abgenommen; es sei paradox, dass durch Arbeitszeitverlängerung mehr Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

Die Frage sei, was durch die systematische und in ihren Konsequenzen nicht mehr abzusehende Verarmung größerer Teile der Bevölkerung folgen werde. Wohlfahrt weist auf eine Studie von Wolfgang Müller-Funk zu Großbritannien hin. Danach geht die Verarmung mit einem neuen „Konsumerismus“ einher. Durch Fast-Food-Hallen,

Billigläden, Diskotheken-Landschaften, Shopping-Areas usw. verschwände das „typisch Englische“ bzw. das Bürgerliche aus der Gesellschaft.

Impulsreferat Antonio Brettschneider

Brettschneider macht einleitend deutlich, dass Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik als drei Säulen Teil eines Sozialmodells oder Gesellschaftsmodells zu sehen seien. Durch die intensivierte Standortkonkurrenz würde in fast allen europäischen Ländern Sozialpolitik der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik untergeordnet. Dadurch gewannen Wirtschafts- und finanzpolitische Ziele (Haushaltskonsolidierung, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum) im aktuellen Reformprozess gegenüber genuin sozialpolitischen Sicherungs- und Verteilungszielen massiv an Bedeutung.

Im Hinblick auf Konzeptionen sozialer Gerechtigkeit unterscheidet Brettschneider zwei zentrale Dimensionen: neben der Frage nach den Kriterien gerechter Ressourcenverteilung (Verteilungsdimension) gehe es zunehmend um die Frage nach den Prinzipien wohlfahrtsstaatlicher Verantwortungszuweisung für die Absicherung von Lebensrisiken (Verantwortungsdimension). Hierbei zeichne sich ein normativer Zielkonflikt zwischen gesamtgesellschaftlicher Produktivität und individuellen Teilhaberechten ab. Durch die normative Aufwertung der Eigenverantwortung werde ein ernstzunehmender Teil der Lebensrisiken, der vorher durch kollektive Systeme abgesichert worden sei, auf das Individuum verlagert. Dies zeige sich z.B. bei den Reformen der Alterssicherungssysteme („Riester-Reform“ 2001).

Diskussion

In der Diskussion wurde diagnostiziert, dass die Menschen durch die Veränderungen in den Sozialsystemen von Abstiegsängsten dominiert seien. Es entstünde ein Klima, in dem Deklassierungsvermeidung und Statusbewahrung dominierten, so Vogel. Er fragt, wo das Ökologische in einem solchen Klima in die sozialstrukturellen Rahmenbedingungen hineingelangen könne. Ähnlich argumentierte Wohlfahrt, der geklärt wissen wolle, ob der gegenwärtige Regulierungsmodus unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten überhaupt tragfähig sei. Was sind die Konsequenzen der gegenwärtigen Entwicklungen auf Verhalten und Bewusstsein (Noll)? Letztlich werde durch den Paradigmenwandel in der Wirtschaftspolitik die Rolle des Bürgers als Umweltakteur von anderen Rollen überlagert (Brettschneider).

Wehrspaun sieht Zielkonflikte zwischen Leistungs- und Bedarfs- sowie zwischen produktivistischer und Teilhabegerechtigkeit. Es gebe Anknüpfungspunkte zur sozialen Dimension der Nachhaltigkeit bei der Teilhabegerechtigkeit. Doch im Grunde gehe es um Verteilungsgerechtigkeit, so Noll.

Man könne wahrscheinlich davon ausgehen, dass in Zeiten der alten BRD, vor Hartz IV, die Sozialleistungen relativ gut gewesen seien, so Korczak, und dass das Nachhaltigkeitsbewusstsein vor sich hin „gedümpelt“ habe. Die Frage sei, ob das Nachhaltigkeitsbewusstsein und -verhalten unter den neuen Bedingungen noch mehr sinken werde. Davon geht Brettschneider aus. Für den modernen Bürger bleibe nicht sehr viel für Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement und Umweltverhalten. Die einzige Verbindungsmöglichkeit sieht er in der „Sinnsuche“. Wenn die Sinn Suchenden auf Identitätssuche seien, könnten ggf. Umweltaspekte eine Rolle spielen.

2.3.3 Zusammenhang von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit auf der Ebene der Lebensführung: Wirkungsmechanismen

Impulsreferat Karl Werner Brand

Brand geht von dem Befund aus, dass die Art und Weise, wie „Nachhaltigkeit“ und „Wohlfahrt“ auf der Alltagsebene miteinander verknüpft werden, weit gehend unbekannt sei. Grundsätzlich sei die Art der Verknüpfung zum einen ein Problem des öffentlichen Diskurses und der sich darin durchsetzenden Deutungen. Zum anderen würden die verschiedenen Teilelemente der beiden Diskurse (z.B. soziale Sicherheit, Lebensqualität und Umweltprobleme) in den verschiedenen gesellschaftlichen Milieus in unterschiedliche Relevanzsysteme eingebettet und zu Modellen „guten Lebens“ verknüpft, die entsprechenden Leitbildern von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit eine sehr unterschiedliche Resonanz verschafften. Leitbilder wie „Gut leben statt viel haben“ (Öko-Suffizienz) finden so nur in bildungsbürgerlich-postmaterialistischen Milieus eine positive Resonanz, werden in anderen Milieus aber vehement abgelehnt. Insofern sei die gruppenspezifische Anschlussfähigkeit entsprechender Modelle zu beachten. Empirische Studien zu „Umweltmentalitäten“ in West- und Ostdeutschland zeigten auch, dass die „pragmatische“ Orientierung und die „Beharrungstendenz“ des Alltagsdenkens dazu führten, dass neue Handlungsorientierungen immer nur über pragmatische, situationsspezifische Aushandlungs- und Abwägungsprozesse in bestehende Alltagsroutinen eingebaut werden. Nur wenn Möglichkeiten für die Entwicklung neuer alltagspraktischer Balancen bestünden, könnten sich nachhaltigere Denk- und Handlungsmuster stabilisieren. Untersuchungen zur „alltäglichen Lebensführung“, wie sie u.a. von Kudera

und Voß durchgeführt wurden (vgl. z.B. Kudera/Voß 2000), verweisen nach Brand darüber hinaus auf strukturelle Veränderungen in der Organisation des Alltags und der Art der Lebensführung. Selbststeuerung, Eigenregulierung, individuelle Planungs-, Koordinierungs- und Synchronisierungsleistungen erhalten ein wachsendes Gewicht. Die Frage sei, was diese Entwicklungstrends – wie die mit dem Umbau des Sozialstaats verbundenen wachsenden sozialen Unsicherheiten und Ängste – für die Chancen einer nachhaltigeren Lebensführung bedeuten. Auch dazu gebe es bisher keine Untersuchungen.

Impulsreferat Lenelis Kruse-Graumann

Kruse referiert aus einer individuen- und kleingruppenzentrierten Sicht. Wohlfahrt sei in der Psychologie kein Thema, Wohlstand auch nicht – wohl aber das Einkommen, das immer eine wichtige Determinante in Untersuchungen z.B. zur Lebensqualität, Lebenszufriedenheit, Arbeitszufriedenheit sei. Die stärkere Eigenverantwortung des Einzelnen im Rahmen neuer Wohlfahrtsmodelle sei lediglich eine neue Variante der Individualisierung, und damit immer Chance und Risiko zugleich. Der Alltag ist nach Kruse allgemein entscheidungsförmiger geworden und die Fülle der Wahlmöglichkeiten – insbesondere beim Konsum – zu einer Qual. Zudem implizierten 95 Prozent der Handlungsentscheidungen keinerlei ökologische Zielvorstellungen oder Überlegungen. Hier läge ein interessanter Ansatzpunkt für die Forschung über den Zusammenhang von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit aus psychologischer Sicht. Darüber hinaus könnte die Risikoforschung (Risikowahrnehmung, -bewertung und -akzeptanz) für das neue Untersuchungsfeld relevant sein.

Diskussion

Brettschneider ergänzt, dass sich nach Untersuchungen von Bodenstein, Spiller und Elbers (1997) drei verschiedene Grundtypen von Konsumententscheidungen unterscheiden lassen. Für das Thema nachhaltige Wohlfahrt seien vor allem strategische Konsumententscheidungen der zentrale Ansatzpunkt (»big-points«). Es müssten die Größenverhältnisse der Entscheidungsauswirkungen im Blick behalten werden. In Hinblick auf situative Entscheidungen seien systemische Ansätze (auf kollektiver Ebene) relevant.

Man könne davon ausgehen, dass zwischen Lebensqualität (Individuum) und Nachhaltigkeit (System) ein Spannungsverhältnis bestehe, so Kuckartz, schließlich hätten ge-

rade diejenigen Menschen, die ins Grüne zögen und dort Häuser bauten, oft das höchste Nachhaltigkeitsbewusstsein. Solange es Kilometerpauschalen gebe, mache es keinen Sinn beim Einzelnen anzusetzen. Man könne nicht einfach davon ausgehen, dass Lebensqualität und Nachhaltigkeit gut zusammenpassten – vielmehr stünden sie in einem Spannungsverhältnis und oft sogar in einem Gegensatz zueinander. Kruse meint dazu, wir könnten den Konsumenten nicht etwas aufladen, wenn wir nicht an den Bedingungen der Produktion und allem, was damit verbunden sei (wie Infrastruktur, Werbung usw.) gleichzeitig arbeiteten.

Löwe fällt auf, dass das Wohlfahrtsthema leicht aus dem Blick gerät, je mehr man sich mit der Mikro-Ebene (Mentalitätsforschung, Lebensführung, Alltagsorganisation), also der klassischen Konzeptionalisierung von Nachhaltigen Konsummustern und Lebensstilen, widmet.

Nach Rivera müssen wir uns die Frage stellen, ob ökologische Gerechtigkeit als selbst empfundener und begriffener Teil der „eigenen“ Wohlfahrt gesehen werden könnte.

2.3.4 Soziokulturelle Differenzierung und Reaktionsmuster: Milieuspezifische Wohlfahrtsvorstellungen und Praxisformen, Einbettungen von Nachhaltigkeit und ökologischer Gerechtigkeit

Impulsreferat Georg Wilke (für Heiko Geiling)

Wilke präsentiert stellvertretend für Heiko Geiling einige Thesen aus der Perspektive der Hannoveraner Milieuforschung zum Thema Wohlfahrt und Nachhaltigkeit. Milieus könnten im Anschluss an die kultursoziologischen Arbeiten Bourdieus als spezifische Konfigurationen von Struktur, Habitus und Praxis verstanden werden. Milieukonzepte gingen von einer Dialektik zwischen objektiven und subjektiven Bestimmungen aus; die Menschen seien nicht Opfer ihrer Verhältnisse, sondern Gestalter ihrer Wirklichkeit, allerdings innerhalb bestimmter Möglichkeitsräume, die sozialstrukturell vorgegeben seien. Für das Thema nachhaltige Wohlfahrt sei vor allem relevant, dass sich die Vorstellungen von Gerechtigkeit, von der Rolle des Staates oder von Wohlfahrt nach Milieus sortierten.

Impulsreferat Dieter Korczak

Die Milieuforschung sei vor allem in Hinblick auf Diffusionsansätze relevant, so Korczak. Er weist mit Bezug auf die Sinus-Milieus darauf hin, dass sich dort eine interes-

sante Verschiebung der Milieustrukturen seit Anfang der 80er Jahre ergeben hat. Nach den Untersuchungen des Instituts SINUS SOCIOVISION hat die Gruppe der „Postmateriellen“ (10 %) zwar das meiste Faktenwissen und die ausgeprägteste Einstellung zur Ökologie, aber diese sei im Unterschied zu früher nicht mehr der Kern ihrer Milieuidentität, sondern eine Grundüberzeugung neben anderen. Ökologie sei heute in dieser Gruppe eingebettet in eine ganzheitliche Utopie vom richtigen Leben. Zwar pflegten viele Angehörige dieses Milieus das Selbstbild einer intellektuellen, kulturellen und ökologischen Avantgarde, begriffen sich aber weniger als „Ökologen“ denn als kritische Begleiter des sozialen, technologischen und globalen Wandels.

Auch bei dieser Gruppe erfährt nach Korczak die ökologische Orientierung im Alltag eine Vielzahl von Brechungen und Relativierungen. Er regte deshalb an, im Nachhaltigkeitsdiskurs die Bedeutung primärer Emotionen (Zorn, Furcht, Trauer, Liebe, Ekel, Scham, Überraschung, Freude) in ihren Auswirkungen auf das individuelle Entscheidungsverhalten zu berücksichtigen. Diese Emotionen prägten stärker als Kognitionen individuelle Entscheidungen. Des weiteren wies Korczak darauf hin, dass Entwicklungen im Öko-System (z.B. Klimakatastrophen), politische Aktionspläne, wirtschaftliche Orientierungen sowie ethische und moralische Positionen Teile eines Feldes seien und daher in ihren Interdependenzen stärker analysiert werden müssten. Ein entsprechendes Modell dafür wurde von ihm vorgestellt.

Diskussion

Nach Vogel geben uns die von Wilke angesprochenen Hannoveraner Milieustudien der Arbeitsgruppe um Michael Vester ein Instrument an die Hand, um die Trägergruppen von Nachhaltigkeit zu identifizieren. Interessant sei auch, dass die Grenzen der Diffusion von Nachhaltigkeitskonzepten durch Milieustudien erkennbar würden. Noll äußert sich gegenüber Milieukonzepten eher skeptisch und würde gerne Panelbetrachtungen sehen, weil er die Stabilität von Milieus anzweifelt. Brand meinte, man könne Milieustudien nutzen, um verschiedene Verhaltensaspekte für spezifische Milieus anschlussfähig zu machen (z.B. Sparverhalten der traditionellen Milieus für Energiesparen). Lucas ergänzte, dass ökologische Nachhaltigkeit zwar nur ein kleines Milieu anspreche, jedoch mehr Milieus erreicht würden, wenn Konzepte mit Genuss- und Lebensqualität gekoppelt würden.

2.3.5 Schlussdiskussion, Teil 1: Bewertungen und mögliche Themenschwerpunkte, vorläufige Resümees

Löwe eröffnete die Abschlussdiskussion mit der Einschätzung, dass aus der Perspektive der praktischen Umweltpolitik die Relevanz des Themas Wohlfahrt und Nachhaltigkeit deutlich geworden sei. In Hinblick auf die Operationalisierung des Zusammenhangs bestünde jedoch noch Klärungsbedarf. Ihm stelle sich beispielsweise die Frage, welche Rolle Produktinnovationen und Nutzungsinnovationen in dem Kontext (auch in Bezug auf Gerechtigkeit) spielen. Löwe wies auf den Bedarf an Übersetzungsarbeit hin, damit das Thema nachhaltige Wohlfahrt auch im politischen Entscheidungsprozess wahrgenommen werde.

Wie die Sozialversicherungssysteme gestaltet werden müssten (Grundsicherung, Arbeitszeitverkürzung usw.), damit ökologisches Handeln möglich werde, fragte Schäfer. Diese Frage sei wichtiger als defensive Überlegungen über die Folgen des Wandels für ökologisches Handeln.

Kruse möchte operationalisiert sehen, was Sozialstaatsumbau für die einzelnen Bürger und ihre Familien konkret hieße, wie z.B. Wettbewerb und Flexibilisierung beim Individuum ankämen. Dann könnte man Verbindungen schaffen zu den verschiedenen Facetten der Nachhaltigkeit (Umweltschutz, Partizipation, solidarisches Handeln usw.). Dazu bräuchte es intensiver weiterer Diskussionsarbeit.

Auch Korczak sieht Definitionsbedarf für das Stichwort „Sozialstaatsumbau“. Es müsse geklärt werden, inwieweit die Mittelschicht von Hartz IV, Arbeitslosengeld II u.ä. betroffen sei. Darüber hinaus sei die Rolle von Unternehmen – insbesondere ihre Corporate-Social-Responsibility-Konzepte – zu untersuchen.

Die zentrale Herausforderung, vor der auch die Politik stehe, liegt nach Noll in der Vereinbarung von (hoher) Lebensqualität und Nachhaltigkeit. Es müsse noch genauer aufgeschlüsselt werden, welche Rolle beispielsweise Veränderungen beim ausgabenabhängigen Einkommen auf nachhaltigkeitsrelevantes Verhalten haben. Es sei auch zu fragen, inwiefern sich die Akzeptanz für eine Nachhaltigkeitspolitik im Rahmen des gegenwärtigen Wohlfahrtswandels verändere. Zunächst solle man sich auf die Analyse des Verhaltens (Motive, Konsequenzen von Verhalten) der Bevölkerung konzentrieren.

Noll schlägt vor, erstens den Zusammenhang von materiellem Lebensstandard und subjektivem Wohlbefinden zu analysieren. Unter anderem sei noch unbeantwortet, wie sich die Steigerung (oder Absenkung) des Lebensstandards von verschiedenen Ausgangspunkten auswirke. Zweitens solle der Zusammenhang von Konsum und Wohl-

fahrt empirisch analysiert werden. Das, was man als ordinary oder every day consumption bezeichne und was den Großteil des Konsums ausmache, sei bislang sträflich vernachlässigt worden. Relevante Einkommens- und Verbrauchsstichproben wie z.B. die des Statistischen Bundesamtes seien um den Nachhaltigkeitsaspekt und insbesondere um subjektive Bewertungen, Motive usw. zu ergänzen. Drittens könne man daran denken einen Survey zum Zusammenhang von Lebensqualität, Wohlbefinden, Konsum, nachhaltiger Lebensweise und Bewertung der Risiken von Lebensstandards durchzuführen und ein spezielles Indikatorenset zu entwickeln.

Kuckartz ist aufgefallen, dass im Laufe des Fachgesprächs kaum der Begriff Umweltgerechtigkeit gefallen sei. Seiner Ansicht konzentriere sich der Anknüpfungspunkt zwischen Nachhaltigkeitsszene und Wohlfahrtszene auf Lebensqualität – eher als auf Gerechtigkeitsfragen. Die Sozialberichterstattung könne zudem sehr gut Nachhaltigkeitskriterien einbauen, durchaus auch differenziert nach objektiven Daten und subjektiver Wahrnehmung. Umgekehrt sei gut vorstellbar, dass die sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung Elemente wie soziale Schichtung u.ä. integriere. Beide Disziplinen könnten hier mehr zusammen kommen, als das bisher der Fall sei.

Nach Wohlfahrt hat der Wohlfahrtsstaat bislang als politische Integrationsmaschine gewirkt. Nun stünde man vor einer massiven Entdemokratisierung der Gesellschaft. In Stadtteilen mit starkem Erneuerungsbedarf gebe es heute 60% Nicht-Wähler. Das gefährde die Demokratiefähigkeit. Diese gesellschaftliche Veränderung müsse im Auge behalten werden. Das sei besonders wichtig für Integration und Nachhaltigkeit.

2.3.6 Schlusdiskussion, Teil 2: Vorschläge für Netzwerkbildung und Forschungstätigkeiten

Der Aufbau eines Netzwerkes „Nachhaltige Wohlfahrt“ wird aus Zeitgründen nur kurz angesprochen. Grundsätzlich besteht bei den Teilnehmern an der Konstituierung eines solchen Netzwerkes Interesse. Es wird vereinbart, dass das Wuppertal Institut, das am Aufbau eines Netzwerkes „Nachhaltige Wohlfahrt“ arbeitet, auf die Teilnehmer zugeht, um gemeinsame Forschungsaktivitäten zu entwickeln.

2.4 Bewertung des Fachgesprächs

In diesem Abschnitt wird das Fachgespräch aus der Sicht des Wuppertal Instituts im Hinblick auf die Leitfragen (s. Einleitung) bewertet. Im Mittelpunkt steht dabei die Fra-

ge, welche Anhaltspunkte sich aus den Ergebnissen des Fachgesprächs für eine Forschungsprogrammatik zum Thema „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit“ gewinnen lassen.

2.4.1 Allgemeine Bewertung

Durch das Fachgespräch kommt eine produktive Diskussion zwischen der Umweltpolitik, (sozialwissenschaftlichem) Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtsdiskurs geführt. Bestätigt hat sich der im Rahmen der Literaturanalysen gewonnene Eindruck, dass Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtsdiskurs noch weit gehend separat verlaufen. Allerdings konnten verschiedene Verbindungen des Zusammenhangs von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit ansatzweise aufgezeigt werden. Insofern hat das Fachgespräch dazu beigetragen, „Ökologie und Soziales zusammen zu denken“ (vgl. hierzu Abschnitt 2.4.2).

Die Einschätzungen zur Ausgangshypothese des vom Wuppertal Institut geplanten Vorhabens „Nachhaltige Wohlfahrt“, dass die Umsetzung des sich andeutenden neuen Wohlfahrtsparadigmas als nicht intendierte Nebenfolge eine signifikante Beeinträchtigung der Diffusion nachhaltiger Verhaltensmuster in der deutschen Gesellschaft nach sich ziehen könnte, sortieren sich grob nach den vertretenen Akteursgruppen. Für die umweltpolitischen Akteure war am Ende des Workshops die Plausibilität des postulierten Zusammenhangs erwiesen. Belege stellen für sie u.a. die abnehmende Akzeptanz der Ökosteuer oder die immer schwieriger werdende Umweltkommunikation dar. Die Vertreter der sozialwissenschaftlichen Wohlfahrtsforschung sehen die Sozialsysteme in Deutschland vor einem tief greifenden Wandel, der in den Alltagswelten breiter Kreise der Bevölkerung seinen Niederschlag finden wird; die Vertreter der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung sind sich nicht sicher, wie und in welcher Stärke sich der Sozialstaatsumbau auswirken wird. Ein Grund für diese Unsicherheit dürfte in der Komplexität der Wirkungsweise der ausdifferenzierten Sozialsysteme liegen. Eine weitere Ursache könnte aber auch in einer zu starken Fokussierung der Frage nach den Wirkungen und Reaktionsmustern auf die materielle Seite der Sozialsysteme als Leistungssysteme und die Vernachlässigung z.B. des Umgangs mit veränderten Risiken sein. Umgekehrt scheint der Wohlfahrtsforschung gegenwärtig die Einstufung von Umweltgütern als Wohlfahrtsbestandteile relativ fremd zu sein, obwohl hier mit dem Wohlfahrtskonzept der Lebensqualität seit langem eine Schnittstelle besteht.

Eine Fokussierung des Themas konnte partiell erreicht werden, wobei sich inhaltliche und methodische Argumentationen vermischen.

Relativ klar wurden von den Teilnehmern verschiedene Forschungsbedarfe benannt, die nachfolgend diskutiert werden.

Die Diskussion über den Aufbau eines Forschungsnetzwerkes musste aus Zeitgründen abgekürzt werden. Grundsätzlich besteht bei den Teilnehmern Interesse an der Mitarbeit in einem Netzwerk „Nachhaltige Wohlfahrt“. Die Konstituierung eines solchen Netzwerkes wird vom Wuppertal Institut im Rahmen der weiteren Vorhabensentwicklung verfolgt. Im Interesse des UBA ist, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer thematische Kooperationsbeziehungen aufbauen, die über das vom WI angestrebte Forschungsnetzwerk zu Nachhaltigkeit und Wohlfahrt hinausgehen, vor allem im Hinblick auf Themen wie „Erweiterung der Gerechtigkeitsdiskussion um ökologische Aspekte“, „Verbesserte Etablierung des Nachhaltigkeitsleitbildes in Gesellschaft und Kultur“ sowie „Förderung nachhaltiger Konsummuster“. Das Ziel, erste mögliche Partnerinnen und Partner für ein Forschungsnetzwerk „Nachhaltige Wohlfahrt“ zu finden, auf das das UBA bei Bedarf zurückgreifen kann, wurde mit dem Fachgespräch erreicht.

2.4.2 Identifizierung von Forschungsbedarfen

Aus Sicht der auf dem Workshop vertretenen umweltpolitischen Akteure ergibt sich eine klare Forschungsagenda, die sich derzeit auf das Thema der ökologischen Gerechtigkeit fokussiert, im Zuschnitt aber weiter gefasst ist und auf Wohlfahrt insgesamt zielt. Nach Schack steht die Politik vor der Herausforderung, „Ökologie und Soziales zusammen zu denken“. Die zentrale Frage, die sich Umweltpolitik stellen müsse, sei die nach ihrem Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit, Lebensqualität und anderen sozialen Fragen der Gesellschaft.

- Dieser Beitrag sei konzeptionell und kategorial zu beschreiben und sichtbar zu machen;
- Zielkonflikte zwischen ökologischer Gerechtigkeit und anderen Gerechtigkeitsvorstellungen in anderen politischen Bereichen seien ebenso wie Zielallianzen herauszuarbeiten;
- die unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen, die zu den Zielallianzen und Zielkonflikten führten, seien zu beschreiben und damit diskussionsfähig zu machen.

Diese auf einem spezifischen Anwendungsinteresse basierende Forschungsagenda bildet sozusagen ein „Rahmenprogramm“, das in (fach)wissenschaftliche Fragestellungen umzusetzen und „auszubuchstabieren“ ist.

Darüber hinaus wurde eine Reihe weiterer Forschungsbedarfe genannt, die teilweise schon in den Impulsreferaten und Diskussionsbeiträgen erwähnt worden waren. Zu untersuchen sind danach (in der Reihenfolge der thematischen Schwerpunkte):

- der Zusammenhang von materiellem Lebensstandard und Alltagskonsum (im Unterschied zum häufig thematisierten symbolischen Konsum) mit subjektivem Wohlbefinden (im Rahmen von Sekundäranalysen von Erhebungen der Sozialberichterstattung),
- die mögliche Einrichtung eines eigenen Wohlfahrtssurveys (etwa zur ökologischen Gerechtigkeit),
- die Auswirkungen des Sozialstaatsumbaus auf die konkreten Lebensumstände der Individuen und Haushalte (als Grundvoraussetzung für weitere Forschungen) in Hinblick auf eine ökologisch orientierte Lebensführung in den Bereichen Energie, Verkehr, Konsum usw. sowie die Beteiligung an relevanten Entscheidungsprozessen und bürgerschaftlichem Engagement,
- die „Übersetzung“ von Nachhaltigkeit in die Alltagskontexte auf der Mikroebene und die Untersuchung der Wirkungsmechanismen,
- die soziokulturellen Verankerung der unterschiedlichen Wohlfahrtsvorstellungen und die soziokulturell variierenden Wirkungsweisen der Reform der Sozialsysteme

sowie (über die thematischen Schwerpunkte hinaus gehend)

- die Einbeziehung von Stakeholdern, die Entwicklung von politischen Instrumenten und von Kampagnen zur aktiven Gestaltung von Diskursen (um z.B. Umwelt als Wohlfahrtsgut sichtbar zu machen) sowie
- die Frage, wie die Sozialpolitik zu gestalten ist, um nachhaltiges Handeln zu ermöglichen.

2.4.3 Kommentierung der Forschungsbedarfe nach den Themenschwerpunkten des Workshops

2.4.3.1 Ausgangssituation: Nachhaltigkeitsaspekte im Wohlfahrts- / Wohlfahrtsaspekte im Nachhaltigkeitsdiskurs

Zwischen Wohlfahrtsdiskurs und Nachhaltigkeits- bzw. Umweltdiskurs (als Vorläufer) gibt es in der Bundesrepublik seit den 60er Jahren Berührungspunkte (vgl. im Einzelnen Noll 2000), aber ohne dass beide Diskurse nennenswerte Überschneidungen aufweisen.

Innerhalb der Wohlfahrtsforschung wurde von der Sozialberichterstattung, die man seit Beginn der siebziger Jahre in Deutschland zu etablieren versuchte (vgl. den Überblick bei Noll 1998), im Verlauf der Zeit auch umweltbezogene Indikatoren in die Indikatorensets integriert. Die Sozialberichterstattung sieht ihre Aufgabe in der Politikberatung sowie in der Beobachtung des gesellschaftlichen Wandels und ist auf diese praktischen Verwendungszusammenhänge hin orientiert. Eine theoretische Fundierung fehlt entsprechend weit gehend. Dies zeigen auch neuere Überlegungen zu einer europäischen Sozialberichterstattung (vgl. Berger-Schmitt / Noll 2000, Noll 2002), in denen die Konzepte von Lebensqualität, sozialer Kohäsion und Nachhaltigkeit als Bezugsrahmen angeführt werden.

Die erste der beiden bezüglich der möglichen Funktion der Sozialberichterstattung bei der Untersuchung von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit genannten Optionen, die Sekundäranalysen von Erhebungen der Sozialberichterstattung vorsieht, knüpft an die Hypothese abnehmenden Grenznutzens von (vor allem materiellem) Wohlstand an und verweist damit auf das Konzept der Suffizienz. Allerdings haben solche Analysen aus methodischen Gründen eine begrenzte Reichweite. Sekundäranalysen von Daten der Sozialberichterstattung können wichtige Aufschlüsse über Zusammenhänge auf der Ebene von Aggregaten liefern; sie sind jedoch nicht geeignet, Wirkungszusammenhänge auf der Mikroebene aufzudecken. Insbesondere gilt dies für Reaktionsmuster bei der Veränderung von Wohlfahrtsstandards.

Die zweite Option liegt in einer systematischen Einbeziehung von Nachhaltigkeitsaspekten in die Sozialberichterstattung, wie sie vom UBA in Bezug auf ökologische Gerechtigkeit angestrebt wird. Zu diskutieren ist dabei, ob hier ein eigener Survey oder eine Erweiterung der etablierten Sozialberichterstattung der richtige Weg ist. Aufgrund der Interdependenzen zwischen „Umwelt“ und den anderen Wohlfahrtskomponenten scheint auf jeden Fall ein integrierendes Konzept erforderlich zu sein. Ein weiteres Ent-

scheidungskriterium dürfte sein, dass die amtliche Sozialberichterstattung in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eher als unterentwickelt bezeichnet werden muss (Noll 1998, S. 636 f.).

Umgekehrt hat sich die „postmaterialistisch“ ausgerichtete Nachhaltigkeitsforschung mit Wohlfahrt und hier insbesondere mit dem Konzept der Lebensqualität, das bereits verschiedene Elemente des Nachhaltigkeitskonzeptes enthält, kaum auseinander gesetzt. Vermutlich typisch ist die Argumentation in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die sich von „materialistischem“ Wohlstandsdenken abgrenzt (vgl. BUND / Misereor 1996). Wohlfahrt im Sinne der Wohlfahrtsforschung wird nicht weiter thematisiert, sondern erscheint in die Modelle des bewusst „richtigen“ (nachhaltigen) Lebens inkorporiert.

Bezogen auf den aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurs ist zu wünschen, dass insbesondere der Rat für Nachhaltige Entwicklung die Reform der Sozialsysteme thematisiert, auch wenn damit möglicherweise politischer Konfliktstoff verbunden ist.

2.4.3.2 Der Umbau der Sozialsysteme in Deutschland: Grundmuster, Ergebnisszenarien, Auswirkungen auf die social capacities

Die Reform der Sozialsysteme in Deutschland hat erst begonnen. Dennoch sind die Konturen des neuen Wohlfahrtsparadigmas, das in den Reformen zum Ausdruck kommt, in Umrissen erkennbar. Die bislang umgesetzten Maßnahmen, eine Reihe von Dokumenten und Papieren wie etwa das Schröder-Blair-Papier, vor allem aber der öffentliche Diskurs bieten hierzu eine Fülle von Anhaltspunkten. Unzweifelhaft erscheint auch die Unumkehrbarkeit des eingeleiteten Reformprozesses. Die Frage ist allenfalls, wie einschneidend die weiteren Reformschritte sein werden.

Das noch fehlende endgültige Gesamtbild wie auch die Komplexität der Reformen lassen es dennoch schwierig erscheinen, die konkreten Auswirkungen auf die Lebensumstände der Individuen und Haushalte zu antizipieren. Allerdings kommt es bei der Untersuchung des Zusammenhangs von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit nicht darauf an, einen möglichst hohen Genauigkeitsgrad zu erzielen; maßgeblich sind vielmehr Art (Ressourcen, Risiken), Richtung und Stärke der Auswirkungen. Für Analysen dürfte es ausreichen, für einzelne Bevölkerungsgruppen szenarioartig die sich aus dem neuen Sozialmodell abzuleitenden typischen Bedingungskonstellationen zu beschreiben. Eine integrierte Untersuchung der Wirkungen ist durch die Verwendung qualitativer Methoden wie etwa Gruppenwerkstätten möglich; die Integration würde im Fall der Gruppenwerkstätten durch die Teilnehmer selbst geleistet.

2.4.3.3 Zusammenhang zwischen Wohlfahrt und Nachhaltigkeit auf der Ebene der Lebensführung: Wirkungsmechanismen

Zu untersuchen sind die Mechanismen, über die sich der Umbau der Sozialsysteme auf die Praxis von Nachhaltigkeit im Kontext alltäglicher Lebensführung auswirkt.

Nachhaltigkeit beinhaltet eine Gleichgewichtsvorstellung auf der Systemebene. Diese Vorstellung hat zunächst keinen Bezug zu den alltäglichen Lebenswelten oder Vorstellungen eines „guten Lebens“, d. h. Nachhaltigkeit muss für diese Kontexte „übersetzt“ werden.

Ähnliches gilt für die neben dem Konzept der Konsistenz als zentrale Nachhaltigkeitsstrategien geltenden Konzepte von Öko-Effizienz und Öko-Suffizienz. Hier handelt es sich um umweltökonomische Konzepte, die aber nicht selten als individuelle Handlungskonzepte missverstanden werden (vgl. Wilke 2003). Die Thematisierung von Umwelt im Kontext von alltäglichen Handlungsentscheidungen scheint eher die Ausnahme zu sein. Umwelt und die damit verbundenen Kenntnisse und Wertvorstellungen scheinen den Charakter eines ethisch-moralischen Überbaus mit geringer Handlungsrelevanz angenommen zu haben. Trifft dies zu, relativiert sich die immer wieder beschworene Diskrepanz zwischen Umweltbewusstsein und Handeln.

Diese Befunde und Überlegungen unterstützen die Auffassung, dass nachhaltiges Handeln nicht isoliert untersucht werden kann, sondern nur in seiner Einbettung in den Kontext alltäglicher Lebensvollzüge, in die es auf vielfältige Weise verwoben ist. Für Analysen grundsätzlich geeignet erscheinen daher Konzepte, die auf den Alltagskontext rekurrieren, wie beispielsweise das Konzept alltäglicher Lebensführung (vgl. z.B. Voß/Wehrich 2001). Diese Alltagskontexte stellen sich soziokulturell unterschiedlich dar.

2.4.3.4 Soziokulturelle Differenzierung und Reaktionsmuster: Milieuspezifische Wohlfahrtsvorstellungen und Praxisformen, Einbettungen von Nachhaltigkeit und ökologischer Gerechtigkeit

Mit dem jeweiligen Wohlfahrtsparadigma, dem die staatliche Sozialpolitik folgt, werden unterschiedliche soziale Gruppen in unterschiedlicher Weise adressiert. Dem entsprechen in diesen sozialen Gruppen unterschiedliche (gruppenspezifische) Vorstellungen von Wohlfahrt. Wohlfahrt auf der Mikroebene ist also bereits bei bloßer Deskription in sozialer Differenzierung zu beobachten. Aber auch die Reaktionsmuster auf ein verändertes Wohlfahrtsparadigma verlaufen entlang sozialer Differenzierungen.

In der sozialwissenschaftlichen Ungleichheitsforschung waren die letzten Jahrzehnte durch eine Auseinandersetzung um die angemessenen Konzepte zur Beschreibung sozialer Ungleichheit in der sich wandelnden bundesrepublikanischen Gesellschaft geprägt. Dabei lassen sich grob eher deterministische und eher voluntaristische Ansätze unterscheiden. In den 80er Jahren wurde den „alten“, tendenziell deterministischen, strukturtheoretischen Konzepten von Ständen, Klassen und Schichten der aus der zunächst in Marktforschung und Zeitdiagnostik sich verbreitende Lebensstilansatz gegenübergestellt und die These von einer „Pluralisierung der Lebensstile“ formuliert. U.a. von Ulrich Beck (vgl. insbesondere Beck 1986) wurde ein gesellschaftlicher Individualisierungsprozess postuliert, der zu einer Auflösung der nach Milieus beschreibbaren „Großgruppengesellschaft“ führt. Hintergrund dieser Entwicklung ist der durch wirtschaftliches Wachstum und den Ausbau des Sozialstaates eingetretene „Fahrstuhleffekt“. Während zuvor die Praktiken der Individuen weit gehend vom „Zwang der Verhältnisse“ bestimmt waren, ist das Wohlstandsniveau der Gesamtgesellschaft inzwischen so hoch, dass der jeweils praktizierte Lebensstil als prinzipiell wählbar erscheint, allerdings bei nicht nur weiter bestehender, sondern sogar zunehmender sozialer Ungleichheit.

Zwischen diesen Konzeptfamilien stehen Milieuansätze, wie sie beispielsweise an der Universität Hannover von der Forschungsgruppe um Michael Vester entwickelt wurden. Dieser Ansatz ist nicht zu verwechseln mit dem hauptsächlich in der Marktforschung verwendeten Milieukonzept von SINUS, dessen Wissenschaftlichkeit vielfach angezweifelt wurde; zumindest wurden bislang die wissenschaftlichen Grundlagen nicht offen gelegt. Vester knüpft zwar an das Milieumodell von SINUS an, entwickelt aber auf der Basis einer theoretischen Rekonstruktion, bei der er u.a. auf die kultursoziologischen Arbeiten von Bourdieu zurückgreift, ein eigenes Konzept, das in verschiedenen Forschungszusammenhängen empirisch erprobt wurde (vgl. z.B. Vögele/Bremer/Vester 2002 zu Milieus und Kirche). Das von Vester entwickelte Milieukonzept vermeidet die Einseitigkeiten sowohl der strukturtheoretischen als auch der Lebensstilkonzepte: Strukturelle Bedingungen, die die Lebenslagen der Individuen prägen, werden einbezogen, aber ohne dass ihnen verhaltensdeterministische Wirkungen zugeschrieben würden; die Individuen erscheinen stattdessen als sich entscheidende und handelnde Subjekte, jedoch jeweils innerhalb einer bestimmten Bedingungskonfiguration. Bei Bourdieu, auf den das Hannoveraner Milieukonzept Bezug nimmt, erscheinen „Lebensstil(e) nicht nur als Option, sondern vor allem als Ausdruck spezifischer Lebenslagen im Kontext sozialer Ungleichheit“ (Hillebrandt 1999, S. 9). Auch die neuere Lebensstilforschung untersucht teilweise Zusammenhänge zwischen Lebensstilen und Merkmalen der Lebenslage (vgl. z.B. Hunecke 2000), allerdings primär in der Weise, dass mit Hilfe bestimmter statistischer Verfahren gefundene Lebensstile unter Verwendung von Lagemerkmalen näher beschrieben werden, d.h. die Betrachtung der

Lagemerkmale gehört weder zum analytischen Kern der Lebensstilforschung noch bildet sie ein konstitutives Element in einem theoretischen Gesamtkonzept, über das die Lebensstilforschung nicht verfügt.

Das Milieukonzept in der Hannoveraner Variante erscheint demnach für eine Untersuchung der Auswirkungen des Sozialstaatsumbaus auf die Praxis von Nachhaltigkeit im Kontext alltäglicher Lebensführung geeignet. In erster Annäherung lässt sich auf der Mikroebene der Individuen und Haushalte die Reform der Sozialsysteme als Veränderung der Ressourcenausstattung (ökonomisches, soziales, kulturelles Kapital, das um Umweltgüter zu ergänzen wäre) deuten. Wohlfahrt in Gestalt bestimmter Vorstellungen von einem guten Leben steht in diesem Konzept in enger Beziehung zum Habitus, der „thematisiert, wie die Lebensbedingungen in die Lebensführung der Einzelnen einfließen. Er bezeichnet einen Komplex von Denk- und Sichtweisen, von Wahrnehmungsschemata, von Prinzipien des Urteilens und Bewertens, der das Handeln, also die expressiven, sprachlichen und praktischen Äußerungen der sozialen Akteure strukturiert“ (Hillebrandt 1999, S. 8).

Für die Verwendung des Milieukonzeptes in der Hannoveraner Variante sprechen daneben empirische Befunde von Vester und seiner Arbeitsgruppe. Erstens lassen sich typische, in sich konsistente Vorstellungen von Wohlfahrt identifizieren. Zweitens konnte gezeigt werden, dass die in der Gesellschaft vorherrschenden Vorstellungen sozialer Ordnungsmodelle, die auch die Rolle des Staates, Elemente von Lebensqualität usw. thematisieren, nach gesellschaftlichen Lagern variieren, die zwar nicht unmittelbar der Milieudifferenzierung folgen, aber sich als Koalitionen von Milieufaktionen beschreiben lassen. Schließlich ist von Bedeutung, dass davon ausgegangen werden kann, dass „jedes Milieu (...) seinem Habitus und seiner Tradition entsprechend“ als Reaktion auf die Änderung des Sozialmodells „ganz eigene Strategien der Umstellung“ entwickelt (Vester 2002, S. 451).

Inwieweit sich durch die Reform der Sozialsysteme die Milieulandschaft insgesamt verändert, ist eine empirisch zu beantwortende Frage; in der Vergangenheit haben sich die Milieus als relativ stabil erwiesen. Nach den Ergebnissen der Wohlfahrtsforschung (vgl. z.B. Schmidt 2002) bringen unterschiedliche Wohlfahrtsregime unterschiedliche sozialstrukturelle Systeme hervor, d.h. mittelfristig könnte sich die Milieulandschaft zumindest auf der Achse der vertikalen Differenzierung verändern.

2.4.3.5 Kommentierung der Forschungsbedarfe aus umsetzungsorientierter Sicht

Die bisher skizzierten Bausteine eines möglichen Forschungsprogramms sind vorwiegend analytisch ausgerichtet und stellen die Frage der Wirkungen in den Vordergrund.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen bilden für die Entwicklung von politischen Instrumenten und Aktionsprogrammen die notwendige Grundlage. Allerdings bedeutet dies nicht, dass in jedem Fall erst ein breiter Zyklus von Grundlagenforschung durchlaufen werden müsste, bevor handlungsorientierte Konzepte entwickelt werden können. Je nach Zielsetzung sind spezifische Zuschnitte der Untersuchungen möglich.

Für die Beantwortung der Frage, wie die Sozialsysteme gestaltet werden müssten, um nachhaltiges Handeln zu ermöglichen, liefern die skizzierten Untersuchungen Anhaltspunkte, indem sie aufzeigen, wie die durchgeführten und die geplanten Reformen voraussichtlich wirken werden. Gerade weil der politische Aushandlungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, könnten sich die Ergebnisse auf die noch anstehenden Entscheidungen auswirken.

2.5 Fazit

Das Fachgespräch hatte sondierenden Charakter und erbrachte die Skizzierung einer möglichen weiteren Forschungsagenda.

Aus dem Blickwinkel anwendungsorientierter Forschung sind Erkenntnisinteresse und Forschungsagenda abhängig vom jeweiligen Verwendungszusammenhang.

Die Rekonstruktion der Konzepte von ökologischer Gerechtigkeit (und Wohlfahrt) bei den umweltpolitisch relevanten Akteuren, wie sie vom BMU ins Zentrum gestellt wird, kann dazu beitragen, Partner für mögliche Koalitionen zu identifizieren. Darüber hinaus kann sie die Grundlage bilden für die Herstellung eines politischen Konsenses z.B. über das Verständnis von ökologischer Gerechtigkeit aus normativ-politischer Sicht, das wiederum die Basis für eine Erweiterung des Indikatorensets der Sozialberichterstattung dienen könnte.

Allerdings ist auf die Grenzen dieser Forschungsagenda hinzuweisen. Für eine Verbesserung der Umweltkommunikation und letztlich auf Verhaltensänderungen zielende Maßnahmen erscheinen Untersuchungen auf der Mikroebene von Individuen und Haushalten, die die soziokulturell variierenden Ausprägungen und Einbettungen von Wohlfahrt bzw. ökologischer Gerechtigkeit zum Gegenstand haben, unumgänglich. Nur so lassen sich die Anschlussfähigkeit normativ-politischer Vorstellungen ermitteln und Wege zur Erhöhung der Akzeptanz umweltpolitischer Maßnahmen finden. Bei einer solchen Vorgehensweise, die zunächst auf das Verständnis des Gegenstandsbereichs zielt, wäre die Ableitung von Konstrukten und Indikatoren für die Sozialberichterstattung ein am Ende stehender Umsetzungsschritt. Sekundäranalysen von Erhebungen

der Sozialberichterstattung können vertiefende Untersuchungen auf der Mikroebene ergänzen, aufgrund ihrer durch den spezifischen Verwendungszusammenhang (Politikberatung, Beobachtung gesellschaftlichen Wandels auf einer hoch aggregierten Ebene) bestimmten Anlage aber nicht ersetzen.

Nachhaltige Wohlfahrt scheint eine geeignete Kontextualisierung für das Konzept ökologischer Gerechtigkeit zu sein. Insgesamt könnte das Konzept (nachhaltiger) Wohlfahrt in der Variante von „Lebensqualität“ in der Nachhaltigkeitsforschung zur Entwicklung einer neuen Forschungsperspektive beitragen. Wohlfahrt ist auf der Mikroebene der Individuen und Haushalte im Alltagskontext angesiedelt und integriert dort verschiedene Lebensbereiche, ohne dass damit ein Holismus verbunden wäre, wie er zeitweise in der Forderung nach der Veränderung „unseres Lebensstils“ zum Ausdruck gekommen ist. Vor allem verweist Wohlfahrt oder Lebensqualität auf die Notwendigkeit der Kontextualisierung bei der Betrachtung einzelner Lebensbereiche. Damit ist Wohlfahrt anspruchsvoller, vermutlich aber auch stärker realitätsbezogen als segmentierende Konzepte. Gleichzeitig ist Wohlfahrt ein politisches Konzept und erlaubt so, Bezüge zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen herzustellen und Wirkungen politischen Handelns zu untersuchen. Aufgrund seiner Schnittstelleneigenschaften könnte es einen Beitrag zur Operationalisierung sozialer Nachhaltigkeit und zu ihrer Verknüpfung insbesondere mit der ökologischen Nachhaltigkeit leisten.

Das Wuppertal Institut fühlt sich durch die Ergebnisse des Fachgesprächs in seinem Forschungsvorhaben zum Thema „Nachhaltige Wohlfahrt“ bestärkt. Die Plausibilität der Ausgangshypothese erscheint zusätzlich gestützt. Gleichzeitig sind jedoch die Fragen von Seiten der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung zur Wirkung der Reform der Sozialsysteme ernst zu nehmen. Eine erste Klärung könnte hier durch eine qualitative Vorstudie erreicht werden.

Der mit dem Fachgespräch begonnene Aufbau eines Forschungsnetzwerkes zum Thema „Nachhaltige Wohlfahrt“ wird fortgeführt.

Als Ziele der Forschungen zum Thema „Nachhaltige Wohlfahrt“ werden unverändert (vgl. Wilke 2003) gesehen:

1. Die Analyse ökologisch orientierten Handelns unter den Bedingungen eines neuen Wohlfahrtsregimes,
2. das Ausloten der Möglichkeitsbedingungen und Chancen für die Entwicklung eines stärker qualitativen Wohlfahrtsverständnisses sowie

3. die Initiierung eines Diskurses zum Verhältnis von Wohlfahrt und nachhaltiger Entwicklung



Literaturverzeichnis

1. Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main.
2. Berger-Schmitt, R. / Noll, H.-H. (2000): Zur Konzeption eines Europäischen Systems Sozialer Indikatoren. In: Mohler, P. P. / Lüttinger, P. (Hg.): Querschnitt. Festschrift für Max Kaase. Mannheim. S. 29-45.
3. Bodenstein, G. / Spiller, A. / Elbers, H. (1997): Strategische Konsumententscheidungen: Langfristige Weichenstellungen für das Umwelthandeln - Ergebnisse einer empirischen Studie. Diskussionsbeitrag des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Duisburg Nr. 234. Duisburg.
4. Bourdieu, P. (1993): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. 6. A. Frankfurt am Main.
5. Brettschneider, A. (2004): Stand der Forschung zum Thema „Nachhaltige Wohlfahrt“. Unveröfftl. Literaturexpertise im Auftrag des Wuppertal Instituts für die Querschnittsprojektentwicklung „Nachhaltige Wohlfahrt“.
6. BUND / MISEREOR (Hg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH. Basel u.a.
7. Deutsche Bundesregierung (2005): Lebenslagen. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
(<http://www.bmgs.bund.de/download/broschueren/A332.pdf>)
8. Deutscher Bundestag (2002): Endbericht der Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“. Drucksache 14/9400 vom 07.07.2002.
9. Easterlin, R. (2001): Income and Happiness: Towards a Unified Theory. In: The Economic Journal : the journal of the Royal Economic Society, Bd. 111, Nr. 473, S. 465-484.
10. Elvers, H.-D. (2005): Umweltgerechtigkeit (Environmental Justice). Integratives Paradigma der Gesundheits- und Sozialwissenschaften? UFZ-Diskussionspapier 14/2005. UFZ-Forschungszentrum Leipzig-Halle GmbH. Leipzig.

11. Grunenberg, H. / Kuckartz, U. (2003): Umweltbewusstsein im Wandel: Ergebnisse der UBA-Studie Umweltbewusstsein in Deutschland 2002. Opladen.
12. Hillebrandt, F. (1999): Die Habitus-Feld-Theorie als Beitrag zur Mikro-Makro-Problematisierung in der Soziologie - aus der Sicht des Feldbegriffs. Working Papers zur Modellierung sozialer Organisationsformen in der Sozionik. WP 2. TU Hamburg-Harburg. Hamburg.
13. Hunecke, M. (2000): Ökologische Verantwortung, Lebensstile und Umweltverhalten. Heidelberg.
14. Kudera, W. / Voß, G. G. (2000): Alltägliche Lebensführung: Bilanz und Ausblick. In: Kudera, W. / Voß, G. G. (Hg.): Lebensführung und Gesellschaft. Beiträge zum Konzept und Empirie alltäglicher Lebensführung. Opladen. S. 11-26.
15. Noll, H.-H., Kramer, C. (1996): Umweltberichterstattung und Umweltindikatoren: Informationen zum Zustand und Wandel der Umwelt. In: A. Diekmann, C. Jäger (Hg.): Umweltsoziologie. Sonderheft Nr. 36 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen. S. 516-547.
16. Noll, H.-H. (1998): Sozialstatistik und Sozialberichterstattung. In: Schäfers, B./Zapf, W. (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen. S. 632-641.
17. Noll, H.-H. (2000): Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und "neue" Wohlfahrtskonzepte. Arbeitspapier P00-505, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
18. Noll, H.-H. (2002): Globale Wohlfahrtsmaße als Instrumente der Wohlfahrtsmessung und Sozialberichterstattung: Funktionen, Ansätze und Probleme. In: Glatzer, Wolfgang; Habich, Roland; Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Festschrift für Wolfgang Zapf. Opladen. S. 317-336.
19. Opaschowski, H. W. (2004): Deutschland 2020. Wie wir morgen leben – Prognosen der Wissenschaft. Wiesbaden.
20. Schmid, J. (2002): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 2. A. Opladen.
21. Vester, M. u.a. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt am Main.

22. Vester, M. (2004): Soziale Ungleichheit, Klassen und Kultur. In: Jaeger, F. / Rüsen, J.: Handbuch der Kulturwissenschaften, Bd. 3. Stuttgart u.a. S. 318-340.
23. Vester, M. (2002): Schieflage sozialer Gerechtigkeit. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/2002. S. 450-463.
24. Vögele, W. / Bremer, H. / Vester, M. (Hg.) (2002): Soziale Milieus und Kirche. Würzburg.
25. Voß, G. / Wehrich, M. (Hg.) (2001): Tagaus - tagein: neue Beiträge zur Soziologie alltäglicher Lebensführung. München u.a..
26. Wilke, G. (2003): Nachhaltige Wohlfahrt. Perspektiven nachhaltiger Lebensführung unter den Bedingungen sich wandelnder Sozialsysteme. Vorschlag für ein Querschnittsprojekt. Unveröffentlichte Projektskizze.
27. Wuppertal Institut (2005): Fair Future - Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit: ein Report. München.
28. www.daseinsvorsorge.com
29. www.staatlichkeit.uni-bremen.de



Anhang

Anhang 1	Tagesordnung des Workshops	48
Anhang 2	Teilnehmerverzeichnis	50
Anhang 3	Eingangsstatements	54
Anhang 3.1	Statement Hans-Heinrich Lindemann	54
Anhang 3.2	Statement Korinna Schack	57
Anhang 4	Thesenpapiere der Referenten ⁴	59
Anhang 4.1	Thesenpapier Heinz-Herbert Noll	59
Anhang 4.2	Thesenpapier Manuel Rivera	60
Anhang 4.3	Thesenpapier Antonio Brettschneider	61
Anhang 4.4	Thesenpapier Norbert Wohlfahrt	66
Anhang 4.5	Thesenpapier Karl-Werner Brand	80
Anhang 4.6	Thesenpapier Heiko Geiling	96
Anhang 4.7	Thesenpapier Dieter Korczak	104

⁴ Frau Kruse-Graumann konnte aus Zeitgründen kein Thesenpapier beisteuern.

Anhang 1 Tagesordnung des Workshops

**Wissenschaftszentrum
Nordrhein-Westfalen**
Institut Arbeit
und Technik



Kulturwissenschaftliches
Institut

**Wuppertal Institut für
Klima, Umwelt, Energie**
GmbH

**Umwelt
Bundes
Amt** 
Für Mensch und Umwelt

Wohlfahrt und Nachhaltigkeit - ein neues Thema der Nachhaltigkeitsforschung

Termin: 12. Mai 2005, 10.00 Uhr – 17.30 Uhr

**Tagungsort: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
Jägerstr. 22/23 (Nähe Gendarmenmarkt), 10117 Berlin**

ab 9.30 Uhr	Eintreffen der TeilnehmerInnen	
10.00 Uhr – 10.30 Uhr	Eröffnung und Einführung	
	Begrüßung	Dr. Hans-Heinrich Lindemann Umweltbundesamt
	Grußwort	Dr. Jutta Emig Bundesumweltministerium
	Thematische Einführung	Dr. Michael Wehrspau Umweltbundesamt
		Georg Wilke Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
10.30 Uhr – 11.30 Uhr	Vorstellung und kurze Statements der TeilnehmerInnen zum Thema	
	Ausgangssituation: Nachhaltigkeitsaspekte im Wohlfahrts-/ Wohlfahrtsaspekte im Nachhaltigkeitsdiskurs	
11.30 Uhr – 12.30 Uhr	Impulsreferat	Dr. Heinz-Herbert Noll ZUMA Mannheim
	Impulsreferat	Manuel Rivera Rat für Nachhaltigkeit Berlin

Mittagspause

13.15 Uhr – 14.15 Uhr	Der Umbau der Sozialsysteme in Deutschland: Grundmuster, Ergebnis- szenarien, Auswirkungen auf die social capacities	
	Impulsreferat	Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt Ev. Fachhochschule Bochum
	Impulsreferat	Antonio Brettschneider Universität Göttingen



14.15 Uhr – 15.15 Uhr	Zusammenhang zwischen Wohlfahrt und Nachhaltigkeit auf der Ebene der Lebensführung: Wirkungsmechanismen
Impulsreferat	Prof. Dr. Karl-Werner Brand Münchener Projektgruppe für Sozialforschung
Impulsreferat	Prof. Dr. Lenelis Kruse Fernuniversität Hagen

Kaffeepause

15.30 Uhr – 16.30 Uhr	Soziokulturelle Differenzierung und Reaktionsmuster: Milieuspezifische Wohlfahrtsvorstellungen und Praxisformen, Einbettungen von Nachhaltigkeit und ökologischer Gerechtigkeit
Input	Prof. Dr. Heiko Geiling Universität Hannover
Impulsreferat	Dr. Dieter Korczak Institut für Grundlagen- und Programmfor- schung München
16.30 Uhr – 17.30 Uhr	Abschlussdiskussion: Bewertungen und mögliche Themenschwerpunkte Vorläufiges Resümee Weiteres Vorgehen: Vorschläge für Netzwerkbildung und Forschungstätigkeiten

Anhang 2 Teilnehmerverzeichnis

UBA-Fachgespräch “Wohlfahrt und Nachhaltigkeit”, 12. Mai 2005, 10.00 – 17.30 Uhr

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Jägerstr. 22/23, 10117 Berlin

<i>Name</i>	<i>Bezug zum Thema</i>	<i>Email</i>
<i>Umweltbundesamt</i>		
Dr. Hans-Heinrich Lindemann	Abteilungsleiter Umweltschutzzinstrumente	hans-heinrich.lindemann@uba.de
Dr. Michael Wehrspaun	Sozialwissenschaftliche Umweltforschung	michael.wehrspaun@uba.de
Christian Löwe	Verständigungsprozess Nachhaltiger Konsum	christian.loewe@uba.de
Martina Eick	Bezug zu Nationaler Nachhaltigkeitsstrategie	martina.eick@uba.de
Vera Rabelt	Forschungsschwerpunkt Nutzungsintensivierung	vera.rabelt@uba.de
Dr. Mareike Kolossa-Gehring	Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“	apug@uba.de
<i>BMU</i>		
Dr. Korinna Schack	Umweltbildung	korinna.schack@bmu.bund.de
Dr. Jutta Emig	Leiterin Referat Gesellschaftspolitische Grundsatzfragen	jutta.emig@bmu.bund.de

<i>Wuppertal Institut</i>		
Georg Wilke	Nachhaltige Wohlfahrt, Öffentliche Daseinsvorsorge, Sozialwissenschaftliche Mobilitätsforschung	georg.wilke@wupperinst.org
Rainer Lucas	Daseinsvorsorge, Arbeit und Umwelt, Eventkultur und Nachhaltigkeit	rainer.lucas@wupperinst.org
Michael Kopatz	Neues Staatsverständnis auf kommunaler Ebene, Verwaltungsmodernisierung	michael.kopatz@wupperinst.org
Stephan Moll	Sozial- und Umweltindikatoren in volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	stephan.moll@wupperinst.org
Dr. Manfred Linz	Suffizienzforschung	manfred.linz@wupperinst.org
Julia Schlüns	Inhaltliche Tagungsvor- und -nachbereitung	julia.schluens@wupperinst.org
Bettina Bahn-Walkowiak	Arbeit und Umwelt, organisatorische Tagungsvor- und -nachbereitung	bettina.bahn-walkowiak@wupperinst.org

ReferentInnen

<i>Name</i>	<i>Institution</i>	<i>Bezug zum Thema</i>	<i>Email</i>
<i>Ausgangssituation: Nachhaltigkeitsaspekte im Wohlfahrts-/Wohlfahrtsaspekte im Nachhaltigkeitsdiskurs</i>			
Dr. Heinz Herbert Noll	ZUMA Mannheim	Sozialindikatoren-/Wohlfahrtsforschung	noll@zuma-mannheim.de
Manuel Rivera	Rat für Nachhaltige Entwicklung Berlin	Behandlung des Themas in Zusammenhang der Arbeit des RNE	manuel.rivera@nachhaltigkeitsrat.de
<i>Der Umbau der Sozialsysteme: Grundmuster, Ergebnisszenarien, Gewinner und Verlierer</i>			
Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt	Ev. Fachhochschule Bochum	Wohlfahrtsforschung/Sozialstaat	wohlfahrt@efh-bochum.de
Antonio Brettschneider	Universität Göttingen	Literaturexpertise im Rahmen der Projektentwicklung Nachhaltige Wohlfahrt	antonio.brettschneider@uni-duesseldorf.de
<i>Zusammenhang zwischen Wohlfahrt und Nachhaltigkeit auf der Ebene der Lebensführung: Wirkungsmechanismen</i>			
Prof. Dr. Lenelis Kruse	Fernuniversität Hagen	Ökologische Psychologie	lenelis.kruse@fernuni-hagen.de
Prof. Dr. Karl-Werner Brand	Münchener Projektgruppe für Sozialforschung e.V.	Nachhaltigkeitsforschung, Lebensstil- und Diskursanalysen	karl-werner.brand@sozialforschung.org

Soziokulturelle Differenzierung und Reaktionsmuster: Milieuspezifische Wohlfahrtsvorstellungen und Praxisformen, Einbettungen von Nachhaltigkeit und ökologischer Gerechtigkeit

Prof. Dr. Heiko Geiling	Universität Hannover	Soziale Milieus	h.geiling@agis.uni-hannover.de
Dr. Dieter Korczak	GP-Forschungsgruppe München	Lebensqualität und Zukunftstrends	dieter.korczak@gp-f.com

Weitere TeilnehmerInnen

<i>Name</i>	<i>Institution</i>	<i>Bezug zum Thema</i>	<i>Email</i>
Dorothee Braun	Rat für Nachhaltige Entwicklung Berlin	Behandlung des Themas in Zusammenhang der Arbeit des RNE	dorothee.braun@nachhaltigkeitsrat.de
Susanne Dröge	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin	Umweltpolitik	sdroege@diw.de
Dr. Isabelle Franzen-Reuter	MUNLV NRW	APUG NRW	isabelle.franzen-reuter@munlv.nrw.de
Prof. Dr. Udo Kuckartz	Universität Marburg	Aktuelle Umweltbewusstseinsstudie für das UBA	kuckartz@staff.uni-marburg.de
Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer	TU Berlin	Regionaler Wohlstand	schaefer@ztg.tu-berlin.de
Prof. Dr. Holger Rogall	Fachhochschule für Wirtschaft Berlin	Ökologische Ökonomie	holger.rogall@t-online.de
Dr. Berthold Vogel	Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen / Hamburger Institut für Sozialforschung	Sozialforschung	berthold.vogel@his-online.de

Anhang 3 Eingangsstatements

Anhang 3.1 Statement Hans-Heinrich Lindemann

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Leiter der Abteilung „Umweltschutzzinstrumente“ im Umweltbundesamt heiße ich Sie sehr herzlich willkommen zum Fachgespräch

„Wohlfahrt und Nachhaltigkeit - ein neues Thema der Nachhaltigkeitsforschung“.

Meine Damen und Herren,

statt langer grundsätzlicher Überlegungen, wie neu unser Thema nun tatsächlich ist - lassen Sie mich gewissermaßen mitten hinein springen, indem ich ein paar Zeilen aus einem Artikel der ZEIT vom 28. April dieses Jahres zitiere. Es handelt sich um einen Beitrag aus der Literatur-Beilage. Überschriften ist er mit "Ich bin nicht, was ich habe". Die Autorin heißt Ursula März. Sie stellt in diesem Artikel drei neue Bücher zur aktuellen Kapitalismusdebatte vor.

Dort heißt es:

„Man kann es als ein Rätsel betrachten, dass eine Gesellschaft, die zu den reichsten Industrienationen der Welt zählt, die Existenz depravierter Stadtviertel duldet, in denen Kinder unter Bedingungen heranwachsen, die den in Siedlungen der Dritten Welt herrschenden immer ähnlicher werden. Man kann es als ein noch größeres Rätsel betrachten, dass nicht wenigstens ein Drittel des - sagen wir - hauptstädtischen Establishments, das sich bei der südostasiatischen Flutkatastrophe in schöner Großzügigkeit zeigte, hin und wieder auf die Idee kommt, einen 5000-Euro-Scheck an die Arche in Berlin-Hellersdorf zu überweisen, ein Projekt, in dem von Verwahrlosung heimgesuchte Kinder rudimentäre Versorgung erhalten, warme Mahlzeiten, Kontakte, Berührung et cetera. Das allergrößte Rätsel aber kann man darin sehen, dass ein Hellersdorfer Arbeitsloser, dem - sagen wir - von einem karitativ gerührten Wohlhabenden ein 5000-Euro-Scheck geschenkt würde, damit vermutlich nichts Gescheiteres anzufangen wüsste, als aus einem Katalog für Unterhaltungselektronik eine Großbildleinwand zu bestellen, vielleicht noch eine Webcam, ein paar Handys, und sich dabei gleich noch schnell mit 1200 Euro verschuldete. Die Schulden geben der Familie dann den Rest.“

So weit das Zitat.

Nun hat bekanntlich heute die „Kapitalismuskritik“ eine neue Hochkonjunktur, jedenfalls im Rahmen des Medien-Infotainment.

Dabei geht dann allzu leicht unter, dass in den einschlägigen Debatten - vor allem im Vergleich zu den 70er oder 80er Jahren - durchaus auch neue Facetten auftauchen.

In dem eben vorgelesenen Zitat betrifft das im Wesentlichen zwei Punkte.

Erstens: Es wird sehr deutlich betont, dass eine rein ökonomische Betrachtung der neuen Gerechtigkeitsfrage nicht gerecht werden kann. Es ist die „soziale Ausgrenzung“, welche die Autorin in den Mittelpunkt der Betrachtung hebt.

Zweitens: Es wird von „Rätseln“ gesprochen im Zusammenhang mit aktuellen Trends im Konsum.

Und dazu ist zu sagen: Uns Umweltschützern kommt die Rätselhaftigkeit vieler aktueller gesellschaftlicher Phänomene irgendwie bekannt vor! Denn steckt nicht in vielen der heute herrschenden - und im Grunde allgemein bekannten - Tendenzen der Nicht-Nachhaltigkeit ein Rätsel? Wieso ist es so schwer, in Bereichen wie Mobilität, Agrarproduktion oder Energieversorgung die Zukunftsfähigkeit sicher zu stellen?

Natürlich gibt es zahlreiche - und je auf ihre Art auch immer durchaus überzeugende - Analysen, die uns die Rätsel aufzulösen versprechen. Eine der wichtigsten und einflussreichsten Erklärungen lautet bekanntlich, dass es die politische und kulturelle Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Wachstum ist, die uns heute so gewaltige Schwierigkeiten in Sachen Zukunftssicherung macht.

Es ist abzusehen, dass diese Auseinandersetzungen in den nächsten 1 1/2 Jahren noch an erheblicher Lautstärke und Intensität gewinnen werden. Denn aller Voraussicht nach wird das Konzept des „nachhaltigen Wachstums“ beim „2. Fortschrittsbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland“ eine zentrale Rolle spielen.

Die Umweltverbände haben kürzlich in einer gemeinsam von DNR, BUND und NABU verabschiedeten Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 2004 ihre grundlegende Kritik an der Wachstumsorientierung erneuert. Nun hatte allerdings der „2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ einen Anstieg der relativen Armut in Deutschland konstatieren müssen. Daher sieht dieser Bericht die Förderung von Beschäftigung und Wachstum als absolut prioritär an. Außerdem wird dort ein Paradigmenwechsel in der Gerechtigkeitsdiskussion verlangt, weg von bloßer Fürsorge durch staatliche Transferleistungen und hin zu einer Chancengerechtigkeit, welche die Menschen befähigt, ihr Schicksal selber in die Hand zu nehmen - gewissermaßen also: an ihrem je eigenen Wachstum zu arbeiten...

Es war übrigens die Mitarbeit an diesem „2. Armuts- und Reichtumsbericht“, die bei uns im Umweltbundesamt dafür sorgte, dass die Ökologische Gerechtigkeit zu einem Vertiefungsthema im Rahmen unserer sozialwissenschaftlichen Umweltforschung wurde. Als uns bekannt wurde, dass das Wuppertal Institut dabei ist, zum Thema „Nachhaltige Wohlfahrt“ ein Forschungsnetzwerk aufzubauen, haben wir die Chance zur Kooperation gerne ergriffen. Das Thema wird uns weiter beschäftigen, denn: Unser heutiges Fachgespräch soll ja unter anderem auch als ein Vorbereitungs-Workshop für ein Forschungsprojekt zu diesem Thema dienen.

Wir wollen auch eine verbesserte Kooperation mit der Sozialberichterstattung erreichen. Für uns schon seit langem wichtige Problemstellungen wie beispielsweise die Förderung des Nachhalti-

gen Konsums werden zukünftig ohne eine adäquate Berücksichtigung der aktuellen Umbrüche kaum mehr vorankommen.

Es kann in diesem Kontext nach unserer Meinung nicht einfach nur um die Erweiterung der bloßen Indikatorendiskussion gehen - so wichtig vernünftige und aussagefähige Kennzahlen sind: es geht in diesem Fall zunächst um eine Themenerschließung und Verständniserweiterung. Wir müssen lernen, mit grundlegend neuen Fragestellungen umzugehen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich meine einführenden Bemerkungen beschließen mit einem weiteren Zitat aus der ZEIT. Diesmal geht es um die Ausgabe vom 21.4.2005. Der Artikel stammt von Susanne Weingarten, trägt den Titel „Du sollst glücklich sein!“ und steht im Reisetil. Es geht um das Königreich Bhutan im Himalaja, das sich neuerdings verstärkt dem Tourismus öffnen will. Das hat der regierende König so beschlossen, und er hat auch ganz bestimmte Vorstellungen über die seinem Land und seinen Leuten angemessenen Lebens- und Konsumformen:

„Der Potentat hat für sein Land die Losung ausgegeben, dass das Bruttonationalglück, die *„gross national happiness“*, wichtiger sei als das Bruttoinlandsprodukt: kein Ausschachten der Ressourcen, kein fanatisches Streben nach Wohlstand, kein Fortschritt, der nur den Westen kopiert. Stattdessen hat der Staat die Pflicht, allen Bürgern die Chance zu einem erfüllten Leben auf Grundlage der traditionellen buddhistischen Werte zu bieten. Wie sich das Land entwickeln soll, wird in Fünfjahresplänen festgelegt.“

Mit Fünfjahresplänen wurden nun aber bekanntlich auch in Deutschland bestimmte Erfahrungen gemacht - und nicht immer die besten. Aber: Ein bloßes Vorwärts-Stolpern im Sog vielfältiger Trends kann auch nicht die Alternative sein.

Insofern hoffe ich, dass wir in diesem Fachgespräch sowohl innovative als auch dauerhafte, also nachhaltige Lösungsansätze finden - und wünsche uns allen gutes Gelingen sowie spannende Diskussionen!

Anhang 3.2 Statement Korinna Schack

Warum ist das Thema „Ökologische Gerechtigkeit“ aus Sicht des Bundesumweltministeriums so wichtig?

Der erste Impuls kam durch den OECD-Prüfbericht 2000, der das Thema Ökologische Gerechtigkeit anmahnte, aber eine weitere Anregung gibt auch eine aufmerksame Lektüre der Umweltbewusstseinsstudien. Denn dort findet man, dass Umweltengagierten sehr häufig auch das Soziale sehr am Herzen liegt – und provoziert die Frage: Spiegelt sich das denn auch in der Politik wieder? Hier findet man ja eher die Wahrnehmung von Polaritäten: Die Ökosteuer belastet Familien über Gebühr, Ökoprodukte ist nur etwas für Gutverdiener, die Investitionen in Wärmedämmung und Energieeffizienz muss man sich erst einmal leisten müssen etc. etc., die Liste lässt sich nach Belieben fortsetzen. Hier steht die Politik vor der Herausforderung, Ökologie und Soziales zusammen zu denken, was bisher noch überwiegend als Gegensätzlich wahrgenommen wird – zum Teil zurecht: Da wird man an den Maßnahmen arbeiten müssen, zum Teil aber auch zu unrecht: da wird man an den Beschreibungen dessen, was Politik da eigentlich tut, arbeiten müssen.

Insgesamt ist der ganze Forschungsstand sowie die Einbettung der Ergebnisse in laufende Diskussionen noch sehr unbefriedigend. Es geht uns bei diesem Thema und bei diesem Fachgespräch nicht darum, noch eine weitere Nische im Rahmen der Nachhaltigkeitsforschung einzurichten, sondern es geht darum, umweltpolitische Maßnahmen als wesentlichen Beitrag zur Gestaltung von Gesellschaft zu begreifen. Damit muss sich die Umweltpolitik dann auch der Frage stellen: Welchen Beitrag leistet sie denn zu Gerechtigkeit, Lebensqualität und anderen sozialen Fragen der Gesellschaft. Mit substanziellen Antworten auf diese Frage wird sich die Position der Umweltpolitik in der gesamtgesellschaftlichen Diskussion deutlich stärken lassen. Es geht darum, den Beitrag der Umweltpolitik zur sozialen Gerechtigkeit identifizieren zu können, beschreiben zu können und vor allem: sichtbar zu machen.

Ich möchte damit nicht sagen, dass Umweltpolitik nur legitim ist, wo sie gerecht erscheint. Wir kennen das z.B. aus dem Bereich Gender Mainstreaming: Nicht alles, was umweltgerecht ist, ist auch geschlechtergerecht. Es gibt Zielkonflikte – die müssten transparent gemacht werden und bedürfen klarer politischer Prioritätensetzung, es gibt aber auch Zielallianzen, und die schaffen – oft unverhofft – Bündnispartner und eine Stärkung der Sache. Es ist die Transparenz, die der Umweltpolitik neue Argumente an die Hand gibt und ihr damit eine stärkere Position verleiht. Es ist ein schwaches Argument zu sagen, dass das Bundesverfassungsgericht die Ökosteuer nicht ungerecht findet, wenn es über die Hälfte der Bevölkerung eigentlich so empfindet: Es geht darum, diese Zielkonflikte offen zu legen, um nach konstruktiven Lösungen suchen zu können, und es geht darum offen zu legen, welche Gerechtigkeitskonzepte den unterschiedlichen Einschätzungen zugrunde liegen, also neue Kategorien für die politische Diskussion zur Verfügung zu stellen.

Ohne den Forschungsergebnissen vorgreifen zu wollen: Ich bin sicher, dass die Umweltpolitik in vielen Punkten gar nicht so schlecht abschneiden wird. Für die Schaffung von Arbeitsplätzen hat es verschiedene Studien gegeben, die unterm Strich einen positiven Beitrag vermuten lassen, und auch die Begrenzung von Schadstoffen und Lärm für alle wird hier als positiver Beitrag zu Gerechtigkeit und Lebensqualität zu Buche schlagen können. Aber in vielen Bereichen bleibt der konkrete Beitrag der Umweltpolitik noch im Nebel – es fehlen auf der einen Seite Daten und Fakten, auf der anderen Seite fehlen aber auch konkrete Kategorien, in denen wir einen mit anderen Politikbereichen vergleichbaren Beitrag formulieren können. Denn häufig lassen sich die umweltpolitischen Beiträge nicht in den üblichen Kategorien von Fortschritt und Wachstum beschreiben, und trotzdem leisten sie einen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt, zur Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit dieser Gesellschaft. Um dafür allgemein anerkannte Beschreibungen zu finden und sie in die etablierte Diskussion um Sozialberichterstattung und Gerechtigkeit einzuspeisen, haben wir noch viel vor uns.

Deshalb freue ich mich, dass Sie so zahlreich zu diesem Fachgespräch erschienen sind, um uns mit Ihrer wissenschaftlichen Erfahrung zur Seite zu stehen. Ein ganz herzliches Dankeschön auch an das Umweltbundesamt und insbesondere Herrn Wehrspaun, der sich dieses Themas angenommen hat, das sich damit erfahrungsgemäß in guten Händen befindet. Ich freue mich auf den Tag und bin gespannt auf die Diskussionen.

Anhang 4 Thesepapiere der Referenten

Anhang 4. 1 Thesepapier Heinz-Herbert Noll

Nachhaltigkeitsaspekte im Wohlfahrtsdiskurs und Wohlfahrtsaspekte im Nachhaltigkeitsdiskurs

Gegenstand des Fachgesprächs ist das Verhältnis von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit, dem unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen offenbar eine wachsende Bedeutung zukommt. Es wird zu diskutieren sein, welche Fragen an und Perspektiven für die Forschung sich daraus ergeben. Eine der Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, ist die nach den Nachhaltigkeitsaspekten im Wohlfahrtsdiskurs und den Wohlfahrtsaspekten im Nachhaltigkeitsdiskurs. Wir haben uns mit dieser Frage in verschiedenen Zusammenhängen befasst, u.a. im Rahmen einer Publikation zum Thema „Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und ‚neue‘ Wohlfahrtskonzepte“ (Noll 1999), der das Verhältnis von Lebensqualität und Nachhaltigkeit diskutiert und Parallelen wie auch Differenzen zwischen den beiden Konzepten bestimmt. Das Konzept der Nachhaltigkeit bildet zudem zusammen mit den Konzepten der Lebensqualität und sozialen Kohäsion den Kern des ‚conceptual framework‘ für ein ‚European System of Social Indicators‘, das primär für ein monitoring der Wohlfahrtsentwicklung in Europa konzipiert wurde und an dessen Implementierung gegenwärtig gearbeitet wird. Gestützt auf diese Arbeiten wird das Impulsreferat das Verhältnis von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit in aller Kürze diskutieren. Darüber hinaus sollen anknüpfend an aktuelle Entwicklungen der empirischen Konsum- und ‚Happiness‘-Forschung einerseits sowie neuen Nachhaltigkeitsstrategien andererseits Ideen für ein mögliches Forschungsprogramm zu dieser Thematik entwickelt werden. Ausgangspunkt ist dabei die für eine Reihe von Ländern vorliegende Evidenz, dass trotz Wirtschaftswachstum und enormen Wohlstandszuwächsen das subjektive Wohlbefinden – wenn überhaupt – nur minimal gestiegen ist. Daraus lassen sich verschiedene Fragen ableiten, die für ein Forschungsprogramm zu Wohlfahrt und Nachhaltigkeit von Interesse sein könnten.

Anhang 4.2 Thesenpapier Manuel Rivera

Thesen zum politischen Nachhaltigkeitsdiskurs (und zur Rolle von „Wohlfahrt“ darin)

1. Zwei normative Unterstellungen sind Bedingungen der Möglichkeit des Diskurses: die von „Gemeinsamkeit“ und die von „Interesse an Zukunft“. Beide sind nicht identisch mit (sondern neutral gegenüber) einem aufs Individuum zielenden Lebensqualitäts-Desiderat. Erst die Fragen: was für eine Gemeinsamkeit, was für eine Zukunft, öffnen die Nachhaltigkeitsidee hin zum „guten Leben“.
2. Gleichzeitig aber hat der Diskurs den Schritt über die „intergenerationelle Gerechtigkeit“ (verkürzt als Zukunftsstabilität verstanden) hinaus getan und das Postulat intragenerationeller Gerechtigkeit assimiliert. Damit trägt er eine schwere konzeptionelle Bürde. Am ehesten scheint diese bisher in Begriffen der „Bedürfnisgerechtigkeit“ bewältigt.
3. Der Nachhaltigkeits-Diskurs identifiziert Probleme als Stabilitätsprobleme. Dieser Konservatismus' macht einen Teil seiner politischen Kraft aus, bedingt aber auch eine gewisse Ohnmacht in Bezug auf den Anstoß von Werte-Debatten.
4. Der politische Nachhaltigkeitsdiskurs funktioniert, trotz seines „integrativen“ Appeals, ex negativo. D. h. er hat primär nicht Visionen, sondern Problemlösungen (und das jetzt zuerst: Problem-Definitionen) im Auge. Gerade dort, wo Ziele (wie „30 Hektar“ in Bezug auf die Reduktion des Flächenverbrauchs) besonders stark als positiv propagiert werden, haben sie zum Inhalt die Vermeidung eines Problems.
5. Der Nachhaltigkeitsdiskurs verfügt, ob seines Gerechtigkeitskerns, über ein bisher nicht ausgeschöpftes kritisches Potenzial. Dieses steht im Spannungsverhältnis zur „Suchraumfunktion“ nach Wohlfahrt / einem guten Leben. Seiner Binnenlogik nach ist der Nachhaltigkeitsdiskurs einer über die Sicherung und Verteilung von Wohlfahrt sein - und das erklärt vielleicht, warum Wohlfahrt, als Vorausgesetztes, in ihm fast nie explizit thematisiert wird.
6. Andererseits muss er in praxi die Wohlfahrtsvorstellungen unterschiedlicher Akteure (z. B. Umweltverbände vs. Unternehmen) ständig miteinander vermitteln. Stichworte wie Ökoeffizienz als Wettbewerbsvorteil, Verbrauchervertrauen als Marktchance und Innovation als Entwicklungsmotor sind Kompromissformeln, die auf diese Weise produziert werden.
7. Die Janusgesichtigkeit des Diskurses - „harter“ Anspruch und „weiche“ Vermittlungswirklichkeit - macht ihn attraktiv als Grundsatz-Formel. (Bsp. Lissabon-Prozess vs. EU-Nachhaltigkeitsstrategie.) Die „soziale Säule“ wird dabei von Akteuren zu nehmend als präzisionswürdig empfunden.

Anhang 4.3 Thesenpapier Antonio Brettschneider

Soziale Gerechtigkeit im Umbau des Wohlfahrtsstaates

1. Wandel des Wohlfahrtsstaates: Analyseebenen

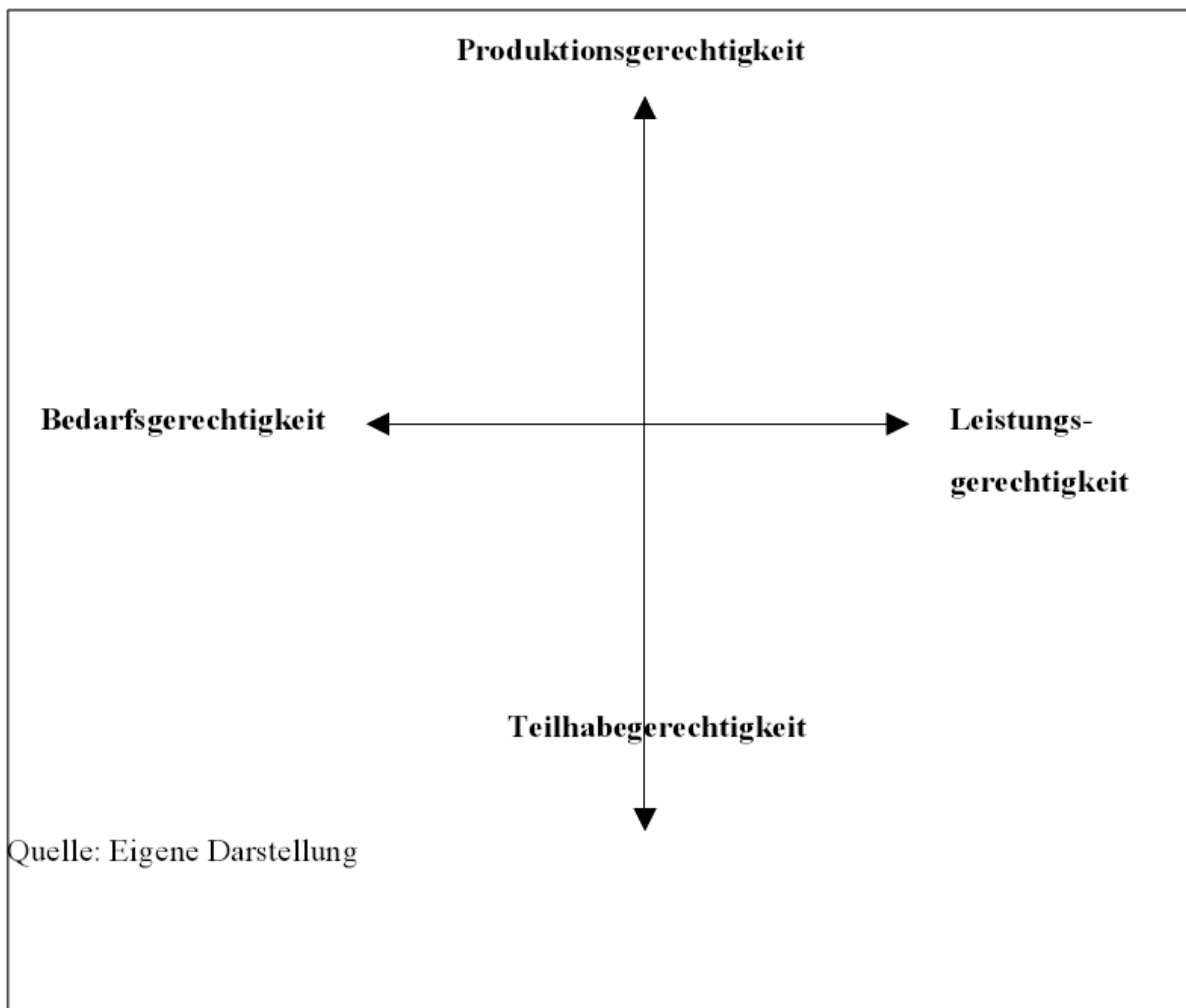
Wohlfahrtsstaatlicher Wandel ist auf 3 Ebenen zu analysieren:

- 1.) Auf der Ebene der institutionalisierten normativen und regulativen Leitprinzipien geht es um die übergreifenden Sicherungs- und Verteilungsziele sozialer Sicherungssysteme und um die grundlegenden gesellschaftspolitischen Gerechtigkeitsparadigmen.
- 2.) Auf der Ebene der Organisationsstruktur und der Regulierungs- und *Steuerungsinstrumente* geht es um die Aufteilung von Zuständigkeiten zwischen öffentlichem und privaten Sektor („Public-Private-Mix“) und um die Möglichkeiten politischer Steuerung der verschiedenen Instanzen der Wohlfahrtsproduktion („Governance“).
- 3.) Auf der Ebene der *verteilungspolitischen Konsequenzen* geht es um die Gewinner und Verlierer von Reformen, um die Auswirkungen auf Haushaltseinkommen und um die Rückwirkungen auf soziale Ungleichheit im Allgemeinen.

2. Dimensionen sozialer Gerechtigkeit

- Soziale Gerechtigkeit: in der empirischen Realität immer ein Mischungsverhältnis und komplexes Zusammenspiel unterschiedlicher Prinzipien, die sich zum Teil ergänzen, zum Teil jedoch auch wechselseitig begrenzen.
- der Werteraum sozialer Gerechtigkeit lässt sich anhand zweier Basisdimensionen abbilden, welche als Kontinuum zwischen zwei idealtypischen Prinzipien zu verstehen sind:

Verteilung und Verantwortung



- *Verteilungsdimension:* Kriterien gerechter Verteilung von Ressourcen auf Personen bzw. Personengruppen im Spannungsfeld von Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit

Gerechtigkeit	Bedarfsgerechtigkeit	Leistungsgerechtigkeit
Politik	Sozialstaatlichkeit	Marktliberalismus
Umverteilung	umverteilungsaffin	Umverteilungsavers
Gleichheit	Ergebnisgleichheit	(formale) Chancengleichheit
Versicherung	Solidarprinzip	Äquivalenzprinzip
Träger	Arbeit/Gewerkschaften	Kapital/Arbeitgeber

- *Verantwortungsdimension:* Kriterien gerechter Verantwortungszuweisung für soziale Risiken im Spannungsfeld von Teilhabe- und Produktionsgerechtigkeit

Gerechtigkeit	Teilhabeerechtigkeit	Produktionsgerechtigkeit
Normativer Bezugspunkt	Individuum	Kollektiv
Risikoverantwortung	Kollektive Systeme	Individuum, Zivilgesellschaft
Politik	Gesellschaft	Gemeinschaft
Solidarität	Universalistisch	Partikularistisch
Transferleistungen	Rechtsanspruch	Voluntarismus: „Barmherzigkeit“

- hinter den Kriterien gerechter Verantwortungszuweisung steht die Grundsatzfrage des Vorrangs des Individuums oder des „sozialen Ganzen“ als Bezugspunkt gesellschaftspolitischer Zielsetzungen
- Verhältnis von individuellen Freiheits- und positiven Teilhabeansprüchen gegenüber der Gesellschaft einerseits und den Kontroll- und Verpflichtungsrechten des durch den Staat repräsentierten Kollektivs gegenüber dem Individuum andererseits.
- *Teilhabeerechtigkeit:* Primat individueller Teilhaberechte (bürgerliche, politische und soziale Rechte, T.H. Marshall 1950), über den Staatsbürgerstatus vermittelt und rechtlich kodifiziert. Verpflichtung und Verantwortung des Kollektivs gegenüber dem Individuum.
- *Produktionsgerechtigkeit:* kollektiver Nutzen als zentraler normativer Maßstab; soziale Verhältnisse sind demnach dann gerecht, wenn sie „mittel- und langfristig Nutzen stiften, nämlich die Wohlfahrt aller maximieren“ (Leisering 2004:33).

3. Kontext: Neuausrichtung des „Europäischen Sozialmodells“

- Globalisierung/Europäisierung: Intensivierung der Standortkonkurrenz
- übergreifendes gesellschaftspolitisches Ziel: Wettbewerbsfähigkeit
- Einfluss EU-Ebene: Lissabon-Zielsetzungen 2000: EU als „wettbewerbsfähigster und dynamischster wissensbasierter Wirtschaftsraum der Welt“
- stärkere Verzahnung von Wirtschafts-/Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: („Streamlining“, EU Kommission 2003): Prioritätenverschiebung in der Sozialpolitik
- Ausgangspunkt Wirtschafts-/Finanzpolitik: Monetarismus und Angebotspolitik erfordern eine Arbeitsmarktpolitik, die primär auf die Quantität und nicht auf die Qualität der Beschäftigung zielt („Jobs, Jobs, Jobs!“) und eine „flankierende“ Sozialpolitik, welche die öffentlichen Haushalte entlastet („Sozialinvestition“, „Aktivierung“).

4. Deutungswandel sozialer Gerechtigkeit:

- Kern der Programmatik des „Sozialinvestitionsstaates“ ist die Verschiebung wohlfahrtsstaatlicher Verantwortungszuweisung, aus der sich massive distributive Konsequenzen ergeben.
- Ehemals kollektiv abgesicherte Risiken werden zunehmend als individuell zu verantwortende und abzusichernde Risiken definiert („Eigenverantwortung“) und somit auf Individuen und Haushalte verlagert.
- Remoralisierung des wohlfahrtsstaatlichen Diskurses (Neugewichtung von „Rechten“ und „Pflichten“): Verbindung neo-liberaler und neo-konservativer Elemente auch in sozialdemokratischer Programmatik („3.Weg“).
- Soziale Gerechtigkeit wird als letztlich mit einem als Gemeinwohl deklarierten Primat der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft gleichgesetzt („Produktionsgerechtigkeit“): Sozialpolitik als möglichst zu minimierender Kostenfaktor im Rahmen der Konsolidierung öffentlicher Haushalte.
- Governance: partielle Verlagerung staatlicher Aktivität auf Kontextsteuerung (Regulierung von Wohlfahrtsmärkten, Gewährleistung von Mindestniveaus), wachsender Anteil marktlicher Verteilungssteuerung, wachsende Bedeutung individueller Selbst-Steuerung
- Zunahme der Eingriffs- Sanktions- und Kontrollrechte des Staates gegenüber Transferempfängern in Bezug auf die individuelle Lebensführung über Bedarfsprüfungen und verschärfte „Zumutbarkeitskriterien“
- Inklusion primär über Erwerbsarbeit. Zunahme der Exklusionsgefahr (Prekarisierung) auch für Mittelschichten
- Gesamttendenz: „Das Ergebnis wäre- jeweils auf unterschiedlichen Ebenen- dann eine Mischung aus repressiv forderndem Sozialstaat und einem wirtschaftspolitisch priorisierten Leistungsstaat“ (Maaser 2003).

5. Konsequenzen für die individuelle Lebensführung

- Leitbild: Individuum als „Responsible Risk-Taker“ (Giddens 1999): Bereitschaft und Fähigkeit zur Wahrnehmung von Eigenverantwortung
- *Selbststeuerungsfähigkeit* als zentrales funktionales Erfordernis: Zwang zu Mobilität, Flexibilität und lebenslangem Lernen
- Marktfähigkeit: Internalisierung ökonomischer Handlungslogik (auch im nicht-marktlichen Kontext)
- BürgerIn in mehreren Rollen:

als ProduzentIn auf dem Arbeitsmarkt,

als KonsumentIn auf Wohlfahrts-, Infrastruktur- und Produkt/Dienstleistungsmärkten,

als Individuum (Identität, soziale Beziehungen, Sinn/Transzendenz,)

als StaatsbürgerIn (pol. Partizipation, gesellschaftl. Engagement, Umweltverhalten)

- Gesamttendenz: wachsender Mobilitäts- und Flexibilitätsdruck zwingt BürgerInnen zu Prioritätensetzung. Die Rolle des Marktteilnehmers/der Marktteilnehmerin drängt staatsbürgerliche Aktivitäten zurück, Umweltaspekte verlieren an Bedeutung.

Literatur

Castel, Robert (2000): Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz

Giddens, Anthony (1999): The Third Way. The Renewal of Social Democracy. Polity Press.

Kaufmann, Franz-Xaver (1997): Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt

Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt/New York

Leisering, Lutz (2004): Paradigmen sozialer Gerechtigkeit: Normative Diskurse im Umbau des Sozialstaats, in: Liebig, Stefan/Lengfeld, Holger/Mau, Steffen (Hg.): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften, Frankfurt/New York 2004

Lessenich, Stephan (Hg.) (2003): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt/New York

Maaser, W. (2003): Normative Diskurse der neuen Wohlfahrtspolitik, in: Dahme/Otto/Trube/Wohlfahrt (Hg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen, S.17-36

Marshall, T.H. (1950): Staatsbürgerrechte und soziale Klassen, Oxford

Nullmeier, Frank (2004): Vermarktlichung des Sozialstaats, in: WSI Mitteilungen 9/2004, 495-500

Vogel, Berthold (2004): Der Nachmittag des Wohlfahrtsstaats. Zur politischen Ordnung gesellschaftlicher Ungleichheit, in: Mittelweg 36 4/2004

Anhang 4.4 Thesenpapiere⁵ Norbert Wohlfahrt

Thesen 1

Zur Sozialstaatsarchitektur der BRD

Die institutionelle Architektur des deutschen Sozialstaats lässt sich als ein Gebäude mit 4 Etagen beschreiben (vgl. Offe 1998):

Die erste Etage ist die staatliche Regulierung des Arbeitsprozesses. Sie besteht aus der zeitlichen Begrenzung des Arbeitslebens, aus Bestimmungen über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und gleichen Beschäftigungschancen für Frauen. Das vorrangige Anliegen ist der Schutz der Arbeiter während der Arbeit und hieraus werden bestimmte Notwendigkeiten der Einschränkung der Vertragsfreiheit abgeleitet;

Die zweite Etage umfasst alle diejenigen Maßnahmen und Programme, die sich auf den Schutz der Arbeiter (und teilweise ihrer abhängigen Familienmitglieder) außerhalb der Arbeit durch die spezifisch deutsche Version der Sozialversicherung beziehen. Durch Bismarcks Reformen wurden Ersatzregelungen für einige Standardrisiken der Arbeitsunfähigkeit von Arbeitern eingeführt, namentlich Arbeitsunfälle, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit infolge Alters. Im Lauf der Zeit wurden immer neue Segmente der Beschäftigten in die Reihen der Pflichtversicherten und Nutznießer der Sozialversicherung aufgenommen, weitere Risiken wurden erfasst (Hinterbliebenenrenten; Gesundheitsfürsorge; mögliche Arbeitslosigkeit).

Im dritten Stockwerk geht es um die Festlegung der Arbeitseinkommen. Die institutionellen Vorkehrungen hier beziehen sich auf die Determinanten der Lohngestaltung. Hierzu gehört, dass der Staat sich aus den direkten Tarifverhandlungen herauszuhalten hat (Tarifautonomie) und das Streikrecht, das auf die Fälle beschränkt ist, in denen Streiks von den Gewerkschaften befürwortet und von den Gewerkschaftsmitgliedern ausreichend unterstützt werden.

Die vierte Etage schließlich besteht aus einem Set makroökonomischer Politiken, die sich im wesentlichen als Infrastrukturpolitik, Entwicklung des Humankapitals aber auch Technologiepolitik beschreiben lassen. Diese haben in den vergangenen Jahrzehnten in der BRD zu einem konstant hohen Beschäftigungsniveau geführt, was auch mit einer lang anhaltenden Phase „sozialen Friedens“ verbunden war, die der sozialdemokratische Kanzler Helmut Schmidt einmal als vierten Produktionsfaktor bezeichnet hat.

Trotz der Vielschichtigkeit des sozialpolitischen Systems lassen sich grundlegende Strukturen und Prinzipien identifizieren (vgl. Bäcker u.a., 2000a):

Die Zahlung von Lohnersatzleistungen und die Sicherstellung von medizinischen Diensten und Einrichtungen ist in erster Linie Aufgabe der Sozialversicherungsträger. Sozialpolitik in

⁵ Von Herrn Wohlfahrt wurden zwei sich ergänzende Thesenpapiere beige-steuert.

Deutschland bleibt – anknüpfend an die Bismarck'schen Sozialversicherungsgesetzgebung – vorrangig Sozialversicherungspolitik: Knapp zwei Drittel aller Sozialausgaben (Sozialbudget) werden über die Sozialversicherung abgewickelt (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1999: 804). Die Sozialversicherung deckt die allgemeinen Lebensrisiken (Standardrisiken) ab, ihre Gliederung in fünf Zweige (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung) orientiert sich an diesen Risiken. Die Differenzierung der Sozialversicherungsträger nach berufsständischen und regionalen Kriterien hat sich bis heute erhalten. Im Unterschied zur kausalen und kategorialen Strukturierung der Sozialversicherung orientiert sich die Sozialhilfe am Finalprinzip: Die Hilfeleistung stellt auf die jeweilige, individuelle materielle wie immaterielle Notlage ab; unerheblich ist dabei die Frage nach den Ursachen der Hilfebedürftigkeit oder nach einem individuellen Verschulden. Das Angebot an sozialen Dienstleistungen und Einrichtungen im Rahmen des Sozialversicherungsrechts, der Sozialhilfe, der Jugendhilfe oder spezieller Leistungsgesetze wird in den Gesetzen nur im Grundsatz vorgegeben, die konkrete Bestimmung von Mengen, Leistungsarten, Qualitäten und auch Preisen bzw. Honoraren erfolgt durch Verhandlungen und Verträge zwischen Leistungserbringern und Kostenträgern (Steuerung auf der mittleren Ebene). Verantwortlich für die Durchführung staatlicher Aufgaben und Pflichtleistungen sind die Gemeinden; einen großen Entscheidungs- und Handlungsspielraum die Kommunen bei den freiwilligen Leistungen.

Zur Kritik am kontinentalen Wohlfahrtsstaatsmodell

Wenn im Folgenden über den Umbau des Sozialstaats gesprochen wird, dann steht zweifellos das zweite Stockwerk, die Sozialversicherung und ihre auf Vollbeschäftigung ausgerichtete Konstruktion im Mittelpunkt der Änderungswünsche und Änderungsnotwendigkeiten.

Als Dilemma wird aber auch die „zweite Hälfte des Sozialstaats“, seine mehrstufige institutionelle Struktur (Föderalismus), seine zersplitterte Leistungsstruktur (von indirekten Transfers wie Steuererleichterungen bis hin zu direkten wie Kindergeld und persönlichen Dienstleistungen) und eine diffuse Wirkungsstruktur genannt.

Ein zentraler Bestimmungsgrund für die prekäre Finanzlage des Sozialstaates liegt in der gegenläufigen Entwicklung von Leistungsempfängern einerseits und Beitrags- bzw. Steuerzahlern andererseits. Diese Gegenläufigkeit ist in erster Linie Ergebnis des Ungleichgewichtes auf dem Arbeitsmarkt, das sich in sinkenden Beschäftigungs- und steigenden Arbeitslosenzahlen äußert und Deutschland in voller Schärfe nach dem Ende des Einigungsbooms Anfang der 90er Jahre getroffen hat. Hinzu kommen die Belastungen durch die Finanzierung der deutschen Einheit.

Negativ betroffenen vom Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt sind vor allem die (überwiegend) beitragsfinanzierten Sozialversicherungshaushalte, da ein niedriger Beschäftigungsstand Ausgaben- und Einnahmenseite gleichermaßen negativ berührt. Dem steigenden Finanzbedarf auf der einen Seite steht eine durch dieselben Ursachen verschlechterte Einnahmesituation auf der anderen Seite gegenüber: Mit rückläufiger Beschäftigtenzahl sinken bei sonst gleich bleibenden Verhältnissen die Beitragseinnahmen, während zugleich durch die hohe Zahl von Arbeitslosen wachsende Ausgaben verursacht werden. Allein die durch Arbeitslosigkeit bedingten

Ausgaben im Sozialbudget machen gut 3 Prozentpunkte der Sozialleistungsquote aus. Damit zeigt sich, dass es zu kurz gegriffen ist, zu „großzügige“ Sozialleistungen für die Finanzierungs-krise verantwortlich zu machen. Ein „Umbau“ des Sozialstaates, der auf dieses Arbeitsmarkt-problem nicht eingeht, kuriert deshalb nur an den Symptomen. Verschärfend kommt hinzu, dass sich unter den Bedingungen der anhaltenden Arbeitsmarktkrise, aber auch unter dem Einfluss technologischer, ökonomischer und sozialstruktureller Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt jene Beschäftigungsverhältnisse ausdehnen, die nicht oder nur eingeschränkt der Versicherungs- und Beitragspflicht unterliegen. Der Anteil der Erwerbstätigen, die zur Finanzierung der Sozialversicherungshaushalte beitragen, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. In dieselbe Richtung verweist der Befund, dass sich der Anteil des Volkseinkommens (Nettoin-landsprodukt) der der Beitragspflicht unterliegt, mindert.

Versucht man die Kritik zu systematisieren, so stehen in erster Linie folgende Argumente im Raum (im Überblick Butterwegge, 1999):

Die Regulierung auf dem Arbeitsmarkt sowie die zu hohen Lohn- und Lohnnebenkosten und Steuerbelastungen beeinträchtigen die Dynamik und Flexibilität eines Wirtschaftssystems und Arbeitsmarktes, die durch Dienstleistungen, immer schnelleren techno-logischen Wandel und steigenden internationalen Konkurrenzdruck gekennzeichnet sind.

Das zu weit gespannte System der Sozialen Sicherung verbunden mit einem zu hohen Leistungs-niveau überfordere die finanziellen und administrativen Kräfte eines Staates, der im Zuge der Globalisierung zunehmend an Handlungsfähigkeit verliere. Zugleich belaste die hohe Abga-benlast gerade die „Leistungsträger“ und lähme deren Leistungs- und Innovationskraft.

Aufgrund der überhöhten Lohn- und Sozialstandards fehle es an Anreizen zur Übernahme nied-rig bezahlter Arbeit und an Möglichkeiten für die Unternehmen, Einfacharbeitsplätze rentabel bereitzustellen. Statt die Betroffenen zu aktivieren und ihnen zu helfen, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen, komme es durch die traditionelle Sozialpolitik zu einer passivierenden Versorgung der zunehmenden Zahl von arbeitslosen, aber arbeitsfähigen Sozialleistungsemp-fängern.

Die politische Schlussfolgerung aus dieser Diagnose mündet in einer Reihe von Forderungen, die auf einen quantitativen Abbau und qualitativen Umbau der Sozialpolitik zielen (besonders prägnant: Kommission für Zukunftsfragen 1997). Dazu zählen vor allem die Vorstellungen,

- den (Arbeits-)Markt von arbeits- und sozialrechtlichen Regulierungen zu entschlacken,
- das sozialpolitische Leistungsspektrum und –niveau in Richtung einer Basissicherung abzubauen und sich bei der Leistungsvergabe auf die Förderung der „wirklich Be-dürftigen“ zu konzentrieren, wirtschaftlich zu organisieren und zu finanzieren,
- die Belastung mit Steuern und Abgaben nachhaltig zu reduzieren,

- die Unterstützung von arbeitsfähigen Sozialleistungsempfängern stärker an Voraussetzungen und Bedingungen zu knüpfen, die Betroffenen also nicht „fördern“, sondern sie auch zu „fordern“.

Leitbild ist hier ein Sozial- und Gesellschaftsmodell, das dem Einzelnen die Hauptverantwortung für seine soziale Sicherung und seine Einkommens- und Lebenslage zuweist und die staatlich garantierte und finanzierte Absicherung auf ein Minimum beschränkt. Sozialpolitik soll auf einen flexiblen Arbeitsmarkt hin orientieren, die Einkommensumverteilung begrenzen und die freie Entfaltung der Kräfte fördern. Die Hinnahme eines höheren Maßes an Unsicherheit und Ungleichheit gilt als unabdingbar, um über diesen Weg die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Volkswirtschaft zu verbessern, das dynamische Entwicklungspotential der Marktkräfte zu mobilisieren und die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Von welfare to workfare: die Grundkonzeption des neuen Sozialstaats

Die Achillesferse der – in der mittlerweile gebräuchlichen Terminologie Esping-Andersens (1990) – „konservativen“ Wohlfahrtsstaaten Kontinentaleuropas ist nach über einem Jahrzehnt vergleichender „welfare regime“-Forschung hinlänglich bekannt. „Welfare without work“: So lautet die eingängige Kurzcharakterisierung der sozialpolitischen Problemkonstellation in den kontinentaleuropäischen Nationen des ausgehenden 20. Jahrhunderts, die in den letzten Jahren international und auch hierzulande auf große sozialwissenschaftliche Resonanz gestoßen ist. Der „konservative“ – und prototypisch dafür steht: der deutsche – Wohlfahrtsstaat, so heißt es im Anschluss an die Analysen Esping-Andersens auf breiter Front (vgl. „klassisch“ Esping-Andersen 1996b, zuletzt ders. 2004; von deutscher Seite z.B. Streeck/Heinze 1999, Manow/Seils 2000), hat aufgrund seiner Konstruktion als Versicherungsinstanz des männlichen Normalarbeitnehmers, seines Erwerbsstatus' und seines Familienhaushalts, seit dem Ende des „Goldenen Zeitalters“ ein massives Beschäftigungsproblem – und gleich mehrere Gerechtigkeitsprobleme. Das „welfare without work“-Argument lässt sich in etwa wie folgt zusammenfassen.

Die in den ersten Nachkriegsjahrzehnten praktizierte sozialpolitische Strategie, die kontinuierlich wachsende Wertschöpfung einer hochproduktiven industriellen Arbeitnehmerschaft in stetige Wohlfahrtsgewinne auch der nicht-erwerbstätigen Bevölkerungsteile umzumünzen, geht unter Bedingungen einer internationalisierten Wirtschaft, des Übergangs in die Dienstleistungsgesellschaft und des nachhaltigen Wandels der Lebens- und Familienformen immer weniger auf. Das in den industriellen Kernsektoren erwirtschaftete, tendenziell abnehmende Mehrprodukt muss auf eine stetig zunehmende Zahl nicht produktiv Tätiger – Altersrentner, Hausfrauen, Arbeitslose – verteilt werden. Dabei ist es der transferlastige und „familialistische“ Sozialstaat selbst, der durch seine Interventionen das relative Gewicht dieser unproduktiven und daher öffentlich zu alimentierenden Personengruppen beständig hat anwachsen lassen: durch die Politik der Frühverrentung, durch negative Arbeitsanreize für (Ehe-)Frauen im Steuer- und Sozialversicherungssystem und die strukturelle Vernachlässigung öffentlicher sozialer Dienstleistungsangebote, schließlich durch die beschäftigungsfeindliche Kostenbelastung des Produktionsfaktors Arbeit mit beständig steigenden Sozialversicherungsbeiträgen.

Immer mehr „welfare“, immer weniger „work“: Diese Rechnung kann – so die Sozialstaatskritik – schon finanziell nicht aufgehen. Doch sie ist zudem, so geht das Argument weiter, auch normativ bedenklich. Der „konservative“ Sozialstaat weist mindestens drei strukturelle Gerechtigkeitsdefizite auf: Er versperrt durch großzügige und stark verrechtlichte Statussicherungen für die beschäftigten, hochproduktiven „insider“ systematisch den Arbeitsmarktzugang der minder produktiven, arbeitslosen „outsider“; er hält zugunsten der Figur des „male breadwinner“ und im Interesse der häuslich-familialen Wohlfahrtsproduktion den weiblichen Teil der Bevölkerung effektiv vom Erwerbsarbeitssystem fern, zumindest aber von der Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung ab; und er vernachlässigt, indem er als „pensioner' welfare state“ (Esping-Andersen 1996b: 83) einen großen und immer größer werdenden Teil seiner materiellen Ressourcen in die Alterssicherung der Nicht-Mehr-Erwerbstätigen lenkt, die Wohlfahrt der Noch-Nicht-Erwerbstätigen, die öffentliche Förderung von Erziehung und Ausbildung der nachwachsenden Generationen.

Szenario des zukünftigen Wohlfahrtsstaats

Alle Länder mit aktivierenden Politikansätzen eint nicht nur die zu beobachtende Anstrengung, das Wohlfahrtsregime zu reformieren und die Sozialpolitik befähigungs- bzw. beschäftigungsorientiert umzubauen. All diesen Entwicklungen geht es vor allem darum, das nachfragezentrierte keynesianische Wohlfahrtsregime durch ein angebotsorientiertes Regime zu ersetzen bzw. zu ergänzen: Es geht um die Transformation als „generös“ etikettierter Transferleistungen (d.h. einer Versorgung ohne Gegenleistungen) und Instrumente fürsorglicher Betreuung in aktivierende, passgenaue und die individuelle Eigenverantwortung stärkende Handlungsstrategien, welche die Integration in den (ersten) Arbeitsmarkt zum Ziele haben und der Förderung von individueller Innovation, Flexibilität und Wettbewerb mittels mikroökonomischer Steuerungsinstrumente dienen.

Für den aktivierenden workfare-Staat wird soziale Inklusion zum obersten sozialpolitischen Ziel, um den Preis, dass das sozialstaatliche Integrationsprinzip „Teilhabe“ in „Teilnahme“ uminterpretiert wird, weil nach der neuen Lehrmeinung nur Teilnahme Teilhabe gewährleistet. Die in der Arbeitsmarktpolitik beobachtbare Tendenz, „präventive Inklusion“ der Beschäftigten durch deren „Inpflichtnahme“ zur (angebotsunterstützten) eigenverantwortlichen Sicherung ihrer Beschäftigungsfähigkeit zu betreiben, geht in die gleiche Richtung. Wenn der aktivierende Staat in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik immer mehr auf die Entwicklung von Dienstleistungsangeboten statt Transfers setzt, lässt sich das auch als Wandel des Wohlfahrtsregimes bezeichnen, als Wende von einer nachfrageorientierten zu einer eher angebotsorientierten Sozialpolitik, was auch Auswirkungen auf den Umgang mit bürgerschaftlichem Engagement haben könnte: Staat und Verwaltung könnten auch in diesem Sektor aktivierende Angebote entwickeln, die den Bürger in immer stärkerem Maße in die Pflicht nehmen.

Am Ende dieser Reformpolitik könnte ein Wohlfahrtsstaat stehen, der die staatlichen Transfersysteme weit gehend auf eine Grundsicherung reduziert hat. Private Vorsorge und Bürger-

schaftliches Engagement oder tätige Nächstenliebe bilden die weiteren Eckpfeiler dieses residualen Wohlfahrtsstaats, der staatliche Transferleistungen ohne Gegenleistung nur noch den wirklich Bedürftigen gewährt. In diesem Szenario stehen die Gewinner und Verlierer schon jetzt fest: nicht nur die Arbeitnehmer sind die „Verlierer der Globalisierung“, sondern die Rentner, Arbeitslosen, Sozialhilfebezieher und chronisch Kranken, also diejenigen, die ihren Lebensunterhalt weit gehend aus staatlichen Transfers bestreiten oder auf diese angewiesen sind. Während für die nicht-erwerbstätigen Teile der Bevölkerung – Frauen und Kinder – derzeit das sozialinvestive Moment bzw. die Logik des Förderns im Vordergrund steht, werden die erwerbslosen Bevölkerungsgruppen in erster Linie zum Gegenstand politischer Vornahmen in selbststeuernder Absicht, sprich zu Objekten einer Logik des Forderns (vgl. Lessenich 2004).

Für die Arbeitslosen gilt, dass sie auch im „neuen“, aktivierenden Wohlfahrtsstaat „konservativer“ Prägung die strukturellen Verlierer sein und bleiben werden. Für sie vor allen anderen bestätigt sich Axel Honneths Diagnose eines „paradoxalen Umschlags“ (Honneth 2002, S. 146) des modernen Individualisierungsprozesses – in dem Sinne, dass die individuellen Ansprüche auf Befähigung, die mit dem sozialpolitischen Aktivierungsparadigma verbunden werden konnten, sich in institutionelle Forderungen nach Selbstverantwortung verkehren, aus dem abstrakten Ermächtigungs- also tatsächlich ein konkretes Zwangsverhältnis wird.

Reformvorschläge unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten

Vergleicht man die unterschiedlichen Modelle zur Reform der Basissicherung in der Bundesrepublik miteinander, wie es Richard Hauser in einem Gutachten für das Arbeits- und Sozialministerium des Landes Rheinland-Pfalz getan hat, schneidet die bedarfsorientierte Grundsicherung besser als die Negative Einkommensteuer ab. Nicht nur wegen der mit ihm verbundenen Kostenbelastung birgt das „große“ Reformprojekt der Negativsteuer weitaus höhere Risiken: „Bei zweckentsprechender Ausgestaltung wäre zwar eine weitestgehende Beseitigung der Einkommensarmut und auch eine abgestufte Unterstützung der unteren Einkommensschichten erreicht, aber der Mitteleinsatz wäre hoch. Demgegenüber würde die bedarfsorientierte Mindestsicherung zwar nur einen kleinen Schritt in Richtung auf eine Beseitigung der Einkommensarmut tun, aber sie wäre eine „inkrementale Reform“ mit wesentlich geringeren Risiken und weit geringerem Mitteleinsatz, die je nach den späteren Gegebenheiten ergänzt werden könnte.“ (vgl. R. Hauser, Ziele und Möglichkeiten einer Sozialen Grundsicherung, a.a.O., S. 143)

Die bedarfsorientierte, integrierte Grundsicherung bildet ein gemeinsames Sicherungssystem für alle Bewohner/innen auf der Basis des Versicherungsprinzips und staatlicher Ausfallbürgschaften für zahlungsunfähige Mitglieder. Bedarfsorientiert heißt in diesem Zusammenhang für Gerhard Bäcker „zweierlei: Das (am Bedarf des Haushalts bemessene und möglichst pauschaliert gezahlte) Leistungsniveau soll die materielle und soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Entwicklungsstand gewährleisten. Angerechnet werden eigenes Einkommen und Vermögen. Im Unterschied zur Sozialhilfe sollen zur Unterhaltungspflicht allerdings nur noch die Ehepartner untereinander herangezogen werden, auf die Unterhaltsverpflichtung zwischen Eltern und Kindern wird verzichtet.“ (G. Bäcker, Die Zukunft der Alterssicherung, Wahlkampf und das richtige Renten-Konzept, in: Soziale Sicherheit 6/1998, S. 211)

Statt eines Ab- oder Rückbaus des Wohlfahrtsstaates wäre der Um- und Ausbau des bestehenden Systems zu einer Sozialversicherung aller Bürger/innen nötig. „Modelle der StaatsbürgerInnen-, Erwerbstätigen- oder EinwohnerInnenversicherung können einen neuen grundlegenden Expansions- und Inklusionsschritt ohne institutionellen Bruch einleiten. Mit diesem Instrumentarium böte die Sozialversicherung zum ersten Mal in ihrer bundes-deutschen Geschichte soziale Teilhabe für die gesamte Bevölkerung. Die Sozialversicherung vermag sich immanent zu universalisieren und zu öffnen für ein Konzept sozialer Bürgerschaft.“ (F. Nullmeier/F.W. Rüb, Erschöpfung des Sozialversicherungsprinzips? Gesetzliche Rentenversicherung und sozialstaatlicher Republikanismus, in: B. Riedmüller/T. Olk (Hrsg.), Grenzen des Sozialversicherungsstaates, a.a.O., S. 63)

Die im System der sozialen Sicherung auftretenden Lücken könnten durch seine Universalisierung geschlossen werden. Eine allgemeine Versicherungs- und Mindestbeitragspflicht für alle erwachsenen Wohnbürger/innen würde die Sozialversicherung auf eine breitere Grundlage stellen, wobei der Staat die Aufgabe hätte, Beiträge im Falle fehlender oder eingeschränkter Zahlungsfähigkeit bedarfsbezogen zu „subventionieren“, mithin aus dem allgemeinen Steueraufkommen zuzuschießen. (vgl. H.-J. Krupp, Ein Vorschlag zur voll eigenständigen Sicherung der Frau, in: ders. U.a. (Hrsg.), Alternativen der Rentenreform '84, Frankfurt am Main/New York 1981, S. 17ff...)

Abschlussbemerkung: In der Agenda 2010 heißt es: „Die Alterung wird also nicht erst in 50 Jahren zu Problemen führen, sondern bereits in den nächsten beiden Jahrzehnten eine große Herausforderung für Wirtschaft, Gesellschaft sowie vor allem für die sozialen Sicherungssysteme darstellen. Diese Entwicklung ist vorgegeben und unausweichlich.“ Mit dieser demografischen Prognose wird eine Politik des forcierten Sozialumbaus begründet und als alternativlos dargestellt. Sieht man einmal davon ab, dass die Gültigkeitsdauer der letzten neun Bevölkerungsprognosen des Statistischen Bundesamtes im Schnitt vier Jahre nicht überschritten haben und die Bevölkerungspolitik durch verschiedene Variablen, wie die soziale Infrastrukturpolitik oder die Migrationspolitik beeinflusst wird, so taucht eine Zahl in den Prognosen nie auf: die absehbare, steigende Arbeitsproduktivität. Würde sie in die Bevölkerungsprognose einbezogen, kommt man zu anderen Ergebnissen. Sowohl die Rürup- als auch die Herzogkommission z.B. gehen davon aus, dass die Arbeitsproduktivität bis 2050 zwischen 84% und 140% steigen wird. Würde eine Verdoppelung der Arbeitsproduktivität in die Bevölkerungsprognose einbezogen, dann könnten von der steigenden Wertschöpfung nicht nur mehr alte und junge Menschen finanziert werden, auch für die produktiv Beschäftigten gäbe es mehr zu verteilen. Ein rationales Sozialstaatsmodell – so lässt sich resümieren – steht nicht zur Verfügung. Sozialpolitik ist immer interessenbezogen. Gerade hierfür liefern Nachhaltigkeitsgesichtspunkte Entscheidungskriterien.

Thesen 2

1. Der Wohlfahrtsstaat ist seit einigen Jahren nicht nur Objekt der Kritik, sondern auch schon längst Objekt praktischer Veränderungen geworden, d.h. weltweit wird der Wohlfahrtsstaat alter Prägung verändert, was man - je nach Intention des jeweiligen nationalen Programms – als Umbau oder als Abbau bezeichnet. Fasst man die Entwicklungen in

den europäischen Wohlfahrtsstaaten ins Auge, dann lassen sich seit einigen Jahren Konturen eines neuen Leitbilds für die „Modernisierung“ des alten Wohlfahrtsstaates erkennen. Konsequente neoliberale Politik geht gewöhnlich in Richtung „schlanker Staat“ und will nur noch einen „residualen Wohlfahrtsstaat“ für die wirklich Bedürftigen. Eine solche Modernisierungsstrategie ist in Europa weniger konsensfähig als im anglo-amerikanischen Bereich. In Europa hat sich unter sozialdemokratischer Führung eine „Politik des Dritten Weges“ (Giddens 1997, 1999, SPD 2001) zur Reform des Wohlfahrtsstaates entwickelt. Der „Dritte Weg“ verfolgt ähnlich wie der „schlanke Staat“ den Abbau und Umbau des Wohlfahrtsstaates; in Staat und Gesellschaft sollen auf den verschiedensten Ebenen Markt- und Wettbewerbselemente eingebaut werden, um deren Effizienz angesichts der Globalisierung zu steigern; der Um- und Rückbau des Sozialstaats findet aber unter der Losung statt, dass in Zeiten der Globalisierung bzw. Europäisierung der Sozialstaat auch weiterhin zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gebraucht wird; aus Wettbewerbsgründen mit anderen Wirtschaftsstandorten dieser Welt müssten aber Leistungstiefe und Finanzierung neu organisiert werden. Durch angebotsorientierte Politik soll die Wirtschaft für den globalisierten Wettbewerb gestärkt werden; durch präventive wie durch kompensatorische Sozial-, Familien- wie Bildungspolitik soll auf der anderen Seite der Bürger dazu befähigt werden, (wieder) aktiv am Marktgeschehen teilzunehmen. Der Staat investiert – so sein heutiges Selbstbild - in die „employability“ (Beschäftigungsfähigkeit) seiner Bürger und Sozialtransfers sollen deshalb investiven Charakter haben und weniger konsumtiven Zwecken dienen (vgl. Priddat 2000a, 2000b, Streeck 1998). Andererseits will der neue Sozialstaat auch diejenigen aktivieren, die nicht (mehr) am Wirtschaftsleben teilnehmen und sie wieder dem Arbeitsmarkt zuführen; Zielgruppen der Aktivierungspolitik sind vor allem Arbeitslose und Sozialhilfebezieher (vgl. Leisering/Hilkert 2000, Lødemel/Trickey 2001, Hilkert/Leisering 2001). - Alle Modernisierungsstrategien des Dritten Weges verfolgen mehr oder weniger das hier skizzierte Grundanliegen.

2. Seit der Lissabon-Erklärung der EU vom März 2000 hat der Europäische Rat diese Art von Modernisierung der Sozialsysteme zum europäischen Projekt erklärt und die Weiterentwicklung zum „aktiven und dynamischen Wohlfahrtsstaat“ gefordert. Der Umbau der Sozialsysteme soll dem Ziel dienen, das Heraufziehen der Wissensgesellschaft zu befördern und die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken. In den wissenschaftlichen Diskursen zu dieser Erklärung wurde vielfach auf das skandinavische aktivierende Wohlfahrtsstaatsmodell verwiesen, das sich genau durch diese präventive und sozialinvestive Komponente kennzeichnen soll (Esping-Andersen u.a 2003). Aktivierungspolitik diene der Vermeidung von Exklusion und sei die bessere Alternative zu der bislang dominierenden passiven Einkommenspolitik, die stark exkludierende Wirkung hätte; da Aktivierungspolitik wegen ihres komplexen Dienstleistungscharakters aber auch kostspielig sei, sei sie nur die zweitbeste Lösung im Vergleich zur Prävention. Sozialpolitik müsse - so die Forderung - stärker als Investitionspolitik betrieben werden. Der „statuskonservie-

rende Sozialstaat“ müsse durch den „sozialinvestiven Sozialstaat“ abgelöst werden, heißt es dazu bei uns. Investiert werden soll vor allem in Erziehung, Bildung und die Familie. - Die Forderung nach Umsteuerung der Sozialpolitik in Richtung sozialer Investitionspolitik, was in Fachkreisen schon seit der 2. Hälfte der 1990er Jahre diskutiert wird, ist bei uns mittlerweile angekommen und bestimmt den sozialpolitischen Mainstream. Adressaten der investiven Sozialpolitik sind – so wie es gegenwärtig angedacht wird – Normalbürger und Durchschnittsfamilien, deren Qualifikationsniveau verbessert und deren Erziehungsarbeit unterstützt werden sollen. Investive Sozialpolitik will also neben dem Qualifikationsniveau vor allem die sozialen und kommunikativen Kompetenzen wie die Mobilitäts- und Arbeitsmarktchancen fördern und sich präventiv um Gruppen kümmern, die zu Sozialleistungsempfängern werden könnten oder sonst wie vermehrt sozialstaatliche Leistungen in Anspruch nehmen könnten. Aktivierungspolitik und investive Sozialpolitik sind Strategien zur Herstellung bzw. Wiederherstellung individueller Wettbewerbsfähigkeit und deshalb spricht man auch verschiedentlich offen davon, dass das alte Sozialstaatspostulat von der „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu ersetzen sei durch das neue Sozialstaatspostulat: „Hilfe im Wettbewerb“; denn die neuen sich ausbildenden Wohlfahrtsfahrregime stünden „unter Wettbewerbsdruck“ und müssten „der Disziplin des Marktes“ unterstellt werden (Streeck 1998, S. 45). Diese Neujustierung des Wohlfahrtsstaates ist mit verschiedenen Labels bedacht worden: die einen sprechen vom „Schumpeterschen Workfare-Staat“ (Jessop 2002. 1994), andere vom „produktivistischen Umbau des Sozialstaates“ (Nullmeier 2003), einer „Sozialpolitik für den Markt“ (Homann/Pries 1996) oder vom „angebotsorientierten Sozialstaat“ (Dahme/Wohlfahrt 2003). Klar ist, die Sozialpolitik soll stärker an die Wirtschaftspolitik heranrücken, um „Weltmarkttauglichkeit“, den globalen Standortwettbewerb zu fördern; sozialstaatliche Sicherungssysteme müssten so umgebaut werden, dass sie „nicht die wirtschaftliche Innovation und Prosperität hemmen“ (Merkel 2003), heißt es. Beide Strategien sind demnach darauf ausgerichtet, die Erwerbsfähigkeit des Bürgers sowie dessen Produktivität zu erhöhen. Hinter dem verbreiteten und viel benutzten Slogan von der Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates verbirgt sich folglich ein ganz neues Sozialmodell, nämlich die Sicherung und Steigerung der kollektiven wie der individuellen Wettbewerbsfähigkeit durch die industrie- und wirtschaftspolitische Indienstnahme und Neujustierung der Sozialpolitik. Der investive Sozialstaat bleibt ein aktivierender Staat, weil investive Politik auch nur aktivierend betrieben werden kann: aktiviert werden „Innovations- und Beschäftigungspotentiale“, der Niedriglohnsektor als Arbeitsmarkt für weniger qualifizierte Dienstleistungsarbeit und die sog. Eigenverantwortung des Bürgers (vgl. Heinz 2002, S. 176ff). Die Aktivierungspolitik dehnt sich über den ursprünglich engen Bereich der Sozialhilfepolitik aus und wird zum bestimmenden Merkmal der Sozialpolitik.

3. Der gegenwärtige Umbau des Sozialstaats erfolgt unter der Überschrift „vom marktkorrigierenden zum aktivierenden Staat“ (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2002; Trube/Wohlfahrt 2003). Es wird damit ausgedrückt, dass sich nicht nur die Finanzierung des Sozialstaats und sein Leistungsangebot verändern, sondern auch die Methoden, nach denen sozialstaatliche Leistungen verteilt werden. Die Vertreter der neosozialen Politik eint parteiübergreifend die Überzeugung, dass in der Vergangenheit die Rechte des Einzelnen überbetont wurden und seine Pflichten vernachlässigt wurden. Die Konstruktion der neuen Politik soll nun darin bestehen, das Sozialstaatsklientel durch aktivierende Maßnahmen in Bewegung zu setzen und aus der staatlich verursachten Passivität herauszuholen. Zukünftig sollen Marktdruck und Risiken den Einzelnen wieder unter Druck setzen und diese „Aktivierung“ soll durch materielle Hilfen ergänzt werden, die deutlich niedriger ausfallen als die vorherigen Leistungen. Diese Entwicklung geht gesamteuropäisch einher mit einer konsequenten Neudefinition dessen, was Sozialstaatlichkeit für die Zukunft bedeutet: nicht die sozialpolitische Verantwortung für das Wohlergehen des Einzelnen, sondern die Verantwortung des Einzelnen für das sog. „Gemeinwohl“ (worunter letztlich wohl nichts anderes als die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu verstehen ist) stehen im Vordergrund und dies schlägt sich nieder in einer Konjunktur der Rhetorik von staatsbürgerlichen Pflichten oder – vornehmer ausgedrückt: zivilgesellschaftlicher Verantwortung - die mit einer neuen Art der Verachtung und Diffamierung kollektiver Rechte einhergehen. Zentraler Bestandteil der veränderten Sozialpolitik ist die Umsetzung einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, die sich darauf konzentriert, Maßnahmen zu entwickeln, die die sog. Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen her- bzw. wieder herzustellen und dies notfalls auch mit Druck und Zwang zu erwirken. Die Unterordnung aller Instrumente der Sozialpolitik unter arbeitsmarktpolitische Zwecksetzungen bei gleichzeitiger Rückführung der Aufwendungen der Sozialstaatskassen ist die europaweit festzustellende Konsequenz dieses Politikansatzes und ein international zu beobachtendes Phänomen sozialstaatlicher Transformationsprozesse. Betrachtet man diese Entwicklung etwas analytischer, dann scheint es so, als hätte sich die schon seit längerem von konservativer Seite entwickelte Kritik am sog. generösen Wohlfahrtsstaat allmählich durchgesetzt, die da lautet: der generöse Wohlfahrtsstaat vergibt Leistungen ohne Gegenleistungen einzufordern und untergräbt dadurch das Fundament der Zivilgesellschaft, die Eigenverantwortung und das bürgerschaftliche Engagement. Die mangelnde Beschäftigungsfähigkeit bestimmter Gruppen wird deshalb auch vorrangig als durch den Wohlfahrtsstaat und seine Institutionen selbst verursacht betrachtet und weniger als Folge des strukturellen Wandels der Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten. Fehlende Arbeitsplätze für gering qualifizierte sollen durch den Ausbau des Niedriglohnsektors entstehen. Der Ausbau des bei uns unterentwickelten sozialen Dienstleistungssektor (insbesondere der Gesundheitswirtschaft) gilt als weitere hoffnungsvolle Strategie. Kernstück der aktuellen Sozialpolitik ist der Umbau der sozialstaatlichen Institutionen, wobei auffällt, dass das Beschäftigungsproblem vor allem durch institutionelle Umbauarbeiten in der ehemaligen Arbeits-

verwaltung wie durch die Aktivierung der Leistungsempfänger mittels „Anreize und Sanktionen“ gelöst werden soll. Die wichtigste Baustelle des Sozialstaates ist deshalb gegenwärtig der Umbau des Transfersystems (sowohl in der Arbeitsmarkt- wie in der Sozialpolitik), das primär auf die Bereitstellung finanzieller Ressourcen ausgerichtet war, zu einem neuen System komplexer sozialer Dienstleistungen (so die Sprache des Sozialgesetzgebers). Auf dieser Ebene will man die zwei bisher getrennt operierenden sozialstaatlichen Säulen stärker verzahnen, nämlich das System der finanziellen Transferleistungen und das zumeist auf kommunaler Ebene angesiedelte System sozialer Dienstleistungen. Beide Hilfesysteme sollen künftig stärker als bisher koordiniert werden und ineinander greifen.

4. Nach der Einführung des Euro auf der Grundlage des im Wesentlichen von der Bundesrepublik durchgesetzten Stabilitätspaktes, dessen Grundidee darin besteht, dass durch eine restriktive Geldpolitik die Härte der europäischen Währung als internationale Anlagensphäre gewährleistet werden kann, schlägt sich die bleibende und wachsende Arbeitslosigkeit zusammen mit ausbleibendem Wirtschaftswachstum als geradezu prekäre Haushaltslage nieder. Die sich abzeichnende neue Sozialpolitik geht demgemäß von dem dogmatischen Grundsatz aus, dass Wirtschaftswachstum, Erwerbslosigkeit und Lohnersatzleistungen einen Bedingungszusammenhang im Sinne folgender Logik darstellen: Erhöhte Beschäftigung fördert Wirtschaftswachstum und spart zugleich staatliche und parafiskalische Aufwendungen für den Lebensunterhalt; staatliche und parafiskalische Aufwendungen ihrerseits behindern erhöhte Beschäftigung wegen ihrer (Rück-)wirkungen auf die Arbeitslosen. Die Senkung der Arbeitskosten wird damit – unter Verweis auf die darin enthaltene Staatsquote – zu einem Programm, dass für Erwerbstätige und Erwerbslose gleichermaßen gilt. Was damit im Ergebnis tatsächlich bewirkt werden kann, lässt sich schlicht nicht vorherbestimmen, denn die BRD ist es nicht alleine, die sich im internationalen Standortwettbewerb auf diese Art und Weise Vorteile verschaffen will. Es ist noch nicht einmal sicher, ob die Senkung der Sozialstaatskosten überhaupt in der Summe zu Einsparungen in den Sozialhaushalten führen wird, da durch die Kürzung der staatlichen Transfers auch die Binnennachfrage eingeschränkt wird, was wiederum erhöhte Erwerbslosigkeit nach sich ziehen kann. Eines aber scheint sicher: Tritt der erhoffte Effekt des Wirtschaftswachstums nicht ein, so werden die ungenügenden Reformen der jetzigen Gesetzgebungsrunde dafür verantwortlich gemacht werden und die nächste Runde der Entlastung von Lohn- und Lohnnebenkosten wird eingeleitet. Mit dieser Politik verabschieden sich die westlichen Staaten von der alten Gleichung, dass Verteilungsspielräume durch Produktivitätssteigerungen geschaffen werden und für Wachstum und Lohnhöhe sorgt. Das alte sozialstaatliche Prinzip, dass der Staat die Marktkräfte beschränkt, weil „die Wirtschaft“ die Menschen nicht versorgt, sondern zu deren Schaden benutzt wird nun umgekehrt: der Staat sieht sich selber in der Verantwor-

tung dafür, dass er mit seinen sozialstaatlichen Leistungen Arbeit unbezahlbar gemacht hat, eine zu gute Versorgung in die Welt gesetzt hat, die beschäftigungshemmende Auswirkungen hat. Eine moderne Sozialpolitik hat daher niedrigere Löhne, längere Arbeitszeiten, unsichere Beschäftigungsbedingungen und prekärere Lebensverhältnisse durchzusetzen, um dem Kapital wieder zu mehr Wachstum zu verhelfen. Die Verschlechterung der Lebensverhältnisse gilt gegenwärtig als das Allheilmittel einer wachstumsfördernden Politik. Wir alle „haben über unsere Verhältnisse gelebt“.

5. Eine weitere schwerwiegende Konsequenz des gegenwärtigen Sozialstaatsumbaus gilt es zu beachten. Bei einer Sozialpolitik im Interesse der Wirtschaftspolitik bietet sich die Einteilung der Gesellschaft in produktive und unproduktive Gruppen als Entscheidungshilfe für die sozialstaatlichen Investitionen geradezu an. Gefördert würden bzw. investiert würde dann vorrangig in produktive und potentiell (zukünftig) produktive Gruppen. Für diese Gruppen werden Investitionen getätigt, während für aus dem Wirtschaftsleben Ausscheidende nur die Existenzsicherung oder Grundversorgung bleibt. Die Denkfigur aus der amerikanischen Armutsdebatte, wo würdige von unwürdigen Armen getrennt werden, steht hier Pate. Eine in diesem Sinne konsequent durchgeführte soziale Investitionspolitik muss den integrativen Anspruch des alten Sozialstaats, der in den wesentlichen Sozialstaatspostulaten festgeschrieben ist, aufgeben und wäre das Einfalltor für eine selektive Sozialpolitik, der nicht mehr alle gesellschaftlichen Gruppen gleich viel wert sind. Gegenwärtig ist Sozialpolitik Teil einer Angebotspolitik, da sie weder durch Belastungen der Wirtschaft noch durch Steuererhöhung finanziert werden soll (beides ist in den Augen der Angebotsschule Gift für die Wirtschaft), sondern durch Umverteilung zwischen den gesellschaftlichen Gruppen (z.B. zwischen Kinderlosen oder Alten und den gesellschaftlichen Hoffnungsträgern, den Familien). Die Finanzierung neuer sozialpolitischer Bedarfe erfolgt nicht länger durch Umverteilung zwischen Arbeit und Kapital, sondern durch Umverteilung zwischen gesellschaftlichen Gruppen auf der Grundlage von vorher festgestellten Gerechtigkeitsdefiziten. Bislang funktionierte intra-gesellschaftliche Umverteilung so, dass Steuern erhöht oder Sozialleistungen gekürzt wurden (das passiert auch weiterhin). Um die geplanten und notwendigen Umverteilungen (wenn man angebotspolitisch denkt) möglichst reibungslos zu organisieren, bedarf es allgemein anerkannter und geteilter Kriterien, nach denen entschieden werden kann, wer im intra-gesellschaftlichen Umverteilungsprozess Geber und wer Nehmer werden soll. Die Umverteilung zu Lasten der Sozialleistungsempfänger bedurfte solcher hochtrabenden und grundsätzlichen Begründungen nicht; die Umverteilung zu Lasten von Sozialleistungsempfängern war für das Alltagsbewusstsein eine aus sich heraus verständliche Maßnahme und ließ sich im Zweifelsfall auch noch mit einfachen ordnungspolitischen oder ökonomischen Begründungsmustern legitimierten, so z.B.: Faulheit dürfe nicht belohnt werden, die Sozialtransfers seien zu hoch und schüfen keinen Anreiz zur Arbeitsauf-

nahme u.ä. Im aktivierenden und sozialinvestiven Sozialstaat wird die Umverteilung zu Lasten der wenig Leistungsfähigen explizites Programm und dies lässt sich nicht nur an dem nun auch in der Bildungspolitik wieder aufkommenden Gedanken von „Elite und Exzellenz“ studieren.

6. Das Aktivierungsparadigma – ob nun als Folge der Regulationslogik „Selbststeuerung“ oder „Sozialinvestition“ – generiert eine Reihe von Gerechtigkeitsfragen, vor allem dann, wenn ausgleichende Gerechtigkeit überhaupt keine Rolle oder nur eine nachgelagerte Rolle spielen soll. Auch wenn im philosophischen wie im sozialpolitischen Diskurs immer wieder versucht wird die Verteilungsgerechtigkeit als notwendige, wenn auch nicht alleinige Gerechtigkeitsdimension hoch zu halten und zu verteidigen, so heißt das nicht, dass diese Botschaft auch die Politik erreicht. Der gegenwärtige sozialpolitische Gerechtigkeitsdiskurs scheint eher der Ansicht zu zuneigen, dass „Diversität“ akzeptabel und gerechtigkeitstheoretisch sogar legitimierbar sei, wenn nur alle beim Start die gleichen Chancen haben (Priddat 2000). Aktivierungspolitisch gewendete Gerechtigkeitstheorien (vgl. Maaser 2003) geht es vor allem darum, Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und Effizienz zuerst zu freiheitsfördernden und dann zu wohlfahrtssteigernden Grundwerten zu adeln wie der Durchsetzung der „ökonomischen Logik“ (Merkel 2003) – auch über die Marktwirtschaft hinaus - zu dienen. Umverteilungspolitische Zielsetzungen werden nicht negiert oder wegdeduziert, aber doch als nachgeordnete Zielstellung betrachtet, als Ziel, das in der Wertehierarchie weiter hin anstehen muss. Verwunderlich ist an dieser Gerechtigkeitsdebatte, dass besonders viele Sozialwissenschaftler in vorderster Front mitdenken, und sich dabei die ökonomische Lehrformel zu eigen machen, dass Wohlstand, wenn er denn wieder in ausreichendem Maße produziert würde, von allein – wie von unsichtbarer Hand - bis nach unten, also zu den unteren Schichten, durchsickern würde, dass der Kuchen dann auch wieder verteilt würde. Dass die Verteilung von Wohlstand von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen abhängig ist, wird gegenwärtig weder politisch noch im Mainstream des sozialpolitischen Diskurses verhandelt. Wenn Gerechtigkeit nur noch als „politisches Gut“ verstanden wird und nur noch situationsabhängig durch die „Gemeinschaft“ definiert werden soll, dann wird soziale Gerechtigkeit nicht nur abhängig von wechselnden politischen Mehrheiten, sondern auch von der Haushaltslage der öffentlichen Hand einerseits wie von der Spendenbereitschaft (Mildtätigkeit) der Bürger andererseits. Die Protagonisten dieser Gerechtigkeitskonzeption sehen die Probleme und schlagen vor, Fairness statt Gerechtigkeit zum regulativen Prinzip des Risikoausgleichs in der Markt- und Wettbewerbsgesellschaft zu erheben, weil das einerseits ehrlicher sei und dadurch andererseits die im Gerechtigkeitsbegriff immer noch mitschwingende Staatskonnotation eliminiert würde. Die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Umstellung auf situative Fairness ist jedoch nicht unproblematisch, das räumen die reflektierten Vertreter des Aktivierungsparadigmas durchaus ein, denn ob Fairness – wir-

kungsorientiert betrachtet - bessere Ergebnis zeitigt als Gerechtigkeit, ist nicht ausgemacht. „Es wird einen Staat geben müssen, der fair zu denen ist, zu denen die Bürger nicht fair sind“, heißt es. Allerdings bleibt die Hoffnung bei den Vertretern des Aktivierungsparadigmas, dass durch ein konsequent verwirklichtes Aktivierungsparadigma die Gruppe der Bedürftigen kleiner wird „als bisher und die Budgets weniger belastet“ (Pridat 2003, S. 394). Die deutsche Variante des Gerechtigkeitsdiskurses ist wenig differenziert, dafür aber polarisierend; auch neigt sie dazu, Fragen des Kostenmanagements in den Mittelpunkt zu rücken, wahrscheinlich um die „steuerzahlenden Wählerschichten“ zu hofieren (Walther 2003, S. 299). Das führt dann dazu, dass das Gerechtigkeitsproblem politisch verkürzt und populistisch gelöst wird, so z.B. durch den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Peer Steinbrück: „Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für diejenigen zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um sie – muss sich Politik kümmern“ (Die Zeit, Nr. 47, 2003, S. 18). - Was geschieht jedoch mit den anderen? Kümmern sich um die dann weder die Bundes- noch die Landespolitik, sondern im Sinne des bundesrepublikanischen Föderalismus allein die kommunalen Gebietskörperschaften oder gar die neu erweckte Mildtätigkeit der Bürgergesellschaft? Die mittlerweile auch im konservativen Lager vertretene Formel: „Care statt Cash“ (Dettling) bekäme auf einmal eine völlig neue sozialpolitische Wendung, wenn der zum Gewährleistungsstaat gewandelte Wohlfahrtsstaat den Anspruch auf staatliche Hilfe der Bürgergesellschaft überträgt, und damit der Kommune (oder den Sozialräumen) als wesentlichen Teil von ihr.

Anhang 4.5 Thesenpapier Karl-Werner Brand

Zusammenhang zwischen Wohlfahrt und Nachhaltigkeit auf der Ebene der Lebensführung: Soziologische Vorüberlegungen zu einem bislang wenig explorierten Feld

Wie die Konzepte von Nachhaltigkeit und Wohlfahrt auf der Ebene des Alltagshandelns, der alltäglichen Lebensführung miteinander verknüpft werden oder verknüpft werden könnten, wie beide gar voneinander abhängen oder aufeinander einwirken, ist bislang ein weit gehend unbeschriebenes Blatt. Im Folgenden möchte ich mich darauf beschränken, einige – hoffentlich relevante – Untersuchungsdimensionen zu identifizieren und einige generelle Strukturen des Alltagsdenkens und der alltäglichen Lebensführung zu beleuchten, die auch für die hier zur Debatte stehenden Zusammenhänge von Bedeutung sind. Ich bewege mich somit auf der Ebene der Präliminarien.

1. Zusammenhang von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit auf der Alltagsebene: ein hochgradig diffuses Feld

Lassen Sie mich mit einigen Alltagsassoziationen zum Zusammenhang von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit beginnen. Der Begriff „Wohlfahrt“ wird, als aggregierte Formel für das, was man an sozialer Sicherheit, an Lebensstandard oder an Lebensqualität erwartet, auf der Ebene der Alltagskommunikation kaum verwendet. Stattdessen wird mit „Wohlfahrt“ üblicherweise – in Anlehnung an den historisch geprägten Begriff des „Wohlfahrtsstaats“ – ein *bestimmter Aspekt davon*, nämlich die soziale bzw. sozialstaatliche Absicherung gegen diverse, mit Krankheit, Armut oder Arbeitslosigkeit verbundene Lebensrisiken, assoziiert. Im Alltagskontext gebräuchlicher ist der Begriff „Wohlstand“, der allerdings primär mit materiellem Reichtum assoziiert wird. „Lebensqualität“ ist demgegenüber ein integrativer, auch alltagssprachlich verwendeter Begriff, der die verschiedenen Facetten dessen umfasst, was man unter einem „guten Leben“ versteht.

Von diesem alltagssprachlichen Assoziationskontext unterscheiden sich die diversen sozialwissenschaftlichen Bemühungen, für Zwecke der Sozialberichtserstattung Wohlfahrts- oder Lebensqualitätsindikatoren zu entwickeln. In diese Sets gehen dann (wie bspw. beim Human Development Index) Indikatoren zu den Dimensionen Lebenserwartung, Bildung, Zugang zu materiellen Ressourcen o.ä. ein. Neuerdings gibt es eine Reihe von Bemühungen, Wohlfahrts-, Lebensqualitäts- und Nachhaltigkeitsindikatoren zu verknüpfen. Auf all diese Ansätze möchte ich hier nicht näher eingehen. „Nachhaltigkeit“ oder „nachhaltige Entwicklung“ erschließt noch sehr viel weniger als „Wohlfahrt“ einen bestimmten Bedeutungshorizont auf der alltagssprachlichen Ebene. Beide Konzepte erhalten ihre spezifische Bedeutung nur im Kontext von Expertendiskursen und Expertenpraktiken. Das wirft Probleme für die Bearbeitung der Fragestellung auf: wird im Titel unseres Themenblocks doch unterstellt, als würde auf der Ebene der alltäglichen Lebensführung bereits ein bestimmter Zusammenhang zwischen „Wohlfahrt“ und „Nachhaltigkeit“

hergestellt. Das geschieht bisher kaum auf der Ebene von Expertendiskursen, geschweige denn auf der Ebene des Alltagsdenkens und Alltagshandelns! Was hier verknüpft werden soll und wie diese Verknüpfung beschaffen ist, bleibt somit hochgradig diffus. Das Themenfeld kann deshalb m.E. auch nicht vorschnell auf das „Spannungsfeld von freiwilliger (mit Nachhaltigkeitsargumenten begründeter) und (durch den Umbau der Sozialsysteme) erzwungener Selbstbegrenzung“ (Konzeptpapier, S. 3) verengt werden. Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtsdiskurs – bzw. ihre alltagssprachlichen Äquivalente – können sich in sehr unterschiedlicher Weise miteinander verbinden. Gerechtigkeits- und Fairnessaspekte spielen dabei sicher eine entscheidende Rolle. „Selbstbegrenzung“ muss aber keineswegs der gemeinsame Fluchtpunkt sein. Das ist nicht nur eine von der Sache her zu klärende Frage. *Es wäre vielmehr auch eine zentrale empirische – zunächst qualitativ-explorative – Aufgabe, die unterschiedlichen gruppen- und milieuspezifischen Deutungskontexte solcher möglichen Verknüpfungen zu erschließen.*

2. Umbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme und ökologisch orientiertes Verhalten

Konkreter wird es, wenn nach dem Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung des Umbaus sozialstaatlicher Sicherheitssysteme einerseits und der Bereitschaft zu ökologisch orientiertem Verhalten andererseits gefragt wird. Zwar ist im internationalen Vergleich der Zusammenhang zwischen Wohlstands- bzw. Wohlfahrtsniveau und Umweltbewusstsein keineswegs eindeutig (vgl. Brechin 1999, Dunlap et al. 1993, Franzen 2003). Gerade im Nahbereich zeigt sich in ärmeren Ländern ein hohes Bewusstsein über bestehende Umweltprobleme. Diese werden eng mit der individuellen Lebensqualität verknüpft und ihre Behebung erscheint entsprechend dringlich. Die für Deutschland scheinbar plausible Gleichung „hohes Wohlfahrtsniveau = hohes Niveau des Umweltbewusstsein und hohe Bereitschaft zu umweltfreundlichem Handeln“ (80er Jahre), und umgekehrt, „sinkendes Wohlfahrtsniveau = sinkendes Umweltbewusstsein und sinkende Bereitschaft zu umweltfreundlichem Handeln“ (90er Jahre ff) ist deshalb generell sicher unzutreffend. Dennoch mag es – zumindest für Deutschland – eine plausible Ausgangshypothese sein, dass mit dem wahrgenommenen Verlust an ökonomischer und sozialer Sicherheit Umweltprobleme an Dringlichkeit verlieren, insbesondere dann, wenn sie als „Fernprobleme“ wahrgenommen werden.

Aber das ist erstens *ein von öffentlichen Diskursen und massenmedialer (Risiko)Kommunikation abhängiger Befund*, der sich bei medial entsprechend dramatisierten Skandalen oder Katastrophenfällen (wie z.B. bei der BSE-Krise) leicht wieder ins Gegenteil verkehren kann. Zweitens sagt diese generelle, auf hoch aggregierte Daten (z.B. der regelmäßigen Umfragen zum Umweltbewusstsein) gestützte These noch *sehr wenig darüber aus, wie beide Problembereiche im Alltagsbewusstsein und Alltagshandeln unterschiedlicher Gruppen oder Milieus gedeutet, verarbeitet und miteinander verknüpft werden*. Auch für diese – im Vergleich zu Punkt 1 – schon wesentlich konkretere Fragestellung liegen m.W. (für Deutschland) so gut wie keine empirischen

Studien vor. Beide Punkte möchte ich mit Blick auf unsere Fragestellung im folgenden etwas genauer beleuchten.

3. Kommunikation, Diskurse und gesellschaftliche Praktiken

„Gesellschaft ist nicht ohne Kommunikation zu denken, aber auch Kommunikation nicht ohne Gesellschaft“ (Luhmann 1997: 13). Für Luhmann ist Kommunikation die Basisoperation, die Gesellschaften produziert und reproduziert. Über diese Prämisse besteht in der Soziologie ein relativ breiter Konsens (wenn auch nicht über die spezielle, am Autopoiesis-Modell orientierte Luhmannsche Fassung systemspezifischer Kommunikation). Auch Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtsprobleme existieren danach nur insoweit als *gesellschaftliches* Problem, als darüber kommuniziert wird. Für den gesellschaftlichen Umgang mit diesen Problemen ist aber nicht nur entscheidend, *dass* sondern vor allem auch *wie* darüber kommuniziert wird. Das wirft die Frage nach dem Zusammenhang von Kommunikation, öffentlichen Diskursen und institutionellen Praktiken auf. Dieser Zusammenhang lässt sich mithilfe verschiedener soziologischer Zugänge entschlüsseln.

Einer der bekanntesten ist Giddens' „*Theorie der Strukturierung*“ (1988), die die Kluft zwischen der Handlungs- und der Strukturebene durch eine Perspektive zu überwinden versucht, die die wechselseitige Reproduktion von Handlung und Struktur in den Vordergrund rückt. Was Giddens die „Dualität der Struktur“ nennt, bezieht sich auf die Tatsache, dass institutionelle Strukturen „Handeln nicht nur einschränken, sondern auch ermöglichen“ (Giddens 1988: 78). Versteht man unter Institutionen – in einem weiten soziologischen Sinn – Regulierungen des gesellschaftlichen Lebens, die sinn- und identitätsstiftende Wirklichkeitsdeutungen liefern, „angemessene“ Problemlösungsstrategien definieren, die Verteilung von Macht und Ressourcen regeln, Verhaltensmuster normieren und Abweichungen sanktionieren, so begrenzen sie ohne Zweifel den Spielraum gesellschaftlich möglicher Handlungsweisen. Sie schaffen gleichzeitig aber überhaupt erst die Voraussetzung eines geregelten Zusammenlebens; sie bieten Orientierung in einem überkomplexen gesellschaftlichen Umfeld und verleihen dem Handeln Sicherheit und Kontinuität. Institutionen können das soziale Leben allerdings nur insoweit strukturieren, als sie durch das alltagspraktische Handeln sozialer Akteure reproduziert und so in ihrer Geltung immer wieder auf neue bestätigt werden.

Wird dieser wechselseitige Konstitutionsprozess von Handlung und Struktur, von Alltagspraktiken und systemischen Prozessen, mit der Einsicht verknüpft, dass Kommunikation das basale Medium der Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit darstellt, so lässt sich Giddens' Ansatz auch *symbolisch-interaktionistisch* interpretieren. Diese Forschungsperspektive geht davon aus, dass Menschen auf der Grundlage der jeweiligen „Bedeutungen“ handeln, die sie Personen, Situationen, Institutionen, Dingen, Techniken, der Natur usw. beimessen, wobei diese Bedeutungen in einem ständigen interpretativen Prozess dem jeweiligen Handlungsumfeld angepasst und dabei auch verändert werden (vgl. Joas 1988). Bedeutungen werden aber nicht nur inter-

personell und situativ verhandelt. Sie erlangen im Rahmen von Institutionalisierungs- und Sozialisationsprozessen auch eine normierende, „objektive“ Kraft. Sie strukturieren unser – zumeist latentes – Alltagswissen. Sie liefern die Kategorisierungen, mit denen wir uns in der Wirklichkeit orientieren und sie zu gestalten versuchen. Sie bieten aber auch die Legitimationsgrundlagen für die bestehenden Institutionen - oder für deren Kritik - und für die Sanktionierung und Disziplinierung „abweichenden“ Verhaltens (vgl. Berger/Luckmann 1970).

Symbolisch-interaktionistische Theorien der Institutionalisierung und Giddens' „Theorie der Strukturierung“ konvergieren so in wesentlichen Aspekten: Institutionell verankerte gesellschaftliche Deutungen und Praktiken bedürfen der beständigen symbolisch-kommunikativen Reproduktion, um ihre handlungsorientierende und normierende Funktion ausüben zu können. Von zentraler Bedeutung für die sinnstrukturierende Kraft von Institutionen scheint dabei die „Leitidee“ oder ein Komplex zentraler Leitideen der jeweiligen Institution zu sein (Rehberg 1994). Solche Leitideen motivieren, legitimieren, schaffen Bindungen und Verpflichtungsgefühle.

Hängt die Geltung und die Stabilität von Institutionen aber wesentlich davon ab, dass die von ihnen verkörperte und symbolisierte Idee in den Wertvorstellungen und Lebensentwürfen der Bevölkerung breite Resonanz findet, so setzt der *Wandel von Institutionen* voraus, dass überkommene Leitideen oder Leitbilder angesichts veränderter Lebenskontexte und Problemlagen an Selbstverständlichkeit, an alltagspraktischer Plausibilität und Integrationskraft verlieren. Institutioneller Wandel vollzieht sich allerdings nicht von selbst. Institutionen sind immer mit Herrschaft, mit Verfügungsmacht und Sanktionsmöglichkeiten verknüpft. Nur die aktive Infragestellung ihrer zentralen Leitideen in der öffentlichen Debatte und die erfolgreiche Mobilisierung konkurrierender Deutungsmuster, Mythen und Symbole, kann ihnen die Legitimation entziehen. Ob und inwieweit dies gelingt, ist eine Frage der Diskursmacht der Akteure und Akteursallianzen, die solche Veränderungen anstreben. Das gilt auch für neue Verknüpfungen des Wohlfahrts- und Nachhaltigkeitsdiskurses.

Empirisch legt dies eine *diskursanalytische Untersuchungsperspektive* nahe (vgl. Keller et. al. 2001; für den Nachhaltigkeitsdiskurs: Dingler 2003). Auch hier gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher theoretischer Zugänge. Für die hier diskutierten Zwecke erscheinen mir symbolisch-interaktionistische Ansätze, die die interaktive Dynamik der „sozialen Konstruktion“ neuer gesellschaftlicher Deutungsmuster in den Vordergrund rücken, brauchbarer als strukturalistische Ansätze in der Tradition Michel Foucaults. Diskurse werden aus dieser Perspektive als kontrovers strukturierte Felder symbolischer Interaktion verstanden, in denen verschiedene Akteure um die Durchsetzung ihrer Problem- und Wirklichkeitsdeutungen kämpfen. Jede der konkurrierenden „Problemrahmungen“ rückt andere Problemursachen, „Schuldige“ und Handlungsnotwendigkeiten in den Vordergrund. Das ist immer mit der Privilegierung bestimmter Interessen, Akteure und institutionellen Praktiken und der gleichzeitigen Delegitimierung anderer Interessen, Akteure und institutionellen Praktiken verbunden. Für die öffentliche Durchsetzung bestimmter Problemdeutungen spielen resonanzfähige „Rahmungen“ oder „story lines“ (Hajer 1995), d.h. einfach struk-

turierte „Erzählungen“, die in der verwirrenden Vielfalt der Argumente Ordnung schaffen, eine zentrale Rolle.

Die symbolischen Kämpfe um kulturelle Hegemonie werden in modernen Gesellschaften primär auf dem Feld des massenmedialen Diskurses ausgetragen. Wie sich am Beispiel der Ökologiedebatte gut zeigen lässt, trägt die spezifische Selektivität der medialen Berichterstattung dabei wesentlich zur Dynamik öffentlicher Konfliktdiskurse bei (vgl. Brand et al. 1997, de Haan 1995). Die über die Medien vermittelte öffentliche Debatte ist aber nicht die einzige Ebene, auf der die Kontrahenten miteinander kommunizieren und ein breiteres Publikum zu beeinflussen versuchen. Konflikte gelangen erst ab einem bestimmten Punkt in die massenmediale Öffentlichkeit (vgl. Brand 1995). Viele Konfliktdiskurse verlaufen zunächst oder überwiegend im begrenzten Rahmen einer fachspezifischen Öffentlichkeit. Das trifft in weiten Teilen auch auf die Nachhaltigkeitskommunikation und auf die Debatte zum Zusammenhang zwischen Wohlfahrts- und Nachhaltigkeitsdiskurs zu.

Welche Einsichten lassen sich aus diesen Überlegungen und Befunden für unsere Themenstellung gewinnen?

1. Eine grundlegende Einsicht ist, dass öffentliche Kommunikation für die Durchsetzung und Anerkennung neuer institutioneller Praktiken auf der öffentlichen wie auf der Alltagsebene von zentraler Bedeutung ist. Die Deutungen, die in den öffentlichen Diskursen dominant werden, entscheiden darüber, welche Praktiken als angemessen oder unangemessen erscheinen. *Empirisch bedeutet dies, den Mediendiskurs daraufhin zu untersuchen, mit welchen Rahmungen Probleme der sozialen Sicherheit & Wohlfahrt mit Umwelt- & Nachhaltigkeitsproblemen (positiv oder negativ) verknüpft bzw. als separate, unverbundene Sinnprovinzen behandelt werden.*

2. Die skizzierten Ansätze stimmen auch darin überein, dass ein institutioneller Wandel mobilisierungs- und resonanzfähiger „Problemrahmungen“ und „story lines“ bedarf, mit denen es gelingt, die Leitideen und Mythen der bislang vorherrschenden institutionellen Praktiken in Frage zu stellen. Es ist eine entscheidende Schwachstelle der Nachhaltigkeitskommunikation, dass dies bisher kaum gelungen ist (vgl. Brand 2000; Lass/Reusswig 2000). Ein zentraler Grund dafür könnte sein, dass der Nachhaltigkeitsdiskurs bisher zu wenig mit dem Wohlfahrts- bzw. Lebensqualitätsdiskurs verknüpft war, sondern bislang nur dem dominanten, neoliberal geprägten Wachstumsdiskurs gegenüberstand. Zwischen dem Nachhaltigkeits- und dem Wachstumsdiskurs gibt es nur im Bereich der „ökologischen Modernisierung“ (ökologische Effizienzsteigerung, Kreislaufwirtschaft, integrierte Produktpolitik etc.) größere Schnittmengen. Für die Ebene des Alltagshandelns (insb. beim Konsum) spielen solche Optionen zwar auch eine gewisse Rolle. Entscheidender ist aber, dass die üblichen Vorstellungen „guten Lebens“ (in Bezug auf Karriere, Einkommen, soziale Sicherheit, Familie, Freizeit, Gesundheit, Wohlfühlen, Erleben usw.) in der öffentlichen Debatte bisher kaum oder nur in Teilaspekten mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs verknüpft werden (z.B. hohe Lebensqualität durch „intakte Umwelt“ und „schöne Landschaften“). Konzepte, die beides systematischer miteinander zu verknüpfen versuchen („Neues Wohlstandsmodell“, „Öko-Suffizienz“) sind bisher – im öffentlichen Diskurs wie in der Alltagskommunikation – marginal geblieben.

Das verweist nicht nur auf die unterschiedliche „Diskursmächtigkeit“ gesellschaftlicher Akteure, auf ihre unterschiedlichen Ressourcen im Kampf um Definitionsmacht und kulturelle Hegemonie, sondern auch auf die unterschiedlichen kulturellen Resonanzen der jeweiligen Problemrahmungen, Situationsdeutungen und Leitbilder.

4. Milieuspezifische Lebenswelten, Nachhaltigkeit und Wohlfahrt

Das bringt die Alltagsebene, die Ebene gruppenspezifischer Lebenswelten und Milieus ins Spiel. Klassen-, schicht- oder milieuspezifische Unterschiede in den Lebenschancen, in den Lebensformen und kulturellen Orientierungen sind ein zentraler Topos der Soziologie. Das impliziert eine vertikale Dimension sozialer Ungleichheit (oben – unten), wie auch eine horizontale Dimension soziokultureller Differenzierung. Letzteres wird seit den 1980er Jahren verstärkt im Rahmen der Lebensstilforschung untersucht. Allerdings haben in den vergangenen Jahrzehnten auch eher klassentheoretisch geprägte Gesellschaftsanalysen – stilbildend wirkten hier vor allem die Arbeiten von Pierre Bourdieu, insbesondere seine Studie „Die feinen Unterschiede“ (1982) – die enge Verknüpfung ökonomischer und sozialer Lagemerkmale mit kulturellen Ausdrucksformen, Geschmacksmustern und Distinktionsstrategien in den Vordergrund gerückt. Seit den neunziger Jahren werden diese Ansätze und Befunde auch für die sozialwissenschaftliche Umweltforschung genutzt.

Einer ihrer zentralen Topoi ist die viel zitierte ‚*Kluft zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln*‘ (vgl. de Haan/Kuckartz 1996, Preisendörfer 1999: 72ff). Diese Kluft ist angesichts der vielfältigen strukturellen Hemmnisse für umweltfreundliches Handeln (mangelnde Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit der Effekte eigenen Handelns, Informations- und Orientierungsprobleme, Widersprüchlichkeit kultureller Werte und Normen, infrastrukturelle Defizite und Preisbarrieren, sozial-ökologische Dilemmata/Allmendedilemma usw.) nicht weiter verwunderlich. Verwunderlich ist auch nicht der andere, ebenso häufig zitierte Befund der *Heterogenität und Inkonsistenz umweltbezogenen Handelns*. Letzteres weist – in allen Sozialgruppen – einen in Bezug auf die verschiedenen Verhaltensdimensionen und Handlungsbereiche ausgeprägten *„Patchwork“-Charakter* auf (Reusswig 1994). So spielen Umweltgesichtspunkte in unserem Konsumverhalten, beim Kauf von Lebensmitteln, von Kleidern oder von langlebigen Konsumgütern, beim Wasser- und Energieverbrauch, beim Mülltrennen oder in unserem Mobilitätsverhalten meist eine sehr unterschiedliche Rolle. Manche Verhaltensaspekte werden dabei subjektiv als hoch bedeutsam herausgegriffen; andere, ökologisch vielleicht wesentlich relevantere Bereiche, werden nahezu ausgeblendet.

Diekmann/Preisendörfer (1992) interpretieren diesen Sachverhalt - aus der Perspektive der ökonomischen Kosten-Nutzen-Theorie - mit der Low Cost/High Cost-Hypothese. Das ist durchaus plausibel. Aufwand und Kosten sind allerdings nur ein Aspekt. Konsum hat ganz wesentlich auch eine soziale und symbolische Bedeutung. Er signalisiert soziale Zugehörigkeit und Ausgrenzung, individuelles Lebensgefühl und soziale Identitäten. In den jeweiligen Konsummustern gewinnt der Lebensstil einen sichtbaren Ausdruck, wird identifizierbar und selbst aktiv inszeniert. Das wird durch aktuelle Trends noch verstärkt. Gesellschaftliche Individualisierungs- und kulturelle Pluralisierungsprozesse auf der einen, die hochgradige Ausdifferenzierung des Warenan-

gebots für alle Marktsegmente und gesellschaftliche Nischen auf der anderen Seite treiben die symbolische Aufladung, die Erlebnisqualität, die Ästhetisierung und Emotionalisierung des Konsums weiter voran. Für Gerhard Schulze steht dieser Trend zur „Erlebnisgesellschaft“ (Schulze 1992) im Mittelpunkt seines Versuchs, die Neuformierung gesellschaftlicher Milieus entlang unterschiedlicher Vorstellungen eines „schönen, interessanten, subjektiv als lohnend empfundenen Lebens“ empirisch zu rekonstruieren. (Er unterscheidet fünf solcher, durch erhöhte Binnenkommunikation voneinander abhebbarer Milieus – drei ältere: das „Niveau“- , das „Integrations“- und das „Harmoniemilieu“, und zwei jüngere: das „Selbstverwirklichungs“- und das „Unterhaltungsmilieu“.)

Hier interessiert nun weniger die Frage, wie überzeugend und empirisch belastbar diese und andere Milieu- oder Lebensstilmodelle (etwa das SINUS-Modell) sind. Alle diese Modelle, wie auch die auf konkretere Verhaltensbereiche zugeschnittenen Versuche, haushaltsbezogene Konsumstile oder Typologien des Energieverbrauchs, unterschiedliche Mobilitäts- oder Ernährungsstile zu rekonstruieren, zeigen allerdings, *dass die Bemühungen um die Verbreitung nachhaltiger Konsummuster und Lebensstile in den verschiedenen gesellschaftlichen Milieus auf sehr unterschiedliche Resonanz stoßen, unterschiedliche kulturelle Anschlussmöglichkeiten und „Motivanker“ vorfinden, aber auch unterschiedliche gelagerte, mehr oder weniger heftige Ablehnungen provozieren.* Das legt die Entwicklung von zielgruppenspezifischen Kommunikations- oder (social) Marketingstrategien nahe, die die Pluralität von Lebensstilen und Wertvorstellungen, die unterschiedliche symbolische Aufladung von Dingen und Alltagspraktiken, die unterschiedlichen „Sinnprovinzen“ milieuspezifischer Lebenswelten ernst nehmen. Fluchtpunkt dieser Strategie ist nicht die Entwicklung eines in sich konsistenten Musters nachhaltiger Lebensführung, sondern das selektive Ausloten der vorhandenen, begrenzten Nachhaltigkeitspotentiale. Das bleibt immer Patchwork - im besten Fall aber ein unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten optimiertes Patchwork.

Diese Perspektive bleibt in der Praxis freilich meist einer pädagogisch-normativen Position verhaftet, die vorgibt zu wissen, was „richtiges“, konsequent nachhaltiges Handeln ist (oder wäre) und sich nur notgedrungen, aus strategischen Überlegungen, der zielgruppenspezifischen Ansprache bedient, um zumindest gewisse Nachhaltigkeitspotentiale erschließen zu können. Nimmt man die soziale, milieuspezifische Prägung gesellschaftlicher Deutungsmuster und soziokultureller Praktiken aber ernst, so gilt dies auch für die eigenen normativen Maßstäbe und Leitbilder. Aus der Multiperspektivität kultureller, gruppen- und milieuspezifischer Sinnwelten gibt es kein Entrinnen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet m.E. sich ernsthaft darauf einzulassen, in einem gemeinsamen, wechselseitigen Lernprozess herauszufinden, was sozial- und umweltverträgliche Nachhaltigkeit im jeweiligen Sinn- und Handlungskontext bedeutet und wie es unter Berücksichtigung der eigenen Handlungszwänge und Handlungsoptionen umgesetzt werden kann.

Übertragen auf unsere spezielle Thematik lässt sich die Einsicht festhalten, dass die verschiedenen Diskurse & Modelle der Verknüpfung des Umbaus sozialstaatlicher Sicherungssysteme mit nachhaltiger Entwicklung nicht nur auf sehr unterschiedliche gruppenspezifische Resonanz stoßen, sondern auch den Stempel ihrer Herkunftsmilieus tragen. Entsprechende Konzepte sind

in ihren jeweiligen Wertsetzungen, Visionen und Verhaltensanforderungen in einem sozialen Raum konkurrierender Ansprüche und Lebensmodelle verortet; sie weisen immer eine bestimmte Nähe zu einem gruppenspezifischen „Habitus“ (der verinnerlichten, zwischen Struktur und Handeln vermittelnden, generativen Matrix von Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsmustern) auf und werden als solche auch quasi instinktiv verortet. Sollen kollektive Such- und Lernprozesse in Richtung einer umwelt- und sozialverträglichen Nachhaltigkeit Erfolg haben, so sind diese Prägungen und die damit verbundenen Grenzen ihrer jeweiligen Resonanzfähigkeit zu reflektieren.

Das wird am Wuppertaler Konzept eines „neuen Wohlstandsmodells“ und der öffentlichen Reaktion darauf (vgl. Brand/Jochum 2000) besonders sinnfällig. Kern dieses Konzepts ist das Modell eines „suffizienten Lebens“. Dessen Charme besteht darin, dass es verspricht, das ökologisch Notwendige mit einem Gewinn an Lebensqualität und Wohlfahrt zu koppeln und zugleich die soziale Gerechtigkeitsproblematik zu entschärfen. Das Problem ist nur, dass das Motto „von nichts zu viel“ nur von wenigen als wirklich attraktiv empfunden wird, und dass darüber hinaus keinerlei Ansatzpunkte aufgezeigt werden, wie Suffizienz als gesellschaftliche „Strategie“ an die Logik alltagsweltlicher wie struktureller Entwicklungsprozesse angekoppelt werden könnte. Hat das Modell des „Maßhaltens“ auf der individuellen Verhaltensebene, mit Blick auf gesundheitliche Vorsorge und alltägliche Stressphänomene noch eine gewisse Alltagsplausibilität (wenn auch eher für ältere als für junge Menschen) und zumindest für bildungsbürgerlich-postmaterialistische Milieus auch eine gewisse emotionale Attraktivität, so gilt dies ganz und gar nicht für agrarisch-traditionelle, kleinbürgerliche oder Unterschichtmilieus. Das „neue Wohlstandsmodell“ atmet den Geist bildungsbürgerlicher Moral und das Ethos „freigewählter Distanz zu den Zwängen des Lebens“ - nach Bourdieu ein typisches Merkmal des „großbürgerlichen“ Habitus, der auch in ästhetischer Distinktion und Unterscheidung vom Geschmack der Masse zum Ausdruck kommt, ganz im Gegensatz zum „Notwendigkeitsgeschmack“ und zum „Konformitätsprinzip“ der Unterschichten.

Diese klassentheoretischen Zuordnungen mögen – vor allem in westdeutschen Ohren – etwas antiquiert wirken und sind es z.T. auch. Mir erscheint allerdings ein anderer Aspekt problematisch, der auch sehr viel flexiblere Lebensstil- und Milieu-Tableaus betrifft: Klassen-, Lebensstil- und Milieutypologien fördern die bloße Zuordnung von sozialen und kulturellen Praktiken zu diesen Typologien, die Fokussierung auf den Strukturierungsaspekt, oder umgekehrt, die instrumentelle Nutzung dieser Typologien und ihrer Beschreibungen (Milieuprofile) für zielgruppenspezifische Formen der Ansprache und der Mobilisierung. Das ist immer eine etwas statische Betrachtungsweise. Zu kurz kommt dabei der Gestaltungsaspekt, die Frage, wie sich solche typischen Lebensformen und Orientierungsmuster im Rahmen des Alltagshandelns herstellen, aber auch verändern. Wie reagieren Menschen unterschiedlicher Herkunft auf neue Problem- und Situationsdeutungen und damit verknüpfte neue Verhaltenserwartungen? Wie werden diese Erwartungen verarbeitet und – unter Modifikation überkommenen Wissensbestände und Handlungsrouninen – in den Alltag integriert?

5. Wie werden Nachhaltigkeitsprobleme in das Alltagsdenken und Alltagshandeln integriert?

Eine entsprechende Analyse haben Pöferl, Schilling & Brand im Rahmen der (vom Umweltbundesamt finanzierten) qualitativen Studie „Umweltbewusstsein und Alltagshandeln“ (1997) durchgeführt. Dieses zunächst auf westdeutsche Milieus der Mitte beschränkte explorative Studie wurde einige Jahre später in Ostdeutschland wiederholt, diesmal aber unter Bezug auf das Gesamtspektrum ostdeutscher Lebensstilmilieus (Brand/Fischer/Hoffmann 2003). Ich möchte die inhaltlichen Ergebnisse hier nicht ausführlich referieren; nur ein paar Stichworte dazu.

In der Auswertung der Interviews ließen sich typische Wahrnehmungs-, Verarbeitungs- und Reaktionsmuster rekonstruieren, die wir als ‘*Umweltmentalitäten*’ bezeichnet haben. Diese Umweltmentalitäten stellen spezifische, auf die Umweltproblematik bezogene „Alltagstheorien“ dar, die sich im wesentlichen entlang von drei analytischen Dimensionen unterscheiden ließen⁶: (a) der Wahrnehmung der Umweltproblematik und des öffentlichen Umweltdiskurses, (b) der Wahrnehmung von Barrieren und Chancen zu umweltfreundlichem Handeln im Alltag, und (c) der Wahrnehmung der ‚eigentlichen‘ Verantwortung und Zuständigkeiten für die Lösung der Umweltprobleme.

Wir konnten in unserem westdeutschen Sample fünf solcher Mentalitätstypen identifizieren, die wir (1) „Persönliches Entwicklungsprojekt“, „Bürgerpflicht“, (3) „System- bzw. Staatsorientierung“, (4) „Indifferenz“ und (5) „Weiter so“ benannt haben. In der ostdeutschen Studie ließen sich sieben Umweltmentalitätstypen unterscheiden, die in fast allen Fällen einen etwas anderen Zuschnitt aufwiesen, als im westdeutschen Sample. Das ist aufgrund der unterschiedlichen politischen Kultur, der unterschiedlichen politischen Aufladung des Umweltthemas und des Ökologiekonflikts, der unterschiedlichen Sozialstruktur, Milieuausprägungen und kulturellen Modernisierung in West- und Ostdeutschland auch nicht verwunderlich. Wir haben diese Typen hier (1) „Zentrales persönliches Anliegen“, (2) „Pragmatiker“, (3) „Machtlose“, (4) Weiter so“, (5) Gesellschaftskritiker“, (6) „Junge Alternative“, (7) „Bescheiden und ländlich“ genannt.

Was die Frage der Milieuaffinitäten betrifft, so zeigten sich im westdeutschen Fall eher lose Kopplungen. Nur der Mentalitätstypus „*persönliches Entwicklungsprojekt*“ war typischerweise mit dem von uns so genannten „verbürgerlichten Alternativmilieu“ verknüpft. Anders im ostdeutschen Sample. Hier wiesen fünf von sieben Typen deutliche Milieuschwerpunkte auf – und zwar sowohl in den Milieus der oberen Mittelschichten („*Zentrales persönliches Anliegen*“, „*Gesellschaftskritiker*“) wie in den Milieus der unteren Schichten („*Machtlose*“, „*bescheiden und ländlich*“). Inwieweit diese unterschiedlichen Milieuaffinitäten (a) den unterschiedlichen Grad an Indi-

⁶ Dieser dreidimensionale „Merkmalsraum“ der Umweltmentalitäten war im wesentlichen durch die vom Umweltbundesamt vorgegebenen Forschungsfragen vorstrukturiert (vgl. Pöferl/Schilling/Brand 1997: 7ff.).

vidualisierung & Enttraditionalisierung der west- und ostdeutschen Gesellschaften sowie (b) die unterschiedliche normative Aufladung des Umweltthemas in West und Ost reflektieren (in Ostdeutschland wird das Umweltthema in der Öffentlichkeit wie im Alltagsleben sehr viel pragmatischer behandelt), muss hier offen bleiben (vgl. Brand/Fischer/Hofmann 2003: 103 ff).

Beide Studien zeigen, dass die Auseinandersetzung mit neuen Themen und Herausforderungen im Alltagskontext keineswegs entlang etablierter, milieuspezifischer Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Handlungsschemata verlaufen muss. Die Verarbeitung neuer Probleme und Herausforderungen kann durchaus zu neuen Formen des Alltagsdenkens und Alltagshandelns führen. Das Alltagswissen weist – im Unterschied zum wissenschaftlichen Wissen, zu religiösen oder politisch-ideologischen Deutungssystemen – allerdings drei spezifische Merkmale auf (vgl. Schütz & Luckmann 1979, Berger & Luckmann 1970, Soeffner 1989):

(a) „*Pragmatismus*“: Alltagsdenken und Alltagshandeln vollzieht sich in einem ganz elementaren Kontext der Handlungsnotwendigkeit. Menschen müssen schlicht in *der* Realität agieren, die sie umgibt. Das fördert einen grundsätzlichen Pragmatismus. Alltagshandeln ist darüber hinaus in hohem Maße routinisiert. Es funktioniert im Rückgriff auf vertraute Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Handlungsschemata. Dieses „Allerweltswissen“ (Schütz) ist typischerweise mit Unklarheiten, Uneindeutigkeiten und Ungereimtheiten behaftet, die einen pragmatischen Umgang mit konkurrierenden Handlungserfordernissen ermöglichen, ohne dass dadurch besondere Konsistenzprobleme entstehen.

(b) „*Beharrungstendenz*“ bzw. „*immanenter Konservatismus*“: Alltagswissen ist vor allem ein „Bekanntheits- und Vertrautheitswissen“ (Schütz), das als solches zur Interpretation und Bewältigung neuer Handlungsanforderungen und Probleme herangezogen wird. Die Wahrnehmung der Wirklichkeit folgt dem Prinzip, Unbekanntes und Unvertrautes zunächst in einen bekannten, vertrauten Zusammenhang einzuordnen, um ‚Normalität‘ herzustellen und die eigene Handlungsfähigkeit zu sichern.

(c) Alltagswissen enthält aber auch die „*Möglichkeit zur Selbstüberschreitung*“: Da die alltägliche Lebenswelt als fraglos gegebene Wirklichkeit erscheint, wird eine Ablösung oder Revidierung der erprobten Wahrnehmungen und Handlungsweisen erst durch eine massive Störung oder Verunsicherung durch neue Erfahrungen veranlasst. Eine wichtige Rolle spielt dabei der beständig ablaufende empirische „Test des Handlungspotentials“ (Soeffner 1989: 20) im Umgang mit der Realität. Hinzu kommt die Fähigkeit zur Übernahme der Perspektiven Anderer, die Möglichkeit zur sprachlichen Verständigung über eigene und Fremderfahrungen, sowie vor allem die Fähigkeit zur Hypothesenbildung gegenüber Realität. Das bietet einen entscheidenden Ansatzpunkt für Reflexion, für die Übernahme neuer Situationsdefinitionen und die Erprobung neuer Praktiken.

Die „pragmatische“ wie die „Beharrungstendenz“ des Alltagsdenkens werfen ein neues Licht auf den oben erwähnten Befund der Heterogenität und Inkonsistenz umweltbezogenen Handelns. Wie diverse Studien zur Verbreitung nachhaltiger Konsummuster zeigen, müssen neue Praktiken immer

erst in *pragmatischen, situationsspezifischen Aushandlungs- und Abwägungsprozessen* in bestehende Alltagsroutinen, Erwartungen und Handlungszwänge eingebaut werden. Nur wenn dies gelingt, nur wenn neue Balancen gefunden und neue, handlungsentlastende Routinen entwickelt werden können, bestehen Chancen auf eine Stabilisierung dieser neuen Praktiken (vgl. u.a. Lange/Warsewa 2005, Kaufmann-Hayoz u.a. 2001, Rink 2002, Schäfer 2002).

Das lässt sich auch auf unsere Fragestellung übertragen. *Der Abbau der vertrauten sozialstaatlichen Sicherungsnetze enthält zwar hinreichend Störpotential, um überkommene Denkmuster und Handlungsrouinen in Frage zu stellen. Darauf wird zunächst aber mit pragmatischen Anpassungsstrategien unter Rückgriff auf herkömmliche Deutungs- und Handlungsschemata reagiert. Bestehen die Probleme weiter, wächst aber auch die Bereitschaft, neue konkurrierende Problemdeutungen zu übernehmen und Problemlösungen zu erproben. Ob und inwieweit dies geschieht, ist zum einen eine Frage der öffentlichen, massenmedialen Präsenz solcher alternativen Deutungen und ihrer kulturellen Resonanz (Kap. 4), zum anderen eine Frage der Chancenstrukturen, die den pragmatischen Einbau der neuen Praktiken in das Geflecht von Alltagsroutinen und Verhaltenserwartungen ermöglichen oder behindern.*

Die an Fragen des Umweltbewusstseins und Umwelthandelns gewonnen Einsichten in die Mechanismen des Alltagsdenkens und Alltagshandelns leiden allerdings daran, dass sie wesentliche Dimensionen des Alltagslebens, nämlich die Erwerbsarbeit und ihr Verhältnis zu anderen Alltagsbereichen, ausblenden. Abhilfe bietet hier der in dem Münchner Sonderforschungsbe- reich „Entwicklungsperspektiven der Arbeit“ Mitte der neunziger Jahre entwickelte Ansatz der „alltäglichen Lebensführung“ (vgl. u.a. Gottschall/Voß 2003, Kudara 1995, Voß/Wehrich 2002).

6. „Alltägliche Lebensführung“

Als „Alltägliche Lebensführung“ (AL) wird der Zusammenhang aller Tätigkeiten von Personen in ihren verschiedenen Lebensbereichen (Erwerbsarbeit, Familie, Freizeit, Bildung usw.) definiert. Thema ist damit das gesamte tätige Leben von Individuen, aber nicht in seiner gesamten "Länge" (wie es etwa Thema der Biographie- oder Lebensverlaufsforchung ist), sondern sozusagen in seiner "Breite". Untersucht wird nicht die Diachronie des Lebenslaufs (die jedoch ein wichtiger Hintergrund und Fluchtpunkt von Lebensführung ist), sondern vor allem die Synchronie des Alltags. Dabei interessiert weniger die konkrete Vielfalt der einzelnen Tätigkeiten (wie sie etwa von der Zeitbudgetforchung untersucht wird), als vielmehr ihr *alltäglicher Zusammenhang*. Es geht um das individuelle „Arrangement der verschiedenen sozialen Arrangements“ von Personen.

Dieses *System* der „alltäglichen Lebensführung“ (AL) gilt nicht als sozial vorgegeben und passiv übernommen, sondern als eine *aktive Gestaltungsleistung der Betroffenen*, die gleichwohl eine strukturelle, an das Subjekt gebundene Eigenlogik besitzt. Diese gilt es zu entschlüsseln. Im Gegensatz zu Lebensstil-Ansätzen steht hier nicht die kulturelle Stilisierung, sondern die innere Struktur der Alltags-Praxis im Vordergrund. Insgesamt steht die Theorie der AL dem Individualisierungskonzept Ulrich Becks sehr nahe.

Ausgangspunkt für die Entwicklung dieses theoretischen Ansatzes war die Frage, ob und in welchem Ausmaß strukturelle Veränderungen im System der Erwerbsarbeit (Rückgang des Normalarbeitsverhältnisses; Flexibilisierung von Arbeit) sowie veränderte Lebenspläne und Ansprüche an Beruf und Privatleben bisher selbstverständlich erscheinende Grundlagen des Alltagslebens aushöhlen und damit die Stabilität und Kontinuität alltäglicher Lebensführung zum individuellen Problem werden. Empirisch wurde diese Frage auf der Basis von insgesamt 200 „erzählungsgenerierenden Interviews“ in West- und Ostdeutschland zu beantworten versucht.

Grundsätzlich – so die Vertreter dieses Ansatzes – erfüllen Arrangements alltäglicher Lebensführung vier elementare Funktionen:

1. Sie stiften *Kohärenz des Alltagslebens* durch die Ausbalancierung individueller Ansprüche, Fähigkeiten und Optionen mit gesellschaftlichen Anforderungen, Restriktionen und Zwängen.
2. Sie *reduzieren die Komplexität der Alltagserfordernisse und des Alltagshandelns* sowohl durch selektive Prozesse der Institutionalisierung von Prioritäten, Regeln, Verfahren und Zuständigkeiten sowie durch die Routinisierung von Handlungen und Handlungsketten.
3. Sie dienen der *Stabilisierung und Kontinuitätssicherung des Alltagslebens* durch eine individuell generierte, sinnhafte Ordnung und ein sich einspielendes System von Gewohnheiten.
4. Sie dienen der *internen Integration von Lebensbereichen, Handlungen und Deutungen* sowie der gesellschaftlichen Integration in das soziale Umfeld.

Die Frage ist, welche Art von Arrangements der alltäglichen Lebensführung sich angesichts der Umbrüche im Erwerbs- und Privatleben herausbilden. Die Untersuchungen ergaben (in Bezug auf fünf zentrale Problemfelder) folgende Befunde:

- Im Bereich der *Lebensplanung* erzeugen der Schwund von eindeutigen und verlässlichen normativen Vorgaben sowie das Risiko beruflicher Diskontinuität eine wachsende Unsicherheit und Unkalkulierbarkeit, die durch *eigene Strukturierungs- und Stabilisierungsleistungen* in der Lebensführung aufgefangen werden muss.
- Im Bereich der *Regulierung des Alltagslebens* erfordert die Übertragung von bisher institutionell gesicherten und regulierten Leistungen auf die Individuen ein *erhöhtes Maß an Eigenregulierung und Selbstkontrolle* in der Lebensführung.
- Im Bereich der *arbeitsteiligen Organisation des Alltagslebens* rufen veränderte Arbeits- und Lebensorientierungen sowie veränderte berufliche und private Lebenspläne ein *erhöhtes Maß an Abstimmungs- und Aushandlungsleistungen* hervor.
- Im Bereich der *zeitlichen Organisation des Alltagslebens* werden wegen der Flexibilisierung von Arbeitszeiten und der Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen veränderte Planungshorizonte sowie ein *erhöhtes Maß an Planungs-, Koordinations- und Synchronisierungsleistungen* unerlässlich.

- Im Bereich der *sozialen Organisation des Alltagslebens* gewinnen wegen des Schwundes traditionaler, kollektiver Bindungen *Beziehungsnetze* an Bedeutung, *die individuell aufgebaut und am Laufen gehalten werden müssen*.

Insgesamt laufen diese Entwicklungen darauf hinaus, dass die bewusste Gestaltung des Alltags immer stärker zu einer Anforderung eigener Art wird. Sie identifizieren dabei drei typische Muster:

- a) *„traditionale Lebensführung“*: Personen mit einer solchen Lebensführung orientieren sich in ihrer Alltagsgestaltung stark an sozial vorgegebenen Vorstellungen eines "ordentlichen" Lebens und versuchen sich zu "arrangieren", wobei Sicherheit und Regelmäßigkeit zentrale Werte sind.
- b) *„strategische Lebensführung“*: systematischer Planung, Berechnung und aktiver Beherrschung der Bedingungen und Ressourcen des Lebens zur Verwirklichung von Lebensentwürfen: Wichtige Perspektive einer solchen Lebensführung ist die laufende Optimierung und Verdichtung des Alltagsverlaufs.
- c) *„situative Lebensführung“*: auch bei einer solchen Lebensführung hat man eine grobe private und berufliche Rahmenplanung, entscheidet aber vieles ad-hoc und "laviert" sich durch.

Diese Befunde lassen sich vermutlich ohne große Probleme auf den Umgang mit den aus dem Umbau sozialstaatlicher Systeme entstehenden Unsicherheiten übertragen. *Die für unsere Zwecke zentralen Frage wären dann (im Anschluss an das Konzept der AL): 1. Was sind die Nachhaltigkeitsimplikationen der identifizierten Veränderungen in den Arrangements alltäglicher Lebensführung? Und 2: Wie lassen sich diese Arrangements so gestalten, dass sie mit Kriterien der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit vereinbar sind?*

Insgesamt verweisen die Abschnitte 1-6 somit nicht nur auf eine Reihe von Forschungsdesideraten, sondern auch auf zentrale Mechanismen des Alltagsdenkens und Alltagshandelns sowie auf die Herausbildung neuer Arrangements alltäglicher Lebensführung, die es zu berücksichtigen gilt, wenn über Optionen einer den veränderten Bedingungen angemessenen Verknüpfung von Nachhaltigkeit & Wohlfahrt nachgedacht wird.

Literatur

Berger, Peter; Luckmann, Thomas (1970): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main.

Bourdieu, Pierre (1982). Die feinen Unterschiede. Frankfurt: Suhrkamp

Brand, Karl-Werner (1995): Der ökologische Diskurs. Wer bestimmt Themen, Formen und Entwicklung der öffentlichen Umweltdebatte? In: de Haan, Gerhard (Hrsg.), Umweltbewusstsein und Massenmedien. Perspektiven ökologischer Kommunikation. Berlin. 47-62

Brand, Karl-Werner (2000): Kommunikation über nachhaltige Entwicklung, oder: Warum sich das Leitbild der Nachhaltigkeit so schlecht popularisieren lässt. Sowi-onlinejournal, 1. Jg., Ausgabe 1, Nov. 2000. 1-18.

Brand, Karl-Werner; Eder, Klaus; Pöferl, Angelika (1997): Ökologische Kommunikation in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag

Brand, Karl-Werner; Fischer, Corinna; Hofmann, Michael (2003). Lebensstile, Umweltmentalitäten und Umweltverhalten in Ostdeutschland. UFZ-Berichte 112003, UFZ Leipzig-Halle

Brand, Karl-Werner; Jochum, Georg (2000): Die Struktur des deutschen Diskurses zu nachhaltiger Entwicklung. MPS-Texte 1/2000, München.

Brechin, S. R. (1999). Objective problems, subjective values and global environmentalism: Evaluating the postmaterialism argument and challenging a new explanation, Social Science Quarterly 80 (1999), p. 793-806.

de Haan, Gerd; /Kuckartz, Udo: Umweltbewußtsein. Denken und Handeln in Umweltkrisen. Opladen 1996

de Haan, Gerhard (Hrsg.) (1995): Umweltbewußtsein und Massenmedien. Perspektiven ökologischer Kommunikation. Berlin

Diekmann, Andreas; Preisendörfer, Peter (1992). Persönliches Umweltverhalten. Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: KZfSS (1992) 44, S. 226-251

Dingler, Johannes (2003): Postmoderne und Nachhaltigkeit. Eine diskurstheoretische Analyse der sozialen Konstruktion von nachhaltiger Entwicklung. München.

Dunlap, R. E., George H. Gallup, and Alec M. Gallup (1993). Of Global Concern: Results of the Health of the Planet Survey. Environment 35: 7-15, 33-39

Franzen, A. (2003). Environmental attitudes in international comparison: An analysis of the ISSP surveys 1993 and 2000, Social Science Quarterly 84, 2 (2003), p. 297-308.

Giddens, Anthony (1988). Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt/New York.

Gottschall, Karin; Voß, Günter (Hrsg.) (2003). Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag. München/Mehring: Rainer Hampp Verlag

Hajer, Maarten (1995): The politics of environmental discourse. Ecological modernisation of the political process. Oxford.

Joas, Hans (1988): Symbolischer Interaktionismus. Von der Philosophie des Pragmatismus zu einer soziologischen Forschungstradition. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 40. 417-446.

Kaufmann-Hayoz, Ruth; Gutscher Heinz (Hrsg.) (2001). Changing Things – Moving People. Basel et al.: Birkhäuser

Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willy (Hrsg.) (2001): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden. Opladen.

Kudera, Werner (Hrsg.) (1995). Alltägliche Lebensführung. Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung. Hg. von der Projektgruppe „Alltägliche Lebensführung“. Opladen: Leske + Budrich

Lange, Hellmuth; Warsewa, Günter (2005). Nachhaltige Konsummuster im Alltag. München: Ökom

Lass, Wiebke; Reusswig, Fritz (Hrsg.) (2000): Strategien der Popularisierung des Leitbilds „Nachhaltige Entwicklung“ aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. Band I + II. Berlin: UNESCO-Verbindungsstelle im Umweltbundesamt.

Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Bd. 1. Frankfurt a. M.

Preisendörfer, Peter (1999). Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich

Reusswig, Fritz (1994). Lebensstile und Ökologie. Gesellschaftliche Pluralisierung und alltagsökologische Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Energiebereichs, Sozialökologische Arbeitspapiere 43, Frankfurt a. M. 1994

Rink, Dieter (2002). Lebensstile und Nachhaltigkeit. Konzepte, Befunde und Potentiale. Opladen: Leske + Budrich

Schäfer, Martina (2002). Die täglichen Mühen der Ebene. In: Scherhorn, Gerhard & Weber, Christoph (Hrsg.), Nachhaltiger Konsum. Auf dem Weg zur gesellschaftlichen Verankerung. München: Oekom, S. 63-72

Schulze, Gerhard (1992). Die Erlebnisgesellschaft. Frankfurt: Campus

Schütz, Alfred; Luckmann, Thomas (1979). Strukturen der Lebenswelt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Soeffner, Hans Georg (1989). Auslegung des Alltags - Der Alltag der Auslegung. Zur sozialwissenschaftlichen Konzeption einer sozialwissenschaftlichen Hermeneutik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Voß, Günter; Wehrich, Margit (Hrsg.) (2002). Tag für Tag: Alltag als Problem – Lebensführung als Lösung? München/Mehring: Rainer Hampp Verlag



Anhang 4.6 Thesenpapier Heiko Geiling

Thesen

1. Das Thema Wohlfahrt und Gerechtigkeit wird häufig mit programmatischen Standpunkten und relativ abstrakten philosophischen Konzepten verbunden. Unsere Milieuuntersuchungen zeigen, dass sich Gerechtigkeitsvorstellungen je spezifisch abhängig von sozialen Erfahrungen, in denen sich Menschen bewegen, entwickeln. Es existieren milieuspezifische Vorstellungen von Gerechtigkeit. Im Deutschen Wörterbuch der Brüder Grimm wird Gerechtigkeit als „das richtige Verhältnis“ bestimmt. Sich gerecht zu verhalten heißt: „Jedem das ihm Gebührende zuteilen.“ Auf den Alltag bezogen bedeutet dies, dass Gerechtigkeit immer einen Kompromiss zwischen den je nach sozialem Ort bzw. sozialem Milieu variierenden Gerechtigkeitsvorstellungen darstellt.
2. Nach unseren Befunden lassen sich in Deutschland unterschiedliche sozialpolitische bzw. wohlfahrtsstaatliche Ordnungsmodelle identifizieren. Dabei überwiegen die Modelle der „Solidarität“ mit nahezu 50 %. Für sie gehören Solidarität und individuelle Verantwortung zusammen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie es die extremen Modelle des „Protektionismus“ (25 %) und des „Neoliberalismus“ (25 %) verlangen.
3. Ohne dazu eigene Forschungen durchgeführt zu haben, gehen wir davon aus, dass Vorstellungen über Nachhaltigkeit ebenfalls milieuspezifisch geprägt sind. Eine offene Frage ist, wie sich unter veränderten sozialstaatlichen Strukturen diese milieuspezifischen Vorstellungen und Praktiken der Nachhaltigkeit entwickeln. Deutungsmuster und alltagspraktische Orientierungen in den sozialen Milieus sind mit neuen Verhaltenszumutungen konfrontiert. Je nach den in den einzelnen Milieus zur Verfügung stehenden (materiellen, sozialen, politischen und kulturellen) Ressourcen werden dabei spezifische Bewältigungsstrategien und Praktiken zum Tragen kommen.

Erläuterungen

Das Modell sozialer Milieus (Abb. 1 und 3)

Wir können immer noch davon ausgehen, dass es in unserer Gesellschaft eine Dreiteilung gibt, die, wenn man sich Gesellschaft räumlich vorstellt, zunächst auf der vertikalen Achse angesiedelt ist, die man als Herrschaftsachse bezeichnen kann. Es gibt führende gesellschaftliche Milieus bzw. Elite-Milieus, die sich über die Ressourcen Bildung, Macht und Besitz rekrutieren. Des Weiteren existieren große mittlere Milieus, die so genannten Volksmilieus, die etwa aus Arbeitern und Angestellten bestehen. Diese soziale Teilung wird auch durch die gängigen Thesen von Wertewandel und Postmaterialismus nicht aufgelöst.

Zudem gibt es eine horizontale Achse, die wir die „Waagerechte der Respektabilität“ nennen. Über Respektabilität grenzen sich die so genannten mittleren Milieus von den sozial Unterprivilegierten ab. Die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre lässt sich dann am besten fassen, wenn man zwischen diesen drei gesellschaftlichen Gruppen auch auf der horizontalen Achse zu differenzieren versucht.

Auf dieser Achse wird abgebildet, dass sich über Lebensstile und kulturelle Auffassungen, aber auch über Bildung eine Differenzierung ergibt, die im Umgang mit Autoritäten und Hierarchien einen entscheidenden Indikator hat. Die Gruppen, die wir hier auf der „rechten Seite“ einordnen können, denken und leben noch immer stark in hierarchischen Strukturen, während sich auf der „linken Seite“ die gesellschaftlichen Gruppen bewegen, die an Autonomie und Selbstbestimmung sowie an Partizipation und mehr Demokratie interessiert sind.

In der so genannten „Oberklasse“ lassen sich Elitemilieus wie Besitzbürgertum, Bildungsbürgertum und historisch spezifische Avantgardegruppen unterscheiden.

In den mittleren Volksklassen gibt es eine kleinbürgerliche Traditionslinie. Zu ihr gehören diejenigen Gruppen, die an der insbesondere über Bildung motivierten gesellschaftlichen Modernisierung kaum teilgenommen haben. Daneben existiert eine Traditionslinie der Facharbeit und der praktischen Intelligenz, die sich in den letzten dreißig Jahren sehr stark modernisiert hat. Und es gibt eine jugendlich-kulturelle Avantgarde als altersspezifisch bedingte Gruppierung, deren Mitglieder in der Milieuforschung auch als „Hedonisten“ bezeichnet werden, die in ihren Lebensstilen, Deutungen und Mentalitäten über die Zeit aber aus der Gruppe herauswachsen. Nach wie vor existieren auch unterprivilegierte Gruppen, die gering qualifiziert sind und sich auch politisch entsprechend verhalten.

In dieses Schema haben wir entlang der Herrschafts- und der Modernisierungs- oder Differenzierungsachse die sozialen Milieus eingeordnet. Die einzelnen Milieus sind Ausdruck charakteristischer Lebenszusammenhänge und Mentalitäten, sie stellen alltägliche Deutungsmuster bereit und bestimmen zum Teil die Nähe und Distanz zu bestimmten Parteien und ihren Darstellungsformen auf der politischen Ebene.

Wenn von der Modernisierung oder Umstrukturierung sozialer Milieus gesprochen wird, kann man eine Entwicklung von rechts nach links feststellen, also eine Differenzierung insbesondere in der Mitte, die sich auch generationsspezifisch verstehen lässt: Die Wiederaufbaugeneration des traditionellen Arbeitermilieus entlässt ihre Kinder in das so genannte leistungsorientierte Arbeitnehmermilieu, und deren Kinder wiederum finden sich durchaus im modernen Arbeitnehmermilieu wieder. Im Grunde kann man also eine Generationsabfolge konstatieren, die auch Ausdruck der Sozialstrukturentwicklung seit den 50er Jahren ist.

Einem spezifischen sozialen Milieu lässt sich ein bestimmter „Habitus“, also eine bestimmte Mentalität, zuordnen. Theodor Geiger, ein Soziologe aus der Weimarer Republik, hat die Mentalität als Haut bestimmt, die man nicht täglich wechseln kann, aus der man häufig sogar nicht heraus kann. Sie erneuert sich nur über sehr lange Zeiträume. Im Gegensatz dazu kann man Ideologie als einen Mantel verstehen, den man täglich wechseln kann. Ideologien oder vordergründige politische Auffassungen lassen sich durchaus wechseln. Mentalitäten, also Grundannahmen darüber, was falsch und was richtig ist, sind hingegen lang anhaltende, über das Leben einzelner Individuen hinweg wirksame Grundmuster, die trotz Modernisierungserfahrungen nicht ohne weiteres veränderbar sind.

Das von mir vorgestellte Schema wurde auf der Grundlage der Analyse von Mentalitäten entwickelt. Für unsere Untersuchungen ist es deshalb zentral, die Mentalität der jeweiligen Gruppe zu erfragen und zu identifizieren. Das ist nur durch aufwändige qualitative Sozialforschung und nicht durch das Stellen der „Sonntagsfrage“ zu leisten.

Das Modell politischer Lager (Abb. 2)

Im Unterschied zu den spezifischen Mentalitäten sozialer Milieus sind „politische Lager“ oder das „gesellschaftliche politische Bewusstsein“ allerdings immer auch über Milieugrenzen hinaus wirksam.

Aus der Geschichte der sozialen Bewegungen wissen wir, dass deren soziale und politische Wirksamkeit in der Regel durch Koalitionen unterschiedlicher sozialer Gruppen ermöglicht worden sind. Dabei handelt es sich meist um Koalitionen von vermeintlich Schwächeren mit vermeintlich Stärkeren, die erst im Zusammenspiel, in der Kooperation Erfolge im politischen Machtkampf erringen können. Diese Koalitionen reichen über die unmittelbaren Befindlichkeiten und die jeweiligen Alltagssituationen hinaus und müssen immer wieder neu hergestellt werden. Hier werden wir erinnert an die alten Diskussionen über die Ausprägung des Klassenbewusstseins in der Arbeiterschaft, wobei früher häufig ausgeblendet worden ist, dass politische Entscheidungen immer einer anderen Logik folgen als die Entscheidungen, die man im Alltag zu treffen hat.

In unserer Gesellschaft können wir verschiedene gesellschaftliche politische Lager unterscheiden und identifizieren, die über die vorhin gezeichneten Milieugrenzen hinausreichen. Es gibt ein radikaldemokratisches Lager, das sich insbesondere der Partei der Grünen zurechnen lässt und etwa 10 bis 11 Prozent ausmacht. Dabei handelt es sich im wesentlichen um eine Positionierung des „Elitemilieus“, das auch als „postmaterialistisches Milieu“ bezeichnet wird, in dem Fragen der Bürgerrechte und der Ökologie von größerer Bedeutung sind als die traditionelle soziale Frage.

Diese Gruppen unterscheiden sich deutlich vom so genannten „sozialintegrativen Lager“, das in den 90er Jahren das rot-grüne Lager darstellte. Neben Partizipation und Demokratie steht hier vor allem die soziale Sensibilität im Mittelpunkt. Des weiteren existiert ein „skeptisch distanzierendes Lager“, das oft gewerkschaftlich organisiert ist und in der Distanz zu den Gruppierungen „oben“ schon anzeigt, dass in der gesellschaftlich-politischen Diskussion primär auf die soziale Frage gesetzt wird. Davon wiederum lässt sich ein eher traditionell an hierarchischen Strukturen orientiertes gesellschaftlich-politisches Lager unterscheiden: das gemäßigt konservative Lager, das letztlich noch von einem Lager der Enttäuscht-Autoritären „unterschichtet“ wird.

Soziale Ordnungsmodelle in Deutschland (Abb. 4)

In jedem dieser gesellschaftlich-politischen Lager haben sich nun bestimmte Auffassungen über Gerechtigkeit entwickelt, die mit Ausnahme der beiden oberen Lager sehr stark an einer sozialstaatlichen Grundlinie orientiert sind.

In der Geschichte der Bundesrepublik lassen sich dabei zwei wesentliche Ereignisse und Phänomene nennen. Zum einen der historische Kompromiss, in dem sich Gerechtigkeit entwickelt: „Leistung gegen Teilhabe“. Nach Ralf Dahrendorf resultiert dabei aus dem „institutionalisierten Klassenkampf“ unsere bisherige sozialstaatliche Verfassung: von der Mitbestimmung bis hin zur Dynamisierung der Rente, zu Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc. Zum anderen wirkt das Ende der 60er Jahre entstehende Modell, dem Willy Brandt den Titel „Mehr Demokratie wagen“ gegeben hat, und das auf eine Modernisierung, die stärker in Richtung Partizipation und Selbstbestimmung geht, abzielt. Diese beiden Momente scheinen mir in den genannten Milieus gleichermaßen aufgehoben zu sein: Im sozial-integrativen Lager die Idee der Autonomie und der Partizipation und in den beiden anderen Lagern die soziale Frage und die Bürgerrechte. Das radikaldemokratische und das traditionell konservative Lager stellen Elitemilieus dar, die an Selbstbestimmung in einem ganz bestimmten Sinn orientiert sind; hingegen überwiegen in der Mitte der Gesellschaft Solidaritätsmodelle. Diese können auch eine relativ konservative Ausprägung annehmen, in der jeder den Platz einnimmt, der ihm zugewiesen wird, aber doch mit relativer sozialer Sicherheit rechnen kann. Im sozialintegrativen Lager hingegen überwiegt ein progressiv-solidarisches Gesellschaftsmodell. Und im skeptisch-distanzierten Lager der Kindergeneration des traditionellen Arbeitermilieus besteht nach dem Muster der Gegenseitigkeit die Meinung, dass die Leute, die sich anstrengen, auch entsprechend belohnt werden müssen, und dass, wer etwa aufgrund von Krankheit dazu nicht in der Lage ist, auch weiterhin unterstützt werden muss. Insbesondere in sozial unterprivilegierten Milieus gibt es ein populistisches Anspruchsmodell, und die Akteure lehnen sich an vermeintlich gesellschaftlich Stärkere an.

Der historische Kompromiss der sozialstaatlichen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist im Alltagsbewusstsein unter der Formel „Leistung gegen Teilhabe“ verankert. Die Menschen sind in der Regel durchaus bereit, Solidarität und Eigenverantwortung miteinander zu verknüpfen. Der Abbau sozialer Rechte bedarf deshalb aber auch einer besonderen Legitimation. Unterbleibt eine solche Vermittlungsleistung durch die politischen Eliten, dann darf sich über „Politikverdrossenheit“ niemand wundern.

Literatur

Vester, Michael; von Oertzen, Peter; Geiling, Heiko u.a. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt/Main: Suhrkamp

Abbildung 1 Die Milieus der alltäglichen Lebensführung im sozialen Raum Westdeutschlands 2000

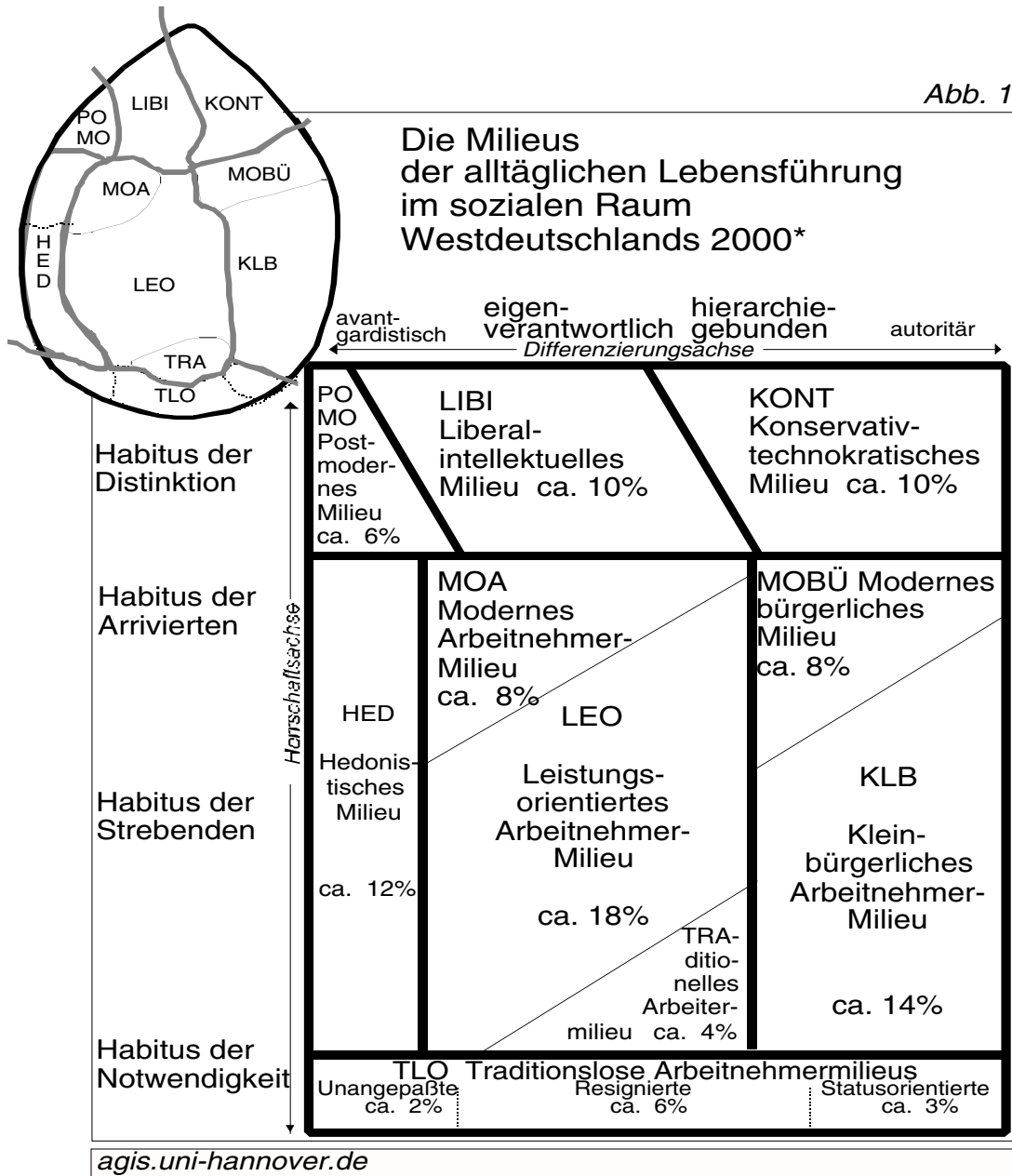
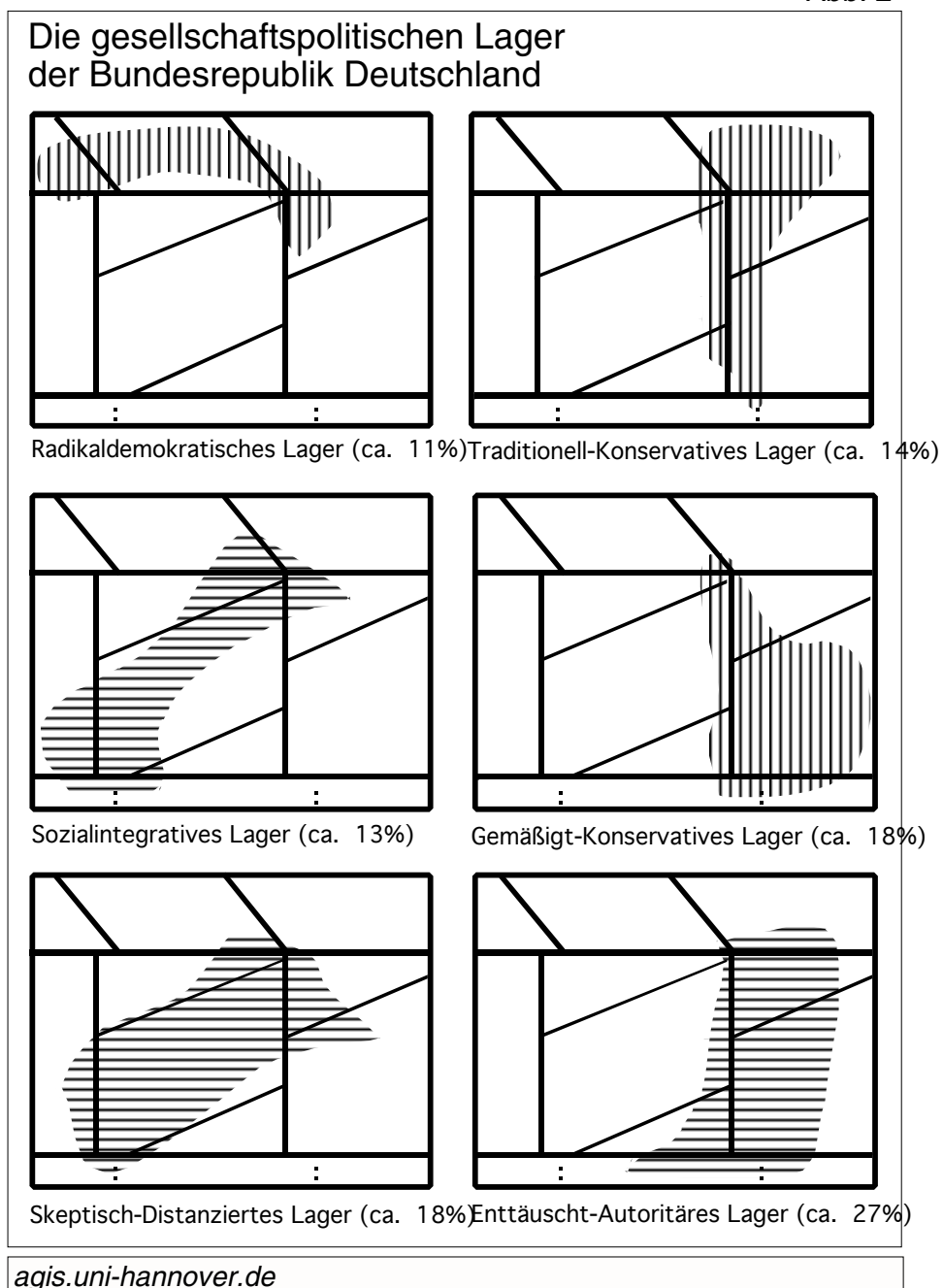


Abbildung 2 Die gesellschaftspolitischen Lager der Bundesrepublik Deutschland

Abb. 2



Traditionslinien sozialer Milieus in Westdeutschland 1982-2003

Die vertikalen Milieustufen und ihre horizontale Differenzierung nach fünf großen Traditionslinien

Differenzierung der Traditionslinien nach Untergruppen (-) bzw. Generationen (a,b,c) 1982 bis 2003

1. Obere bürgerliche Milieus (um 22%)	
1.1. Macht und Besitz: Traditionslinie der wirtschaftlichen und hoheitlichen Macht (um 8%)	Konservativ-technokratisches Milieu (ca. 9% -> ca. 7%): - Großbürgerliches Milieu (ca. 4 %) - Gehobenes Kleinbürgerliches Milieu (ca. 3%)
1.2. Akademische Intelligenz: Traditionslinie der humanistischen Bildungselite und der gehobenen dienstleistenden Berufe (um 8%)	Liberal-intellektuelles Milieu (ca. 9% -> ca. 8%): - Bildungsbürgerliches Milieu (ca. 4%) - Gehobenes Dienstleistungsmilieu (ca. 4%)
1.3. Kulturelle Avantgarde Fraktion aus 1.1 und 1.2 (um 5%)	- Alternatives Milieu (ca. 5% -> 0%) - Postmodernes Milieu (0% -> ca. 6%)
2. "Respektable" Volks- und Arbeitnehmersmilieus (um 66%)	
2.1. Traditionslinie der Facharbeit und der praktischen Intelligenz (zwischen 30% und 35%)	(a) Traditionelles Arbeitermilieu (ca. 10% -> ca.4%) (b) Leistungsorientiertes Arbeitnehmersmilieu ca. 20% -> ca. 18%) (c) Modernes Arbeitnehmersmilieu (0%->ca.11%)
2.2. Traditionslinie der Ständisch-kleinbürgerlichen Volksmilieus (zwischen 28% und 25%)	(a) Traditionelles Kleinbürgerliches Arbeitnehmersmilieu (ca. 28% -> ca. 13%) (b) Modernes Kleinbürgerliche Arbeitnehmersmilieu (0% -> ca. 12%)
2.3. Avantgarde der Jugendkultur Fraktion aus 2.1 u. 2.2 (um 10%)	Hedonistisches Milieu (ca. 10% -> ca. 9%)
3. Unterprivilegierten Volks- und Arbeitnehmersmilieus (um 12%)	
	Traditionslose Arbeitnehmersmilieus: - Statusorientierte (ca. 3%) - Resignierte (ca. 6%) - Unangepasste (ca. 2%)

Nach: Becker u.a. 1992, Flaig u.a. 1993, Vester u.a. 2001 [1993], Vögele u.a. 2002, Sigma 2003.

Zur Beachtung: Die Prozentzahlen in der linken Spalte geben die *Bandbreite* der Milieugrößen an. Die Prozentzahlen in der rechten Spalte geben an, wie sich die Milieugrößen von 1982 bis 2003 *verändert* haben.

Gesellschaftspolitische Lager und soziale Ordnungsmodelle

Elitemodelle (ca. 25 %)

- | | | |
|---------------------------------------|---|----------|
| (1) Radikaldemokratisches Lager: | <i>progressiv-liberales Elitemodell</i> | ca. 11 % |
| (2) Traditionell-konservatives Lager: | <i>konservatives Fürsorgemodell</i> | ca. 14 % |

Solidaritätsmodelle (ca. 50 %)

- | | | |
|------------------------------------|---|----------|
| (3) Gemäßigkt-konservatives Lager: | <i>konservatives Solidaritätsmodell</i> | ca. 18 % |
| (4) Sozialintegratives Lager: | <i>progressiv-solidarisches Modell</i> | ca. 13 % |
| (5) Skeptisch-distanziertes Lager: | <i>Modell der Gegenseitigkeit</i> | ca. 18 % |

Protektionistische Modelle (ca. 25 %)

- | | | |
|-----------------------------------|---------------------------------------|----------|
| (6) Enttäuscht-Autoritäres Lager: | <i>populistisches Anspruchsmodell</i> | ca. 25 % |
|-----------------------------------|---------------------------------------|----------|

Repräsentativbefragung „Gesellschaftlich-politische Milieus in Westdeutschland“ 1991: n = 2.684; deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren in Privathaushalten.
 Michael Vester, Peter von Oertzen, Heiko Geiling u.a. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/Main. S.427 ff.

Anhang 4.7 Thesenpapier Dieter Korczak

Milieuspezifische Konsum- und Wohlfahrtsvorstellungen

1. Die 2. Moderne/Post-Moderne ist geprägt von Multi-Optionalität, pluralisierten Lebensstilen, Risikozuwachs, Arbeitslosigkeit, gesättigten europäischen Märkten, transnationalen Konzernen, Nachhaltigkeitsdiskurs, Globalisierung.
2. Das Individuum, der einzelne Mensch, ist einer individuell kaum noch zu bewältigenden Informationsmenge ausgesetzt, mit dem Ergebnis eines zunehmenden Halb- bzw. Nicht-Wissens.
3. Die Informations- und Wissensströme sind primär auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichtet (Mainstream). Verkürzt kann dies auf die Formel reduziert werden, dass Menschen Produkte kaufen sollen, die sie nicht brauchen, von Geld, das sie nicht haben.
4. Um dieses Ziel zu erreichen, werden diffizile Manipulationstechniken eingesetzt, die vor allem auf die emotionelle Beeinflussung der Masse ausgerichtet sind. Im Aufmerksamkeitswettbewerb geht es um die Ansprache der Kern-Emotionen.
5. Das individuell spezifische Emotionssystem ruft das Involvement oder die Zentralität einem Meinungsgegenstand (wie z.B. Umweltschutz oder Nachhaltigkeit) gegenüber hervor.
6. Gegenwärtig befinden sich Konsumenten in einem Dilemma zwischen Nachhaltigkeitsmoral und Konsumwünschen, bei dem der relative Grenznutzen eine wesentliche Rolle spielt.
7. Die Auswirkungen der Zunahme (finanziell) prekärer Lebenssituationen führt tendenziell zu nicht-nachhaltigen Verhaltensweisen: „Geiz ist geil“.
8. Nachhaltigkeit ist ein Phänomen finanzieller, intellektueller, sozialer und politischer Freiheit.

Literaturhinweise:

Bösch, Stefan (2004) (Hg.): Handeln trotz Nichtwissen. Vom Umgang mit Chaos und Risiko in Politik, Industrie und Wissenschaft. Frankfurt/Main: Campus-Verlag.

Korczak, Dieter (2005) (Hg.): Autonomie und Manipulation. Der Mensch als Subjekt, der Mensch als Objekt. In Vorbereitung. Asanger.

Korczak, Dieter (2005): Sustainable Development. Verantwortungsbewusstes Marketing und Moral. In: W. Theobald, H. Rosenau & W.Katsch (Hg.): Umweltethik. In Vorbereitung. LIT-Verlag.

Korczak, Dieter (1995): Lebensqualität, Kultur, Wohlstand, Versorgung, Sicherheit und Gesundheit in Deutschland. Westdeutscher Verlag. Opladen.